

**WISSENSARBEIT:
PREKÄR:
ORGANISIERT:**

15 JAHRE IG LEKTORINNEN u. WISSENSARBEITER
-INNEN

IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen
Linkes Hochschulnetz
Prekär Café
Squatting Teachers

Inhaltsverzeichnis

- <02> Impressum
- <03> Vorwort – Vorstandskollektiv der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen
- <04> Einleitung – IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen, Linkes Hochschulnetz, PrekärCafé, Squatting Teachers

Teil I – Organisationen

- <06> Eine kurze Geschichte der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen – Annemarie Steidl
- <12> Von Ketten und anderen Verträgen: Zur Lage der Hochschullehrenden in Österreich – Claus Tieber und Thomas Schmidinger
- <16> „JungwissenschaftlerInnen - eine ausgebeutete Generation? – Philip Taucher
- <18> (Selbst-)Organisationen in der Wissensarbeit – von Widerspruchslinien und Handlungspotenzialen – Lisa Sigl
- <23> Gewerkschaftlicher Dornröschenschlaf – Mario Becksteiner

Teil 2 – Kampfgeschichten

- <26> Ernten in der Krise. Das übergreifige Potenzial einer „Anomal-IE“ – die Internationale Entwicklung als Beispiel widerständiger Bewegungen gegen die neoliberale Umstrukturierung der Universität – Linkes Hochschulnetz
- <35> ... und dann haben wir „stopp“ gesagt. Ein Theaterstück in 4 Akten – Aurelia Weikert
- <37> „Stopp“ sagen und danach handeln. Anmerkungen zur Möglichkeit von Streiks an Universitäten – einige der Squatting Teachers

Teil 3 – Manifeste und Positionierungen

- <39> Die Widersprüche sind unsere Hoffnung – Aus dem Leben eines Manifests – PrekärCafé
- <41> Schritt für Schritt zur Prekarisierung – Die Universität als Produktionsstätte prekarisierter Arbeitskraft – Linkes Hochschulnetz
- <45> Hypothesis for a Charta of Knowledge-Workers' Rights – Intelligence Precaria
- <47> Templiner Manifest – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft / Deutschland
- <49> Die Verfassung der WissensarbeiterInnen – ein Manifest – ein offenes Kollektiv

Teil 4 – Texte aus und zur unbrennt-Protestbewegung

- <51> Squatting Teachers. Kritische Formen des Lehrens und Lernens während den Besetzungen und darüber hinaus – Iris Mendel und Paul Scheibelhofer
- <53 > „Über Wissensarbeiter(innen), die neuen Fließbänder und Streik“ – Käthe Knittler und Lisa Sigl
- <55> Statement gesamtgesellschaftliche Einbettung und Forderungen – die Lehrenden und Student_innen der Universität Wien und der Akademie der bildenden Künste Wien
- <57> Erweiterter Forderungskatalog der Lehrenden und Forschenden der Wiener Universitäten

Teil 5 – Welches Wissen machen wir wie?

- <60> „Oh, San Precario“ – Prekär Café

- <63> Vorstellung der an der Broschüre beteiligten Gruppen

Impressum

Erscheinungsdatum: 19.10.2011, zweite durchgesehene Auflage Jänner 2012

Herausgeberin: Interessengemeinschaft LektorInnen und WissensarbeiterInnen

Mitarbeit an der Broschüre: Mario Becksteiner, Anne Marie Faisst, Katharina Fritsch, Käthe Knittler, Camilo Molina, Nicolas Schlitz, Thomas Schmidinger, Lisa Sigl, Annemarie Steidl, Walter Stolba, Anton Tantner, Philip Taucher, Claus Tieber, Aurelia Weikert

Layout: Lisbeth Kovačič

Erscheinungsort: Wien, Herstellerin: Digidruck, 1100 Wien

Copyright: Der Inhalt der Broschüre steht unter der GNU-Lizenz für freie Dokumentation, außer wenn anders angegeben.

ISBN: 978-3-200-02422-9

Kontakt: Interessengemeinschaft LektorInnen und WissensarbeiterInnen, c/o Institut für Zeitgeschichte, Spitalgasse 2-4, 1090 Wien

Weitere Infos unter: <http://www.ig-elf.at/> Bestellungen unter: office@ig-elf.at Gratis-Download der Broschüre: <http://www.ig-elf.at/>

Info zum Cover: Das Coverbild ist einem Book Bloc nachempfunden. Book Blocs sind Demo-Schilder in Form eines Buches. Sie sind eine Metapher dafür, dass Wissen(sproduktion) Verteidigung und Waffe sein kann, wenn man sie kollektiv anwendet. Als Alternative zu den üblichen Fronttranspisen wurden sie u.a. in Block der WissensarbeiterInnen bei der MayDay-Parade 2011 – der Parade der Prekären – in Wien verwendet. How to make a book bloc: http://www.youtube.com/watch?v=0pAea8o__b8

~MAYDAY WIEN 011: <http://mayday-wien.org/>, <http://www.youtube.com/watch?v=iyTBIrSyFcw>

Vorwort

Zum 15-jährigen Bestehen entschlossen wir uns als Vorstandskollektiv der Interessengemeinschaft LektorInnen und WissensarbeiterInnen, eine Broschüre zu den Lebens-, Arbeits- und Organisationsverhältnissen an den Universitäten herauszugeben. Der Titel der Broschüre „Wissensarbeit : Prekär : Organisiert“ hat dabei bewusst zwei Lesarten: Wissensarbeit wird zunehmend so organisiert, dass sie eine Prekarisierung von WissensarbeiterInnen zur Folge hat: etwa durch flexibilisierte Anstellungsverhältnisse, einen Kollektivvertrag, der Universitätsleitungen große Spielräume in der Definition (und Erhöhung) der Arbeitsbelastung lässt, die schon wieder drohende Einführung von Studiengebühren oder den zunehmenden Anspruch, un(ter)bezahlte Arbeit zu leisten (Stichworte: Generation Praktikum oder Einwerben von Drittmitteln). Die zweite Lesart des Titels verweist darauf, dass sich gegen diese Prekarisierungstendenzen Widerstand formiert. „Wissensarbeit : Prekär : Organisiert“ deutet allerdings auch auf den prekären Status der (Selbst-)Organisierungen hin: in universitären Abhängigkeitsstrukturen, verallgemeinerten Konkurrenzbeziehungen und neoliberaler Umstrukturierung ist solidarisches Verhalten nicht unbedingt angelegt. Prekär sind Organisationsformen wie die IG LektorInnen auch dahingehend, dass sie zwar gewerkschaftliche Funktionen übernimmt, von den österreichischen Gewerkschaften jedoch de facto keine Unterstützung erfährt.

Die IG verortet sich inmitten einer breiten, emanzipatorischen Bewegung für adäquate Bildungs- und Arbeitsverhältnisse an den Universitäten und ihre Aktivitäten sind von denen anderer Gruppen nicht getrennt darstellbar. Gemeinsam mit anderen organisierten wir etwa kurz vor dem sichtbaren Aufflammen der unbrennt-Bewegung im Oktober 2009 eine Veranstaltung zur Organisation in den Wissenschaften (siehe Steidl in dieser Broschüre). Daher war auch die Arbeit an dieser Jubiläumsbroschüre wesentlich von Kooperationen geprägt, was sich u.a. in der breiten AutorInnenschaft widerspiegelt. Die Fotos, die in dieser Broschüre der Illustration dienen, stammen von einem gemeinsamen Workshop mit PrekärCafé und Squatting Teachers zur „militanten (Selbst-)Untersuchung“ prekärer Lebens- und Arbeitsverhältnisse am Bologna burns-Gegengipfel im März 2010. Besonders wertvoll für die inhaltliche Konzeption dieser Broschüre war insbesondere auch die Kooperation mit dem Linken Hochschulnetz (LHN), das – entstanden im Kontext der unbrennt-Proteste – ein Versuch kontinuierlicher Selbstorganisation an Universitäten ist und damit der IG in ihrem Selbstverständnis nahe steht.

Die Arbeit an dieser Broschüre war von dem Bemühen geprägt, über – zumindest manche – Statusgrenzen hinweg ein kollektives Verständnis des Universitätsbetriebs zu erarbeiten. Eine gemeinsame Einsicht ist, dass letzterer in vielerlei Hinsicht nur noch über die Prekarisierung und Verausgabung sowohl von Studie-

renden als auch von Universitätspersonal aufrechterhalten wird. Dieser Überlegung ist es unter anderem geschuldet, dass wir uns bei der Generalversammlung im Frühjahr 2011 zu einer Namensänderung entschieden haben. Nach einem längeren Diskussionsprozess ist einerseits das „extern“ gefallen, weil der Universitätsbetrieb an vielen Instituten ohne LektorInnen nicht aufrechtzuerhalten wäre und sie schon deshalb als unverzichtbare „Interne“ gelten müssen. Zudem hat sich auch ihr rechtlicher Status mit dem Universitätsgesetz 2002 verändert. „Extern“ schien zunehmend zu affirmieren, was wir bekämpfen: den Ausschluss von Entscheidungsfindungsprozessen und institutionalisierter Interessenvertretung. Den Begriff Wissensarbeit haben wir schließlich gewählt, weil es nicht erst nach den Erfahrungen während der unbrennt-Proteste notwendig erschien, unsere wissenschaftliche Tätigkeit auch als (Lohn-)Arbeit erfassbar und zum Gegenstand von Debatten zu machen. Der Begriff soll dabei Wissenschaft nicht auf Lohnarbeit reduzieren, sondern provozieren, die Ambivalenzen des in Lohnarbeit erfassten Tätigseins mit Wissen, die Widersprüche und Handlungspotenziale in der eigenen Arbeits- und Lebensrealität kritisch zu reflektieren. Entgegen der Tendenz neoliberaler Umstrukturierung, gemeinsame Interessenlagen zu verschleiern, ist es ein Ziel der Broschüre auszuloten, über welche Themenfelder es möglich wird, möglichst breite Solidaritätsbeziehungen zwischen Universitäts-Assoziierten zu schaffen, um gemeinsam für optimale Verhältnisse in Lernen, Lehren und Forschen an „Unseren Unis“ zu kämpfen. Was in dieser Broschüre leider noch keinen Ausdruck gefunden hat, ist eine Auseinandersetzung mit den Arbeitsverhältnissen des nicht-wissenschaftlichen Personals. Immer deutlicher wird, dass auch das nicht-wissenschaftliche Personal durch die Transformationen des New Public Management stark unter Druck gerät; das administrative Personal etwa durch zusätzliche Aufgaben bei der Abwicklung extern finanzierter Projekte. SekretärIn an einem wissenschaftlichen Institut zu sein, wird eine immer höher qualifizierte Aufgabe, der weder in Gehalts- noch Anerkennungsstrukturen Rechnung getragen wird. Unter noch stärkeren Druck gerät etwa auch das Reinigungspersonal, das – über Leiharbeitsfirmen beschäftigt – als Paradebeispiel für Prekarisierung gelten muss.

Die Botschaft dieser Broschüre ist: „teile und herrsche“ geht mit uns nicht. Es gilt – auch in der scheinbaren Ebbe der Universitätsproteste – gemeinsam für Alternativen zu kämpfen und solidarische Zusammenarbeit möglich zu machen, wo immer wir die Bedingungen dafür vorfinden oder herstellen können. In den Organisationsformen der letzten 15 Jahre ist uns Einiges gelungen, Vieles ist noch zu erkämpfen. Das Programm der nächsten Jahre sollte jedenfalls sein, gemeinsam das prekäre Stadium der Organisation zu überwinden.

**Das Vorstandskollektiv der
IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen**

Einleitung

Eine außergewöhnliche Initiative, die einige Wochen zuvor undenkbar war, geboren aus der plötzlichen Gewissheit, dass die Zäune des Kapitalismus eine Öffnung haben, dass jenes große Gesetz wankt, welches in allen Bereichen die Aktivitäten eines jeden regiert und jedem Einzelnen seinen Status und seine Funktion zuweist, ... *Claude Lefort "Die Bresche"*

04

Die vorliegende Broschüre ist nicht nur eine Jubiläumsbroschüre der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen, sondern sie ist Teil einer globalen Bewegung, die in den letzten Jahren auf dem Terrain der „Wissensarbeit“ und damit auch an vielen Universitäten einen neuen Zyklus gesellschaftlicher Kämpfe eingeleitet hat.

Die Geschichte der IG ist ein Teilaspekt der Kämpfe an den österreichischen Universitäten, deshalb ist die historische Aufarbeitung der IG ein wichtiger Bestandteil der Broschüre.

Die *unibrennt* Bewegung war der bisher vitalste Ausdruck dieser Kämpfe in Österreich.

Doch Bewegungen haben neben ihren schillernden und in der Öffentlichkeit stark wahrgenommenen Aspekten auch andere Dynamiken, die wir in dieser Broschüre hervor streichen wollen. Bewegungen sind und bilden auch immer Resonanzräume für ein alternatives Wissen. Ein Wissen, das als Widerstandswissen begriffen werden kann. Weder ist dieses Wissen nach bürgerlich-wissenschaftlichen Kriterien ein objektives Wissen, noch ist es ein in den „Archiven“ der bürgerlichen Wissensproduktion einzuschließendes Wissen. Dieses Wissen hat einen anderen Charakter.

Es entsteht an den Rändern der bürgerlichen Objektivität und trachtet oft danach, diese Objektivität zu überwinden. Es ist ein Wissen, das innerhalb gesellschaftlicher Kämpfe entsteht und die Verortung der Kämpfe und der darin entstehenden und tätigen Subjekte ins Zentrum stellt. Damit ist es ein Wissen, das einen Subjektstandpunkt einnimmt und von dort aus versucht zu verstehen, wie und wohin sich soziale Bewegungen oder Kampfzyklen in unserer Gesellschaft entwickeln. Es ist kein Wissen, das sich in einem gelehrten Rasonieren erschöpft, sondern die Frage der eigenen Interessen, der eigenen Organisierung und Durchsetzungskraft ins Zentrum stellt. Dieses Wissen ist Teil eines Kampfes um Definitionen von gesellschaftlichen Widerspruchskonstellationen und befindet sich in Opposition zu technokratischen Wissensbeständen, die versuchen, pragmatische Lösungen voranzutreiben. Es ist das Wissen des Eigensinns der Kämpfe, es ist das Wissen der widerspenstigen Subjektivitäten, welches einen Zusammenhang bildet, der nicht in der Logik der bürgerlich-kapitalistischen Repräsentationsformen ruhig gestellt werden kann. Und es ist ein Wissen, das oft notwendiger Weise fragmentarisch bleibt, da es nicht entsteht in syste-

matischen „Forschungsprojekten“, sondern entlang der Selbstverortung und der Selbstverständigung in Kämpfen.

Dieses Wissen ist eine Verbindung von theoretischer Reflexion und dem Erfahrungswissen der kämpfenden Subjekte. Der theoretische Input wird dabei nicht als überhistorische Wahrheit gehandhabt, sondern wird verortet und weiterentwickelt in den jeweils historisch und räumlich konkreten Kontexten der Bewegungen, ob es an Universitäten oder anderswo ist.

Und genau dieses Wissen steht im Zentrum der Broschüre.

Die vorliegende Broschüre ist der Versuch, das Wissen, oder zumindest einen Teil dieses Wissens, das vor, in und nach der Bewegung 2009 entstanden ist, zu sammeln und einer breiteren Leserschaft zugänglich zu machen. Es handelt sich dabei um eine Collage, als eine Sammlung, die so fragmentarisch und historisch-konkret verortet ist, wie das Wissen und die Kämpfe, die sie zu erfassen sucht.

Generell kann man festhalten, dass mit dem Abebben der eruptiven Proteste 2009 zwar scheinbar wieder Ruhe eingekehrt ist. Doch bei genauerer Betrachtung ist diese Analyse nur die halbe Wahrheit. Zusehends wird der universitäre Bereich zu einer Zone permanenter, oft unter der Oberfläche köchelnder, Unruhe. Ob es nun die offiziell ausgetragenen Fehden bezüglich der Unterfinanzierung sind oder die untergründigen Prozesse des alltäglichen Kampfes von studierenden, lehrenden, forschenden – und zusehends prekarierten – WissensarbeiterInnen im Kontext einer immer stärker an wirtschaftlichen Kriterien ausgerichteten Arbeits- und Lebensrealität.

Studierende verspüren zusehends den Druck, schon während des Studiums an ihre zukünftige Employability zu denken. Sie stehen unter enormen Druck, sich nicht nur ihr Studium und ihr Leben zu finanzieren, sondern kämpfen auch tagtäglich gegen die Studienbedingungen der massiven Unterfinanzierung der Universitäten.

Auch junge WissenschaftlerInnen sehen sich diesem Druck ausgesetzt. Laufbahnstellen und sogar befristete und unterbezahlte Doktoratsstellen sind rar gesät. Doch neben dieser offensichtlichen Probleme versteckt sich unter der Unruhe an den Universitäten noch eine weitere Quelle.

Unter Bedingungen quantifizierter und immer enger getakteter Leistungsbeurteilung, sowie immer spür-

barerer – wenn auch subtiler – Konkurrenz, die als *managerial aspect* der Rationalisierung wissenschaftlicher Arbeit verstanden werden muss, eröffnen sich mehr Konfliktfelder als die, die in der institutionalisierten politischen Öffentlichkeit als Konfliktszenarien bearbeitet werden. Diese neoliberal inspirierten *managerial aspects* der Hochschulen konstituieren eine Unlebbbarkeit solidarischer und kooperativer Wissensproduktion an den Universitäten.

Dieses erhöht nicht nur den Leistungsdruck. Vielmehr versucht die Universität des 21. Jahrhunderts verstärkt auf die subjektive Leistungsbereitschaft und -fähigkeit der Wissensarbeitssubjekte zuzugreifen, um den Betrieb überhaupt noch aufrecht zu erhalten. Dieser Prozess der psychischen und physischen Zurichtung kann als der Versuch der umfassenden Subjektzurichtung im Sinne eines neoliberal-kapitalistischen Wettbewerbsregimes verstanden werden, das nicht nur an den Universitäten wirkt.

Damit wollen wir zu einer wichtigen These kommen, die auch anleitend für diese Broschüre ist. Die Kämpfe an den Universitäten im Jahr 2009 sind keine exklusiven hochschulpolitischen Proteste. Hochschulpolitische Fragen waren wichtiger Bestandteil der Kämpfe und ihr Auslöser, doch die Ursachen liegen tiefer. Sie liegen in den überfordernden, Angst machenden und auch Wut generierenden Zumutungen, die uns eine neoliberale Gesellschaftsformation zusehends aufbürdet. Sie liegen auch in der permanenten Kolonialisierung unserer Arbeits- und Lebensweise durch die Logik des neoliberalen Kapitalismus. Diese Kolonialisierung im Kontext einer wissensbasierten Ökonomie verbietet uns nicht kreativ zu sein, sie verbietet uns nicht selbstständig zu arbeiten, sie untersagt uns nicht unsere Autonomie, nein sie konstruiert Autonomie, Kreativität und Selbstständigkeit als die zentralen Elemente des neoliberalen und auf Marktförmigkeit zugeordneten individualisierten Wissensarbeitssubjekts. Die Kämpfe an den Universitäten 2009 waren unterfüttert von der kollektiven Revolte der Subjekte gegen die Kolonialisierung des eigenen ICHS. Sie sind damit Teil eines globalen Kampfzyklus, der sich vor unseren Augen abspielt und nicht auf Universitäten beschränkt ist.

Universitäten spielen in diesem Kampfzyklus eine spezifische Rolle. Im wissensbasierten Kapitalismus sind sie wichtige Ausbildungsorte der Wissensarbeitskraft. Weniger neutral formuliert sind sie ein wichtiges Glied in der Kette psycho-physischer Zurichtung der Wissensarbeitskraft. Diese Arbeitskraft wird zusehends als prekäre, projektbasierte Arbeitskraft ausgebeutet und besitzt bei weitem nicht mehr die materielle Reproduktionssicherheit, wie noch vor zwanzig Jahren. An den Universitäten wird damit heute nicht mehr nur fachliches Wissen vermittelt oder kritische

Reflexionsfähigkeit, sondern die Universitäten werden immer mehr zu Fabriken der Prekarisierung, an denen auch die notwendigen *soft skills* eingelernt werden, die notwendig sind, um in prekären Verhältnissen zu überleben.

All dies führt zu einem widersprüchlichen und potentiell explosiv-emanzipatorischen Gemisch an den Universitäten und im Rest der Gesellschaft.

Die vorliegende Broschüre versucht, einigen dieser Widerspruchslinien zu folgen und das vorläufige Wissen über sie festzuhalten. Die Broschüre wird versuchen einige zentrale Diskussionsstränge, wie sie sich entlang der heutigen Widerspruchskonstellationen entspinnen aufzunehmen.

Sie erhebt nicht Anspruch auf Vollständigkeit, sondern ist Teil eines sowohl intellektuellen als auch organisatorischen Prozesses. Sie ist ein Teilergebnis. Aber wie in jedem Ergebnis geht niemals der gesamte Prozess auf. Demnach ist sie ein Vorschlag für weiterführende Debatten.

Sie wendet sich in erster Linie an all die AktivistInnen der Vergangenheit aber auch der Zukunft, die in diesen Auseinandersetzungen tätig sind oder sich vielleicht bald in ihnen wieder finden.

Aber sie wendet sich auch an potentielle PartnerInnen dieser Auseinandersetzungen. An GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen und PolitikerInnen, die einer solidarischen, emanzipativen und auch radikalen Debatte und Perspektive offen gegenüber stehen.

Eine kurze Geschichte der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen

06

Geboren inmitten der Uni-Proteste 1996 ist die IG seither eine glückliche Konstante in Kämpfen um bessere Arbeitsverhältnisse für jene, die zwar teils jahrzehntelang einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung österreichischer Universitätsbetriebe leisten, auf deren Arbeit und Engagement jedoch – trotz mancher Errungenschaften der letzten Jahre – noch immer mit weitgehend prekären Arbeitsverhältnissen geantwortet wird. Die traurigen Konstanten in diesen Jahren waren und sind schlechte Entlohnung, befristete Verträge, viel unbezahlte Arbeit und die Weigerung österreichischer Gewerkschaften, die Vertretung der Interessen dieser Personalgruppen in ihre Agenden aufzunehmen. Über die Entstehungsbedingungen und Aktivitäten der IG, Erfahrungen als Streikdelegierte und am Verhandlungstisch und der „Knochenarbeit“ selbstorganisierter Interessensvertretung berichten Annemarie Steidl und andere AktivistInnen der IG.

Annemarie Steidl

Die IG wurde 1996 als „Interessengemeinschaft Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen“ gegründet und bildet eine Plattform zur Vertretung universitärer, bildungs- und forschungspolitischer Anliegen von LektorInnen und WissensarbeiterInnen an Österreichs Universitäten und Hochschulen, sowie in außeruniversitären Einrichtungen. „LektorInnen“ und „WissensarbeiterInnen“ zeichnen sich dadurch aus, dass sie häufig entweder keine oder nur befristete Dienstverhältnisse an Universitäten und Forschungsinstitutionen haben, diesen aber mit ihren vielfältigen Kompetenzen, Erfahrungen und ihrer Lehre und Forschungstätigkeit immer wieder zur Verfügung stehen. Früher meist nur eine Übergangsphase in einer konstanteren Wissenschaftskarriere unmittelbar nach dem Studiumsabschluss, ist diese Art der Beschäftigung für einen immer größeren WissenschaftlerInnenkreis zu einer dauerhaften, mitunter lebenslang-prekären Arbeitsrealität geworden.

Nachdem Gespräche mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund scheiterten, gründete sich das Aktionskomitee „Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen“ während des Unistreiks 1996. Bereits 1993 wurde in Österreich ein neues Universitätsgesetz beschlossen, diesem folgte ein 1996 in Kraft getretenes Sparpaket, das auch massive Kürzungen für das Bildungssystem bedeuten würde. Einerseits waren davon SchülerInnen und Studierende betroffen, andererseits sollten auch gravierende Einschnitte bei der Bezahlung von externer Lehre vorgenommen werden. Bereits im Herbst 1995 kam es zu Demonstrationen an Wiener Mittelschulen und den Universitäten. In den Semesterferien im Februar 1996 formierte sich gegen die Stimmen der AG ein massiver Protest, getragen von den Institutsvertretungen, in dessen Verlauf auch das Audimax der Universität Wien besetzt wurde. Am 14. März 1996 demonstrierten in Wien 40.000 Menschen gegen den drohenden Abbau im Bildungssystem.

Anekdote No1

Organisierung im Zeitalter des Telefons

Am 17. Oktober 1995 war in Wien eine Demonstration gegen das von der Regierung angekündigte Sparpaket angesagt, das besonders stark die Universitäten berührte; ich traf dort Annemarie Steidl und besprach mit ihr die Notwendigkeit einer Vertretung für Doktoratsstudierende (so etwas gab es damals noch nicht). Als dann zu Beginn des darauf folgenden Sommersemesters die Uni-Proteste so richtig losgingen – selbstverständlich wurde auch das Audi-Max besetzt – kontaktierte ich wieder Annemarie und wir waren einhellig der Ansicht, dass nun der geeignete Zeitpunkt für eine Organisierung gekommen war. Wir dachten nun vor allem an die externen LektorInnen und freien WissenschaftlerInnen als Zielgruppe und besorgten uns, da E-Mail-Zugang zunächst noch nicht so weit verbreitet war – das änderte sich im Laufe der Proteste schnell –, erfreulich unaufwändig von den Instituten für Geschichte und Wirtschafts- und Sozialgeschichte ein Verzeichnis der Telefonnummern der externen LektorInnen. Anschließend setzten wir uns in das kleine, für Geschichte-LektorInnen gedachte Zimmer im zweiten Stock der Haupt-Uni und starteten eine Telefonsession, bei der wir zu einer Versammlung einluden; eine erhalten gebliebene E-Mail aus dieser Zeit spricht von der „prekäre[n] Situation“ eines „heterogenen ‚Haufens‘“, dessen Forderungen formuliert werden sollten. In der Zwischenzeit war unabhängig von uns am Zeitgeschichte-Institut rund um Florian Freund, Johanna Gehmacher, Sigi Mattl, Alice Pechriggl und Bertrand Perz eine Gruppe von Lehrbeauftragten zusammengelassen, und so entstand am 19. März 1996 das Aktionskomitee der externen LektorInnen an der Universität Wien, aus dem sich dann die IG Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen entwickeln sollte.

Anton Tantner

Dieser geballten Protestbewegung folgten in den anschließenden Wochen kleinere Demonstrationen. Um gegen diese massive Kürzungen der Entgeltung an den Universitäten anzukämpfen, bedurften auch die externen LektorInnen einer gemeinsamen Interessensvertretung, der unter anderem Monika Bernold, Eva Blimlinger, Andrea Ellmeier, Florian Freund, Johanna Gehmacher, Ela Hornung, Sergius Kodera, Peter Mahr, Siegfried Mattl, Maria Mesner, Annemarie Steidl, Anton Tantner und Georg Tillner angehörten. Mit der Veranstaltungsreihe „Translectures“ wurde eine breitere Öffentlichkeit über die prekäre Lebens- und Arbeitssituation der externen LektorInnen informiert. Mit der Umbenennung des Aktionskomitees in Interessengemeinschaft wurde im Oktober 1996 auch sprachlich nachvollzogen, worum es in Zukunft gehen sollte: In einer forschungs- und bildungspolitischen Eiszeit galt und gilt es, auf die inhaltlich-innovative und institutionelle Erweiterung von Bildungsarbeit, die externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen für Universitäten erbringen wie auch auf die Leistungen von freien WissenschaftlerInnen für die österreichische Forschungslandschaft hinzuweisen.

Als österreichweite Interessenvertretung der externen LektorInnen und freien WissenschaftlerInnen gegründet, engte sich der Kreis der aktiven Mitglieder nach 2000 zunehmend auf die Wiener Universitäten ein. Zahlreiche Versuche, den Radius der Vereinstätigkeit

bundesweit auszudehnen, sind bisher nur in Ansätzen gelungen.

PräsidentInnen der IG Externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen (ab 2011: IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen):

07

- » 1996 Alice Pechriggl (Philosophin)
- » 1997 Sabine Strasser (Kulturanthropologin)
- » 1998 Sergius Kodera (Philosoph)
- » 1999-2001 Maria Mesner (Historikerin)
- » 2002 Eva Blimlinger (Historikerin)
- » 2003-2005 Günther Hefler (Philosoph und Sozialwissenschaftler)
- » 2006-2008 Annemarie Steidl (Historikerin)
- » 2009 Thomas Schmidinger (Politikwissenschaftler)
- » Seit 2010 Claus Tieber (Theater-, Film- und Medienwissenschaftler)

In den ersten Jahren ihres Bestehens wurde die IG vom damaligen Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr mit einer Studie zur – bislang wenig bekannten – Lage der externen LektorInnen an Österreichs Hochschulen beauftragt. Der Endbericht des Forschungsprojektes „Zwischen Autonomie und Ausgrenzung: Zur Bedeutung Externer Lehre und Freier Wissenschaft an österreichischen Universitä-

Anekdote No2 Knochenarbeit

Computerkammerl. Institut für Philosophie der Universität Wien. Frühling 1996. StudentInnen und UniversitätslehrerInnen im Streik. Kopien aus alten Vorlesungsverzeichnissen werden aufgeteilt, mühsam zusammengetragen, ein halbwegs kompletter Satz zu den letzten 20 Jahren. Jetzt gilt es, alle Lehrveranstaltungen in eine Datenbank zu klopfen und danach zu kategorisieren: Welche Veranstaltungen werden von Externen LektorInnen angeboten? Wie hoch ist ihr Anteil an der Lehrleistung des Instituts? Was steht auf dem Spiel – welche Inhalte – wenn die Drohung wahr wird: keine externe Lehre mehr! Es sind StudentInnenvertreterInnen, die um die Erhaltung der externen Lehre kämpfen, die Alternativen zum dumpfen Einheitsbrei sichert. Die Ansage lautet: Keine externe Lehre mehr, starke Ausweitung der Lehrverpflichtung für das interne Personal, das Lehre vorgeblich billiger anbietet. Da gilt es Gegenevidenz zu schaffen, nachzuweisen, dass die Universität systematisch auf externe Lehre zurückgreift, um ihrem Anspruch nachzukommen, auf aktueller Forschung basierender Lehre anzubieten, Studierende damit in Kontakt zu bringen, was Forschung heißt – nicht alle externen LektorInnen sind gut und alle Internen schlecht; kaum wird begonnen, an Transparenz – an Gegenevidenz – zu arbeiten, gehen die Wogen hoch: eine schlichte Anteilsgraphik wird als persönlicher Angriff erlebt. LektorInnen des Instituts schauen vorbei, selbst gerade hineingezogen in den Kampf und zu Gewerkschaftsverhandlungen kooptiert (später werden sie der sich formierenden IG als PräsidentInnen vorstehen). Wir brauchen Fakten. Wir müssen zeigen, dass die Universität strukturell auf LektorInnen aufbaut: Die Universität als die große Vorreiterin prekarisierter Arbeitsverhältnisse! Ein segmentierter Arbeitsmarkt, in der die Organisation sich nicht um ArbeitnehmerInnenrechte kümmern muss (das Abgeltungsgesetz!) und „Fixbeschäftigte“ sich paranoid von den „Hereindrängenden“ abgrenzen („Wir haben auch gelitten!“). GewerkschafterInnen, die nicht einsehen, warum sie sich um Personen kümmern sollen, die unter „Sachaufwand“ firmieren. Wir müssen mehr über uns wissen, brauchen Daten, ein Bild von einer Ausbeutung, die System hat und eine lange Geschichte: Das „Normale“ individuellen Leidens muss als politisches Problem proklamiert werden! Eine erste Tortengraphik geht sich noch aus: Mehr als die Hälfte der Lehre wird von LektorInnen angeboten. Bei feministischer Philosophie und Gegenwartsphilosophie noch viel mehr! In der Nacht wird weitergetippt. Jetzt werden die Transparente geholt. Die Demo hat schon begonnen.

Günter Hefler

ten und Hochschulen“, an dem zahlreiche WissenschaftlerInnen der IG beteiligt waren, wurde in einer Enquete im November 2000 an der Universität Wien präsentiert und stieß auf großes Interesse. Diesem ersten gemeinsamen Forschungsunternehmen folgte ein Projektauftrag zur Machbarkeit eines „WissenschaftlerInnenhaus“, das sich als Bündelung von Lösungen zentraler Problemfelder von externen LektorInnen und freien WissenschaftlerInnen versteht. Das „WissenschaftlerInnenhaus“ zielt auf die Schaffung einer materiellen und immateriellen Infrastruktur, die die Arbeitssituation von WissensarbeiterInnen nachhaltig verbessern soll. Im Dezember 2002 lud die IG zur Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Intellektuelle zwischen Autonomie und Ausbeutung. Zur Prekarität wissenschaftlicher und kultureller Produktion“, bei der unter anderem die in Paris lebende Autorin Anne Rambach ihr 2001 veröffentlichtes Buch „Les intellectuels précaires“, ein Essay zur Situation freischaffender KünstlerInnen, JournalistInnen und ForscherInnen in vergleichbar prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen, vorstellte. Ziel war es, auf die internationale Dimension der „prekären Intellektuellen“ hinzuweisen.

Mit der Umstrukturierung der Universitäten im Zuge der Novellierung des Universitätsgesetzes 2002 ergeben sich neuen Möglichkeiten des Vereins an Universitäten (Betriebsrat), aber auch neue Anforderungen an die IG, da LektorInnen meist mehrfach (als StipendiatInnen, DrittmittelforscherInnen) von den Veränderungen betroffen sind. An der Universität Wien ist die Interessensgemeinschaft seit 2004 – als sie erstmals im Rahmen der Kritischen Liste „GAKU PLUM

(Gewerkschaftlichen Aktionsgemeinschaft Kritische Universität und Plattform für Universitäre Mitbestimmung) und IG LektorInnen, Studentische MitarbeiterInnen, Grüne, FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) und Unabhängige“ kandidierte – im neu geschaffenen Betriebsrat vertreten. Dies ermöglicht der IG seither ihre politischen Anliegen auch in den universitären Strukturen verstärkt zu formulieren. Erster Betriebsrat des Vereins war Anton Tantner, dem 2006 Annemarie Steidl folgte. Der Politikwissenschaftler Mario Becksteiner kandidierte für die IG im Rahmen einer kritisch-fortschrittlichen Kandidatur bei den Betriebsratswahlen im April 2010 und ist seither, neben anderen LektorInnen, Mitglied des Betriebsrates der Universität Wien.¹

Immer wieder beteiligten sich Mitglieder der IG aktiv an den Protesten gegen Sozial- und Bildungsabbau. Um einmal mehr auf die prekären Arbeitsverhältnisse an der Universität Wien hinzuweisen und gedacht als Auftakt für zukünftige Vernetzungen und gemeinsamer Organisation, veranstaltete die IG im Oktober 2009 gemeinsam mit den Initiativen PrekärCafé, der Plattform Drittmittelpersonal, dem Graduiertenzentrum Sozialwissenschaften und der Österreichischen HochschülerInnenschaft die Diskussionsveranstaltung „Prekarisierung in den Wissenschaften – Organisieren wir uns!“. Das Einleitungsreferat hielt die Soziologin Susanne Pernicka von der Universität Oldenburg zum Thema „Perspektiven (selbst-)organisierter Interessen-

1 Mario Becksteiner verlor seinen Sitz im Betriebsrat just im Entstehungszeitraum dieser Broschüre, weil er seine jahrelange Tätigkeit als Lektor für ein Semester unterbrechen muss.

Anekdote No3

„Ich war Streikdelegierte...“

Meine Erinnerung mag gelegentlich trügen, aber im Anekdotischen ist das Trügerische ja gleichsam aufgehoben. Ich war 1996 im Zuge des Universitätsstreiks als Streikdelegierte des Aktionskomitees Externe LektorInnen (später IG externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen) in die Verhandlungen um ein neues Dienstrecht entsandt worden. In einer der ersten Verhandlungsrunden im Parlament bat ein GÖD-Vertreter mich aus dem Raum, um mir die Fixstellung von Lehrbeauftragten mit 2 SWStunden vorzuschlagen. Ich fragte ihn, ob er nicht gleich deren Pragmatisierung anstreben wolle und kehrte, nachdem ich mich doch noch höflich für seine Suche nach Lösungen bedankt hatte, in den Verhandlungsraum zurück. Es musste umverteilt werden, denn es war festgelegt, dass das Budget nicht erhöht würde. So kritisierte ich bei einer weiteren Verhandlungsrunde mit honorigen Vertretern aus Regierung und Gewerkschaft die Emeritierung der o. Univ-Prof. bei vollen Bezügen. Ich vertrat, dass diese Bezügeregelung absurd und weltweit einzigartig sei (was ich damals noch nicht wusste war, dass emeriti de facto noch mehr verdienen, als in ihrer aktiven Zeit, weil sie ja keine Pensionsabzüge mehr zu zahlen hatten). Die heftige Reaktion des damaligen Vorsitzenden der „Professorenkonferenz“ sowie eines Gewerkschaftsvertreters in einem darauf folgenden Koordinationstreffen gab mir zu verstehen, dass ich eine – mir damals noch nicht bekannte – „Spielregel“ des österreichischen Neokorporatismus verletzt hatte (sag nie etwas in Verhandlungen, das eine andere Berufsgruppe betrifft). Mein Verweis auf den Generationenvertrag war da ebenso müßig wie der Hinweis, dass die Gewerkschaft die prekären NachwuchswissenschaftlerInnen ja nicht vertreten würde. Ich war Streikdelegierte, nicht „Sozialpartnerin“, aber gleichzeitig standen alle Streikdelegierten, auch die des universitären Mittelbaus, in den Verhandlungen unter der erdrückenden Schirmherrschaft der GÖD. Angenehm ist anders.

Alice Pechriggl

vertretung in der Wissenschaft.“

Die Wahl des Politikwissenschaftlers Thomas Schmindinger zum Präsidenten 2009 erfolgte zeitgleich mit Organisationsversuchen anderer Lehrenden- und Forschendengruppen, unter anderem von PolitikwissenschaftlerInnen und Kultur- und SozialanthropologInnen. Ohne auf unser ursprünglich zentrales Betätigungsfeld der Vertretung der Interessen der Lehrenden zu verzichten, beschäftigt sich der Verein gegenwärtig verstärkt auch mit anderen prekären Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft, wie jenen der befristeten Anstellung von AssistentInnen, ProjektmitarbeiterInnen/Drittmittelangestellten, freien WissenschaftlerInnen, bis zu befristeten ProfessorInnen. Die Unzufriedenheit mit dem neuen Kollektivvertrag, das Auslaufen der ersten befristeten Anstellungen des durch das UG 2002 geschaffenen „neuen Mittelbaus“ und die Probleme, welche die „Kettenvertragsregelung“ für LektorInnen und Drittmittelangestellte mit sich bringt, hatte bereits im Laufe des Studienjahres 2008/2009 zu einer stärkeren Organisierung der betroffenen Gruppen geführt. Als Schutz für ArbeitnehmerInnen gedacht, verunmöglicht die „Kettenvertragsregelung“ die Aneinanderreihung befristeter Verträge mit österreichischen Universitäten über einen Zeitraum von acht Jahren hinaus (bei hundertprozentiger Anstellung sind es sechs Jahre). Die IG LektorInnen vertritt stets die Ansicht, dass nach acht Jahren auch ein Unternehmen wie die Universität in der Lage sein sollte, zu entscheiden, ob sie eine/n Mitarbeite-

rIn längerfristig benötigt oder nicht. Nachdem mit dem ersten Stichtag, dem 1. März 2012, allein an der Universität Wien hunderte LektorInnen und Drittmittelangestellte von Auslaufen der acht Jahre betroffen sind, stand dieses Thema in den letzten eineinhalb Jahren im Zentrum der Arbeit der IG.

Die Studierendenproteste im Herbst 2009 („*Uni brennt*“) brachten eine neue Dynamik und eine zunehmend interessierte Öffentlichkeit für bildungspolitische Fragen. Die IG solidarisierte sich bereits von Anfang an mit den Protestierenden und lud – gemeinsam mit anderen Lehrenden und Forschenden, die solidarische Aktionen planen wollten – zu einem Treffen von Lehrenden und Forschenden ein, an dem etwa 150 MitarbeiterInnen von Wiener Universitäten teilnahmen. Daraus entwickelte sich eine regelmäßig tagende Versammlung von Lehrenden und Forschenden, die mit dem Label der „*Squatting Teachers*“ wesentlich zur Sichtbarkeit des prekarierten wissenschaftlichen Personals in der Protestbewegung beitrug. Die IG wies im Rahmen der Protestbewegung immer wieder auf die Anliegen der LektorInnen hin und beteiligte sich schließlich im März 2010 aktiv an den Bologna-Protesten in Wien.

Seit 2010 gelang es neue AktivistInnen, die im Rahmen der Uni-Proteste zur IG gestoßen sind, in den Vorstand zu wählen. Der neue Vorstand setzt die 2009 begonnene Einbindung jüngerer LektorInnen, AssistentInnen und Drittmittelangestellter fort und inkludiert erstmals seit einigen Jahren neben Lehrenden

Anekdote No4

Ein zum Bersten voller Saal

Es war ein heißer Frühsommertag des Jahres 1996. Wir hatten uns eben im wahrsten Wortsinn das Mandat erstritten, als IG die externen LektorInnen in den Verhandlungen mit dem Wissenschaftsministerium zu vertreten. Dieses Mandat hatte zuvor ein obskurer, ich denke nur seinen 7 Mitgliedern überhaupt bekannter Verein inne gehabt. Die Anerkennung der IG als durch die Bewegung demokratisch legitimierte Sprecherin der LektorInnen seitens der verschiedenen Universitäts-Ausschüsse und -Komitees freute natürlich. Für uns bedeutete es die Anerkennung nicht bloß als akademisches Proletariat, das gleichfalls berechnete pekuniäre Forderungen stellen durfte, sondern – so meinten wir – weit mehr. Über die IG artikulierte und akzentuierte sich auch eine alternative wissenschafts- und bildungspolitische Dimension der Streikbewegung, die sich mit den rezenten Debatten von Gender, von Mobilität, von hierarchischen Machtstrukturen verband. Irgendwie – und Streiks und Protestbewegungen sind ja dazu da, diesem „Irgendwie“ durch Erfahrung und Empathie Gestalt zu verleihen – erwarteten wir von den bevorstehenden Verhandlungen strukturelle Ergebnisse im Sinne einer freien und offenen Universität. Es kam nicht nur anders, besser gesagt: anders kam es erst mit den Uni-Gesetzen 2002. Es kam vielmehr etwas Drittes, womit wir nicht gerechnet hatten.

Ein zum Bersten voller Saal. An der Stirnwand die Sektionschefs und Ministeriumsvertreter. Die drei Reihen vor ihnen, en face, die alterprobten Uni- und Beamten-gewerkschafter. Dahinter die Vertreter der Streikaktivisten, von den ProfessorInnen bis zu uns. Es roch nach einer Auktion in einem Versatzamt. Nach hinten, also zu uns, drangen aus den vorderen zwei Reihen Wortkaskaden wie Deckelung, A eins drei, C zwei und sieben, Pakete aufschneiden, A drei acht zu A vier zwei, B fünf ... Männer mit Taschenrechner und Tabellen saßen und schwitzten und fielen sich ins Wort. Gerede von Promillen und Prozenten erfüllte den Raum, der sich für unsere Ohren in einen babylonischen Turm verwandelte. Wir waren extraterrestrische Beobachter einer Gehaltsverhandlung geworden, eines Schauspiels, das den nicht Initiierten so unverständlich bleiben mußte wie die wissenschaftspolitischen Hoffnungen der nicht Integrierten auf den taxonomischen Halden, das es hervorbrachte, untergingen. Doch uns blieben ein unterhaltenes Staunen und die Bestärkung, mit der IG ganz sicherlich ein anderes Sprachspiel zu wählen.

Siegfried Mattl

und Forschenden der Universität Wien auch solche weiterer österreichischer Universitäten (Akademie der Bildenden Künste, Fachhochschule Salzburg und Universität Salzburg). In der Generalversammlung 2010 beschloss der Vorstand die Umbenennung des Vereins in „Interessengemeinschaft LektorInnen und WissensarbeiterInnen“, womit dem Umstand Rechnung getragen wird, dass LektorInnen seit dem UG 2002 nicht mehr „externe“, sondern „interne“ Angestellte sind. Der Begriff der Wissensarbeit setzt dem idealistischen Bild von Wissenschaft und Universität das Faktum entgegen, dass Lehrende und Forschende lohnabhängig sind, und ihre Arbeit einen realen Wert hat, dessen Abgeltung und fehlende Absicherung mit akademisch-symbolischer Anerkennung nicht ausgeglichen werden kann. Zudem wird der Kreis derer, für die die IG eine Plattform bilden will, von LektorInnen auf einen breiteren Kreis von prekär beschäftigten WissenschaftlerInnen ausgeweitet.

Die Interessengemeinschaft LektorInnen und WissensarbeiterInnen beteiligte sich weiterhin politisch an den anhaltenden Protesten der Studierenden und vernetzte

sich mit anderen Initiativen in- und außerhalb der Universität. Neben einem anhaltenden Medieninteresse wurden Positionen der IG auch in Publikationen, die aus den Studierendenprotesten entstanden sind, festgehalten („Uni brennt“, „Wessen Bildung?“ und „Einmischungen“). Die Interessen von LektorInnen, Drittmittelangestellten und anderen WissensarbeiterInnen werden zusätzlich auch auf Institutsebene vertreten. Am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie kämpfen die LektorInnen seit Jahren für die Bezahlung von Diplomarbeitbetreuungen und setzen mit ihrem Betreuungsstopp ein deutliches Zeichen (siehe dazu den Text von Aurelia Weikert in dieser Broschüre). Am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft und am Institut für Politikwissenschaft gründeten sich im Zuge der Studierendenproteste äußerst aktive Institutsgruppen. Die IG wird damit zu einer breiteren und besser vernetzten Interessenvertretung, die sich effektiver für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrenden und Forschenden im Kontext eines breiten, emanzipatorischen Begriffs von Wissensarbeit engagiert.

Anekdote No5

Die Existenz der Externen – eine Ergänzung

Da mühten sich das Ministerium und die Universitäten ab, wie denn das mit den Existenzlektoren zu regeln wäre, wie denn die Lektoren doch nach Jahren und Jahrzehnten einen besseren Status bekommen könnten. Zu wenige Planstellen, zu viele Studierende, Lehre von den Externen, 1993, 1994, 1995 wurde mit der Lektorenaktion versucht alles zu regeln. Im Gespräch waren ein Überführen in Dienstverhältnisse, Bundeslehrer_innen, Universitätsassistent_innen. Es sollte alles gelöst werden für jene, die da jahrelang lehrten. In einer schriftlichen parlamentarischen Anfrage hieß es: „Lehrbeauftragte werden mit der Abhaltung bestimmter Lehrveranstaltungen beauftragt, die von den in einem Dienstverhältnis stehenden Universitätslehrern aus quantitativen oder inhaltlichen Gründen nicht angeboten werden können, Lehraufträge sollen also eine sinnvolle Ergänzung zu dem vom Stammpersonal der Universitäten abgedeckten Lehrangebot bewirken. Soweit Lehrbeauftragte in der Vergangenheit funktionell in einer Weise tätig geworden sind, die quantitativ und qualitativ dem Verwendungsbild eines Universitätslehrers mit Dienstverhältnis entsprochen hat, wurden sie im Rahmen der sogenannten Lektorenaktion in Dienstverhältnisse als Vertragslehrer bzw. Assistenten übernommen.“¹

In Wahrheit war nichts gelöst: Da waren die Neuen, die erst ein paar Jahre da waren, wieder zu wenig Planstellen, wieder viele Studierende, ja auf jeden Fall keine neue Existenzlektoren schaffen, nicht mehr als sechs Stunden lehren, viel weniger Geld, Sparpaket 1996, rund 2.200 externe Lehrbeauftragte im Wintersemester 1996/97, Reduktion der Remuneration um 17%, rausgeflogen aus dem Mittelbau, keine Mitbestimmungsrechte. „Es war einer der Grundsätze des UOG 1993, die Willensbildung und damit die Mitgliedschaft in den Kollegialorganen der Universitäten jenen Universitätsangehörigen vorzubehalten, die hauptberuflich an der Universität tätig sind, die entsprechend umfassendere Verantwortung für den Forschungs- und Lehrbetrieb tragen und einen umfassenderen Einblick in das universitäre Geschehen haben“ (ebd.). Und dann wieder rein in den Mittelbau mit dem Universitätsgesetz 2002, aber der hat sowieso kaum mehr Rechte, und jetzt intern, weil angestellt, jedes Semester, jedes Jahr einen neuen Vertrag, Kette, und jetzt ist sie zu Ende die Kette und alles wieder da, ein Semester aussetzen, dann beginnt die Kette neu....oder gar nicht, weil es gar kein Geld mehr gibt.

Nach einer der Plenas des im Rahmen des Unistreiks 1996 gegründeten Aktionskomitee Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen kamen uns zwei a.o.s entgegen, beide also definitiv gestellt, gesicherter Mittelbau. Ein leicht herablassendes Lächeln auf den Lippen „Und kommts vom Streik?“ „Ja von den Externen, ist ja wirklich ein Skandal, aber jetzt darf auch jemand von den Externen bei den Verhandlungen dabei sein.“ Und dann im Abgang: „Gut so, kämpft nur weiter für uns.“

Eva Blimlinger

¹ Schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 4685/J - NR/1998, 4430/AB XX.GP, http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/AB/AB_04430/fnameorig_136794.html (8.9.2011).

Sie wird auch weiterhin um grundsätzliche und innovative Alternativen zum chronisch krisengeschüttelten österreichischen Bildungs- und Wissenschaftssystem bemüht sein. Um auch in Zukunft diesen Aufgaben gerecht zu werden, bedarf es der Mitarbeit von kritisch-engagierten LektorInnen und WissensarbeiterInnen, die an einer Veränderung von Lebens- und Arbeitsbedingungen teilhaben wollen.

Annemarie Steidl für die PräsidentInnen (i.v. Ela Horning, Thomas Schmidinger, Claus Tieber)

Annemarie Steidl ist Historikerin und war von 1994 bis 2009 externe Lektorin an den Universitäten Wien, Salzburg und der University of Minnesota in Minneapolis/USA. Nach Jahren als Drittmittelarbeiterin ist sie seit Sommer 2010 an der Universität Wien als Assistenz-Professorin beschäftigt.

Literatur:

Heissenberger, Stefan, Mark, Viola, Schramm Susanne, Sniesko, Peter und Rahel Sophia Süß (AG Buchveröffentlichung) (Hg.). 2010. **UNI BRENNT. Grundsätzliches – Kritisches – Atmosphärisches.** Wien, Turia + Kant.

Bundesvertretung der Österreichischen HochschülerInnenschaft (Hg.). 2011. **Wessen Bildung? Beiträge und Positionen zur bildungspolitischen Debatte.** Wien, Mandelbaum-Verlag.

Mixa, Elisabeth, Lauggas, Ingo und Friedhelm Kröll (Hg.). 2011. **Einmischungen. Die Studierendenbewegung mit Antonio Gramsci lesen.** Wien, Turia + Kant.

11

Anekdote No6

Schlechtes Gewissen? Gute Vernetzung!

Seit vielen Jahren, also eigentlich schon seit meiner Mitarbeit an der WissenschaftlerInnenhaus-Machbarkeitsstudie vor – ja, auch bereits – zehn Jahren will ich einerseits aus echtem Interesse aber andererseits auch getrieben von schlechtem Gewissen zu den IG-Treffen kommen. Geschafft habe ich das höchstens zwei Mal, wenn ich mich recht erinnere. Seit kurzem trage ich die Termine nicht einmal mehr in meinem Kalender ein, es geht sich eh nicht aus bei allen meinen (un)möglichen prekären Jobs...

Aber was soll das schlechte Gewissen? Die IG war, ist und bleibt hoffentlich noch lange eine wunderbare Vernetzungsmöglichkeit. Und das kann ich für meine diversen zivilgesellschaftlichen Engagements bestens gebrauchen. Einmal – 2009 – gab's sogar ein reelles Treffen im Sozialministerium zum Thema Prekarität in der Wissenschaft. Ich hatte im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe zur sozialen Lage der Kulturschaffenden in Österreich, an dem ich für den Kulturrat Österreich (auch eine gute Vernetzungsbasis) und die IG Freie Theaterarbeit teilnahm, das ehrliche Interesse eines Sektionschefs an den Fallen der neuen Beschäftigungsverhältnisse kennen gelernt. Und so konnten kurzfristig die IG-ELF (Thomas Schmidinger), www.doktorat.at (Esther Hutfless) und der Verband feministischer Wissenschaftlerinnen (ich) die missliche Situation der stetig wachsenden Schar von prekären MischeinkommensbezieherInnen auch in der Wissenschaft dem ziemlich erstaunten Beamten darstellen. Konkrete Erfolge hat diese Aktion allerdings noch nicht gezeitigt. Ich finde es aber trotzdem gut und wichtig für solche Gespräche oder allfällige Protestschreiben etc. relativ schnell ein paar KollegInnen mit Rest-Ressourcen aufzutreiben und aktiv werden zu können. Im Rahmen der IG-ELF findet sich da immer wer, auch immer wieder neue Engagierte. Auf die IG-ELF kann man/frau sich also verlassen, was extrem wichtig ist für eine tragfähige Vernetzung.

Danke!

Sabine Prokop

Von Ketten und anderen Verträgen: Zur Lage der Lehrenden und Forschenden an Österreichs Hochschulen

Bildung ist wieder Thema in Österreich. Von der Situation der KindergärtnerInnen bis zur Hochschulmisere gelangt ein zentrales gesellschaftliches Feld wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Politik. Der geringe Stellenwert, dem Bildung in diesem Land zugemessen wird, ist insbesondere an der Lage der Lehrenden und der jungen ForscherInnen abzulesen. Qualifizierung und Verantwortung führen keineswegs zu adäquaten Arbeitsbedingungen und entsprechender Entlohnung, sondern immer mehr zu prekarierten Verhältnissen.

Thomas Schmidinger und Claus Tieber

Die Vielfalt der Lehre

Da die Lehre an der Massenuniversität mit dem festen Personal allein nicht bewältigbar ist, wurden und werden Lehraufträge auch an „Externe“ vergeben. Bei allen Problemen, die damit einhergingen, entstand so auch ein besonders vielfältiges Lehrangebot, das sich durch den vielfach eingeforderten Praxisbezug vieler LektorInnen bzw. den unmittelbaren Bezug zu innovativer Forschung auszeichnet. Diese Vielfalt wurde und wird von ausländischen Universitäten mitunter mehr geschätzt als von österreichischen.

LektorInnen an den österreichischen Hochschulen decken in einigen Studienrichtungen deutlich mehr als die Hälfte der Lehre ab. An der größten Universität Österreichs, der Universität Wien, stellt die Internationale Entwicklung (IE) mit über 90 Prozent der Lehre die Spitzenreiterin dar, gefolgt von Studienrichtungen der Sozialwissenschaftlichen Fakultät, wie Politikwissenschaft oder Kultur- und Sozialanthropologie mit weit über 50 Prozent. Trotzdem sind die LektorInnen – und damit in vielen Studienrichtungen die Mehrheit der Lehrenden – nicht in die universitären Strukturen eingebunden. Infrastruktur wie Büro, Computer, Drucker und anderes wird nicht an allen Instituten zur Verfügung gestellt; in Entscheidungsfindungsprozesse an der Universität sind sie kaum eingebunden. Da wundert es nicht, wenn in einer Studie der IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen aus dem Jahr 2000 40 Prozent der LektorInnen angaben, dass sie sich eher oder gar nicht als Teil ihres jeweiligen Instituts fühlen. Nur 12,5 Prozent fühlten sich ihrem Institut zugehörig (IG Externe 2000).

LektorInnen gehören ebenso wie Drittmittelangestellte dem sogenannten „wissenschaftlichen Personal“, somit der bislang „Mittelbau“ genannten Kurie an. Damit ist ihnen rein formal der Zugang zur Vertretung ihrer Interessen auf allen im Universitätsgesetz 2002 (UG 02) bzw. den diversen Universitätssatzungen vorgesehe-

nen Ebenen der Universität ermöglicht. De facto sind LektorInnen nur in Ausnahmefällen in Instituts- und Studienkonferenzen und so gut wie gar nicht in höher angesiedelten Gremien vertreten. Dies ist zum einen auf die strukturelle Benachteiligung durch die kurzfristigen Verträge zurückzuführen, die es erschweren bzw. verunmöglichen, sich für die allesamt auf mehrere Jahre befristeten Funktionen in den diversen Gremien wählen zu lassen. Zum anderen aber ist die Entscheidungsfindung an den Universitäten noch immer von patriarchalen Strukturen geprägt, die umso deutlicher werden, je weiter frau sich in der Universitätshierarchie nach oben bewegt. In der Studie der IG LektorInnen ist denn auch ein deutlicher geschlechtsspezifischer Unterschied im subjektiven Akzeptanzgefühl der LektorInnen festzustellen (IG Externe 2000: 153). Dass besagte patriarchale Strukturen und informelle Entscheidungsfindungen auch dann dominant bleiben, wenn an einem Institut mehrheitlich Frauen beschäftigt sind, ist ein untersuchungswürdiges Phänomen.

LektorInnen stellen eine intern stark diversifizierte Gruppe dar. Während es sich bei einem Teil der LektorInnen um junge NachwuchswissenschaftlerInnen handelt, unterrichtet ein anderer Teil seit vielen Jahren regelmäßig, die einen zwischen zwei und vier Semesterwochenstunden, einige bis zur derzeit gültigen Obergrenze von 7,99 Semesterwochenstunden an einer Universität (für die Akkumulierung von Lehraufträgen an mehreren Universitäten gibt es keine Obergrenze). Für die persönliche Lebenssituation der jeweiligen LektorInnen ist zudem entscheidend, ob und welche Tätigkeiten sie neben der universitären Lehre finden können. Seit dem Wintersemester 2009/10 verfügen alle LektorInnen, die zumindest zwei Semesterwochenstunden lehren, über einen regulären Arbeitsvertrag und ein Einkommen, das für zwei Semesterwochenstunden knapp über der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze liegt,

womit sie auch sozialversichert sind.

Senior Lecturers

Auch wenn der seit dem Wintersemester 2009/10 in Kraft getretene Kollektivvertrag (KV) zumindest für eine gewisse Vereinheitlichung der Verträge der LektorInnen gesorgt hat, blieben die Ergebnisse des KV weit hinter den Erwartungen der LektorInnen zurück. An den meisten Universitäten bleibt das Gehalt der LektorInnen in etwa gleich hoch. Die IG LektorInnen sieht jedoch neue Gefahren durch das Bestreben, die bisherigen LektorInnen durch „Senior Lecturers“ (Kollektivvertrag §26(3)) zu ersetzen. In Bezug auf die Universität Wien wurde kritisiert, dass die angestrebten „Senior Lecturers“ nichts mit den gleichnamigen Positionen an amerikanischen oder britischen Universitäten zu tun hätten:

„Dort ist es selbstverständlich, dass Senior Lecturers auch forschen, ihre Positionen sind eher mit den A.O. Professuren im deutschsprachigen Raum vergleichbar. Der „international klingende“ Name des neuen Lehrpersonals soll verschleiern, dass es sich dabei um bloße Lehrer handelt, die durch eine extreme Stunden- und Studierendenüberlastung von 13 bis 16 Semesterwochenstunden an Forschung gehindert werden.“ (IG Externe 2009)

An einigen Universitäten wurden mit dem Beginn des Wintersemesters 2010/2011 bereits Senior Lecturers beschäftigt. An der Universität Graz werden dabei zum Beispiel 16 Semesterwochenstunden Lehre verlangt. Das bedeutet eine Arbeitsbelastung, die Forschungstätigkeit de facto ausschließt. Mögen Senior Lecturers in manchen Studienrichtungen sinnvolle Ergänzungen des Lehrpersonals darstellen, so widerspricht die damit einhergehende Trennung von Forschung und Lehre einem der Grundpfeiler der Universität. In der Praxis wurden Senior Lecturer-Stellen bislang vorwiegend als Halbtagsstellen vergeben, was zu neuen Problemen führt, wenn halbtags bezahlt und ganztags gearbeitet wird (vgl. science.orf.at 2011). Die im Kollektivvertrag komplementär vorgesehenen, in der Praxis aber weit seltener vergebenen „Senior Scientists“ werden von der IG in Hinsicht auf die Einheit von Forschung und Lehre ebenso kritisch betrachtet.

„Neuer Mittelbau“

Von den beschriebenen Prekarisierungsprozessen sind jedoch nicht nur LektorInnen betroffen, sondern seit dem UG 2002 partiell auch andere WissenschaftlerInnen an den Universitäten, insbesondere der „neue Mittelbau“ und die so genannten Drittmittelbeschäftigten bzw. ProjektmitarbeiterInnen.

Das UG 2002 führte zu einem Umbau des sogenannten Mittelbaus, also des wissenschaftlichen Personals mit Ausnahme der ordentlichen ProfessorInnen.

Wurden die Angehörigen dieser Kurie zuvor unbefristet angestellt, in den Beamtenstatus erhoben und waren de facto unkündbar, so werden seit 2002 auf dieser Ebene nur noch befristete Qualifikationsstellen eingerichtet. Die politischen Eltern des UG 2002 (Schwarz-Blau) gingen – nicht ganz frei von Empirie, aber nichtsdestotrotz ideologisch motiviert – davon aus, dass die Verbeamtung von WissenschaftlerInnen zur verminderten Produktivität derselben führt (vgl. König 2009).

So stehen nunmehr Leistungsvereinbarungen auf der Agenda der Universitäten. Dem liberalen „Leistung muss sich lohnen“-Credo, welches etwa in den Leistungsvereinbarungen zwischen wissenschaftlichem Personal und Universitäten zum Ausdruck kommt, steht jedoch eine Wirklichkeit gegenüber, in der Leistung keinerlei Rolle spielt.

Der gesamte „neue Mittelbau“, also Inhaber unterschiedlicher prä- und postdoc-Stellen, wurde zu einer zeitlich befristeten Angestelltengruppe umgewandelt, deren Verträge mit Bezugnahme auf die so genannte „Kettenvertragsregelung“ nach (max.) acht Jahren nicht verlängert werden können (UG 2002, §109). Diese Beschränkung gilt paradoxerweise gänzlich unabhängig von ihrer Leistung, also ob die Inhaber dieser Stellen international anerkannte Forschung betrieben oder nur ihre Zeit abgesehen haben. Diese Handhabung der „Kettenvertragsregelung“ führt ihre ursprüngliche Intention ad absurdum: Sie besagt eigentlich, dass einem befristeten Arbeitsverhältnis nur in Ausnahmefällen – und max. 8 Jahre lang – wieder ein befristetes folgen darf. Treffen diese Ausnahmeregelungen nicht zu – und sind max. 8 Jahre überschritten – würde ein weiterer Vertrag per Gesetz als unbefristet gelten. Die Regelung soll damit davor schützen, über lange Zeiträume in unsicheren, befristeten Anstellungsverhältnissen gehalten zu werden. Manche Universitäten in Österreich – etwa die Universität Klagenfurt – stellen daher etwa auch Drittmittelangestellte auf unbefristeten (kündbaren) Verträgen an und geben ihren MitarbeiterInnen damit eine gewisse Planungssicherheit – zumindest so lange, wie deren Finanzierung über Drittmittelakquisition gesichert ist. Andere Universitätsleitungen – etwa an der Universität Wien – haben sich entschieden, in solchen Fällen grundsätzlich keine unbefristeten Verträge zu vergeben. Unter diesem Umgang mit der Kettenvertragsregelung leiden sowohl Lehrende als auch die MitarbeiterInnen von drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten, die nach einigen Jahren nicht einmal mehr die Möglichkeit haben, sich über selbst eingeworbene Projektfinanzierung an ihrer Universität weiter beschäftigen zu lassen.

Faculty- versus Ordinariensystem

Die im Kollektivvertrag versprochenen unbefristeten Laufbahnstellen existieren bislang fast nur auf dem

Papier. Die Zusammensetzung der Institute mit befristeten Qualifikationsstellen und weiterhin unbefristeten Professuren führt zwangsläufig zu einem Wiederaufleben des international überholten Ordinariensystems, also zu einer stärkeren Hierarchisierung an den Instituten. Demgegenüber stünde ein Faculty-System, in dem sich die MitarbeiterInnen eines Instituts nicht von vornherein in eine vorgegebene Rangordnung einordnen müssen. Voraussetzung hierfür sind jedoch „Tenure Tracks“, unbefristete Verträge mit Qualifikationsvereinbarung.

Ein erfolgreiches Faculty-Modell gäbe allen an der Universität arbeitenden Personen die gleichen Rechte und führt daher auch zu einer erhöhten Identifikation mit der Universität und einer stärkeren Motivation in Forschung und Lehre. Beim aktuellen Ausmaß an Frustration und Demotivation an vielen Instituten wäre dies dringend notwendig.

Eine Diskussion über Entscheidungsfindungsprozesse an den Universitäten kommt an einer Evaluierung und Revision des UG 2002 nicht vorbei. Es gilt, die Idee der universitären Selbstbestimmung demokratisch auszufüllen und Einzelentscheidungen, die das UG 2002 möglich macht, zu Gunsten demokratischer Beschlüsse zurückzudrängen. Eine verstärkte Einbindung der Studierenden wäre hierbei zu berücksichtigen.

Strukturen der Entscheidungsfindung

Ein Faculty-Modell, wie es die IG LektorInnen vertritt, bedeutet zunächst einmal das Abgehen von überholten Kurien und der entsprechenden Besetzung universitärer Gremien nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe des wissenschaftlichen Personals. Diese Zusammensetzung gibt nicht nur einer bestimmten Kurie – jener der Professorinnen und Professoren – ein schwer argumentierbares Übergewicht in der Entscheidungsfindung an den Universitäten, es führt auch dazu, dass andere Gruppen – wie etwa LektorInnen oder Drittmittelangestellte – von Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen sind.

Personalstruktur

Neben den Strukturen der Entscheidungsfindung ist die Frage nach der Zusammensetzung einer Faculty von entscheidender Bedeutung. Der Kollektivvertrag eröffnet hier neue Perspektiven, die genutzt werden sollten, etwa die unbefristete Anstellung von LektorInnen und Drittmittelangestellten sowie die Perspektiven so genannter Laufbahnstellen. Die Angst einiger Universitäten vor unbefristeten Verträgen führt nicht nur zu einem völlig unökonomischen administrativen Aufwand, sie verhindert auch jegliche längerfristige Motivation. Nachdem es den Betroffenen auf Grund der Kettenvertragsregelung ohnehin nicht möglich ist, länger an der Universität zu bleiben, werden damit auch alle Leistungsvereinbarungen hinfällig. Was dringend nötig wäre, sind Perspektiven für Wissenschaft-

lerInnen und überprüfbare, transparente Kriterien, nach denen ihre Laufbahn sich entwickeln kann.

Kriterien für universitäre Laufbahnen

Der Tendenz, wissenschaftliche Arbeit nach vorwiegend quantitativen Kriterien zu messen, tritt die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen in diesem Zusammenhang entschieden entgegen. Die Anzahl von Artikeln, die vermeintliche Qualität des Journals, in dem diese veröffentlicht werden – und dies alles in handliche Rankings und übersichtliche Impact Points verpackt – werden immer mehr zum alleinigen Kriterium für wissenschaftliche Karrieren. Professuren werden mitunter nach Publikationslisten und der Anzahl von Google-Scholar-Treffern vergeben und nicht nach einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Arbeit der KandidatInnen. Sind diese Kriterien schon im naturwissenschaftlichen Bereich höchst fragwürdig, so werden sie in den Geisteswissenschaften endgültig zum sinnentleerten Wettbewerb um des Wettbewerbs willen, in dem selten die wirklich Besten „gewinnen“. Eine vorbehaltlose Diskussion über vernünftige Kriterien und Verfahren zur Evaluierung wissenschaftlicher Arbeit sollte möglichst breit geführt werden.

Zudem muss einmal mehr darauf hingewiesen werden, dass für eine akademische Laufbahn „Exzellenz“ fast ausschließlich auf Forschungsergebnisse bezogen ist und die Qualität der Lehre dabei keine Rolle spielt. Sowohl im Sinne der Einheit von Forschung und Lehre, aber auch um die Qualität der Lehre gerade in Massenfächern zu heben, bedarf es nicht nur exzellenter ForscherInnen, sondern ebenso exzellenter UniversitätslehrerInnen. Kriterien und Verfahren zur qualitativen Beurteilung von Hochschullehre zu diskutieren, wäre höchst an der Zeit.

Schwierigkeiten der Organisierung

In einer 2010 publizierten Untersuchung bemerken Susanne Pernicka, Anja Lasofsky-Blahut, Manfred Kofranek und Astrid Reichel, dass neben den mangelnden Perspektiven „die Vielfalt an Vertragsverhältnissen zur Pluralisierung der Identitäten und Interessen der wissenschaftlichen Beschäftigten“ (2010: 92) beitrage. Dies erschwert letztlich auch eine gemeinsame Interessenvertretung.

Trotzdem führte die Unzufriedenheit mit dem Kollektivvertrag, das Auslaufen der ersten befristeten Anstellungen des „neuen Mittelbaus“ und das drohende Ende universitärer Karrieren durch die „Kettenvertragsregelung“ für Drittmittelangestellte bereits im Laufe des Studienjahres 2008/2009 zu einer stärkeren Organisierung der betroffenen Statusgruppen. Die Betroffenen schlossen sich in Gruppierungen wie „Zukunft der Wissenschaft“ oder der „Plattform Drittmittel Personal“ zusammen. Mit Beginn der Uniproteste im Herbst 2009 wurden auch die Proteste von Lehrenden und Forschenden in der Öffentlichkeit stärker

wahrgenommen. Die IG LektorInnen solidarisierte sich bereits nach der ersten Nacht der Audimax-Besetzung mit den Protestierenden und lud wenige Tage später gemeinsam mit anderen zu einem Lehrenden- und Forschendentreffen ein, an dem ca. 150 MitarbeiterInnen aus Wiener Universitäten teilnahmen. Daraus entwickelte sich ein regelmäßig tagendes Lehrenden- und Forschendenplenum, das von einem rotierenden Organisationsteam vorbereitet und moderiert wurde und mit dem Label der „Squatting Teachers“ wesentlich zur Sichtbarkeit von Lehrenden in der Protestbewegung beitrug (vgl. Schmidinger 2009/10). Von Anfang an forderte das Audimax-Plenum der Uni Wien auch ein Ende prekärer Beschäftigungen an den Universitäten. Etwas zeitlich verschoben bildete sich auch an den Universitäten in Graz eine AG Lehrende und Forschende, die sich dort aktiv in die Proteste einbrachte. Die Uniproteste führen damit nicht nur zu wechselseitigen Solidarierungsprozessen, sondern stellen den Ansatz einer gemeinsamen Bewegung von Lehrenden, Forschenden und Studierenden für eine Demokratisierung und Öffnung der Universitäten und angemessene Studien- und Arbeitsbedingungen dar.

Im Zuge der Studierendenproteste gelang es, auf die prekäre Lage der in befristeten Verträgen Beschäftigten aufmerksam zu machen. Diese auch tatsächlich zu verbessern, kann nur gelingen, wenn sich der Organisationsgrad der Betroffenen auf allen Ebenen erhöht. Die Fundamente hierfür sind gelegt. Nur wenn sich die Betroffenen organisieren und gemeinsam aktiv werden, haben sie eine Chance auf Veränderung. Sie haben nichts zu verlieren als ihre Ketten(verträge).

Claus Tieber ist als habilitierter Filmwissenschaftler Lektor am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft der Universität Wien und Projektleiter an der Abteilung Musik- und Tanzwissenschaft der Universität Salzburg. Seit 2010 ist er Präsident der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen (www.ig-elf.at).

Thomas Schmidinger ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien mit Schwerpunkt Internationale Politik, Mittlerer Osten, Migration und politischer Islam. Von 2009 bis 2010 war er Präsident der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen und hat er sich in verschiedenen Bereichen der Protestbewegung engagiert. Seit September 2010 ist er Research Fellow an der University of Minnesota.

Bibliografie:

- IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen: Endbericht des Forschungsprojekts **Zwischen Autonomie und Ausgrenzung? Zur Bedeutung Externer Lehre und Freier Wissenschaft an österreichischen Universitäten und Hochschulen**. Wien, 2000; <http://www.ig-elf.at/index.php?id=38> (abgerufen am 17.9.2011) 15
- IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen. 2009. **Stellungnahme zur bevorstehenden Umsetzung des Kollektivvertrags**; <http://www.ig-elf.at/index.php?id=75> (abgerufen am 10. 1. 2010)
- Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten**; <http://personalwesen.univie.ac.at/kollektivvertrag/> (abgerufen am 17.9.2011)
- König, Thomas: **Eclipse of Reason**, Malmoe, Juni 2009, S. 24; <http://www.malmoe.org/artikel/regieren/1888> (abgerufen am 13.3.2010)
- Nöbauer, Herta: **Materielle Macht: Raum und Körper an der Universität**. In: Heisenberger, Stefan / Mark, Viola / Schramm, Susanne / Sniesko, Peter / Süß, Rahel Sophia (Hg., 2010): **Uni brennt**. Wien: S. 134-141
- Pernicka, Susanne / Lasofsky-Blahut, Anja / Kofranek, Manfred / Reichel, Astrid (Hg., 2000): **Wissensarbeiter organisieren. Perspektiven kollektiver Interessenvertretung**. Berlin
- Schmidinger, Thomas (2009/10): **Prekärer Protest. Warum die Beteiligung von Lehrenden an den Uniprotesten prekär blieb**. *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 33 (4) u. 34 (1): S. 87-96.
- Science.orf.at. 15.02.2011. **Wissenschaft wird zunehmend zum Halbtagsjob**; <http://science.orf.at/stories/1675993/> (abgerufen am: 13.9.2011)
- UG (Universitätsgesetz) 2002: §109 **Dauer der Arbeitsverhältnisse; Erläuterungen zur Umsetzung an der Universität Wien** siehe: <http://personalwesen.univie.ac.at/themen-a-z/kettenvertragsregelung/> (abgerufen am 17.9.2011)

JungwissenschaftlerInnen - eine ausgebeutete Generation?

16

Nicht nur Studierende protestieren derzeit. Auch junge WissenschaftlerInnen organisieren sich an den Universitäten und machen auf ihre prekären Arbeitsbedingungen aufmerksam.

Doch aller Anfang ist schwer...

Philip Taucher

Sie sind jung, eigeninitiativ und kreativ. Sie arbeiten auch gern unentgeltlich oder für wenig Geld in Projekten, die sich im eigenen Lebenslauf gut machen. Sie sind UnternehmerInnen ihrer eigenen Arbeitskraft und verdienen weniger als der Portier, den sie am Morgen begrüßen.

Allein an der Universität Wien arbeiten 2.500 LektorInnen, mehr als 1.000 über außeruniversitär finanzierte Forschungsprojekte Angestellte und an die 800 AssistentInnen in Ausbildung. Diese zeichnen für die Hälfte der universitären Lehre verantwortlich. Ohne sie wäre der Hochschulbetrieb nicht aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig kämpfen sie mit prekären Arbeitsverhältnissen, teilweise untragbaren Arbeitsbedingungen in überfüllten Hörsälen und unsicheren Zukunftsaussichten. LektorInnen werden pro Semester jeweils für einzelne Lehrveranstaltungen angestellt. Sogenannte „ExistenzlektorInnen“, die einzig von ihren Einkünften als LektorInnen leben, kommen oft auf nicht mehr als 1.300 € brutto im Monat.

Ausbildungsniveau, Arbeitsaufwand und Bezahlung stehen für sie in keinem Verhältnis. Für die Universitätsleitung bieten diese Anstellungsverhältnisse jedoch die Möglichkeit, den Lehrbetrieb aufrecht zu erhalten, ohne viel Geld in die Hand zu nehmen.

Über außeruniversitäre Forschungsgelder finanzierte WissenschaftlerInnen sind meist für mehrjährige Forschungsprojekte angestellt. Gleichgültig ob sie das Geld, mit dem sie bezahlt werden, selbst organisiert haben, gleichgültig wie gut ihre Forschung und Lehre ist, sie dürfen aufgrund einer sogenannten Kettenvertragsregelung in fast allen Fällen nach sechs Jahren Anstellungszeit nicht mehr an der Universität Wien beschäftigt werden.

Die Universitätsleitung argumentiert, dass WissenschaftlerInnen dadurch zu internationaler Mobilität angeregt werden und jüngeren WissenschaftlerInnen die Möglichkeit gegeben wird nachzurücken. Die Betroffenen erwidern jedoch, dass ihre berufliche wie familiäre Zukunftsplanung durch solche Arbeitsverhältnisse massiv erschwert werde.

Wo bleibt der Widerstand?

Seit Frühjahr 2009 bildeten sich Initiativen, in denen besonders junge WissenschaftlerInnen versuchen, ihre Situation gemeinsam zu verbessern. Petitionen und

offene Briefe an die Universitätsleitung zeigten bisher wenig Wirkung. Vielmehr wurden dieses Jahr ein Kollektivvertrag für die Universität Wien und eine Novelle des Universitätsgesetzes beschlossen, die die Situation von NachwuchswissenschaftlerInnen in einigen Bereichen sogar verschlechtern. Vor diesem Hintergrund stellten sich die Initiativen der NachwuchswissenschaftlerInnen in mehreren Veranstaltungen die Frage, wie man die Interessen prekär Beschäftigter in den Wissenschaften besser organisieren könne. Gemeinsam mit den Protesten der Studierenden an der Universität gewann die Debatte an Dynamik. Die bestehenden Initiativen arbeiteten stärker zusammen. Lehrende erstellten einen gemeinsamen Forderungskatalog und schufen unter dem Label ‚squating teachers‘ einen Rahmen, in dem sie kritische Lehre selbst organisieren.

Hinderliche Widersprüche

Schnell kristallisierten sich in den regen Diskussionen einige Widersprüche heraus, die es für eine weitere Organisation zu bearbeiten gilt. Die jungen WissenschaftlerInnen arbeiten an ihrem individuellen Lebenslauf, streiten um begehrte Fördermittel, Artikel in Zeitschriften und Lehraufträge und werden damit trotz geforderter Teamarbeit ständig in Konkurrenz zueinander gesetzt.

Viele haben an der Universität keinen Arbeitsplatz. Sie fühlen sich oft nicht einmal als Teil der Universität bzw. werden von dieser auch nicht als solcher behandelt. Die sehr unterschiedlichen Anstellungsformen machen es auch schwierig, gemeinsame Interessen zu formulieren.

Ein weiteres wesentliches Hindernis für eine Organisation von Interessen besteht darin, dass viele WissenschaftlerInnen ihre Arbeit zuerst als Berufung und erst in zweiter Hinsicht als Lohnarbeit verstehen. Dementsprechend deuten sie unbezahlte Arbeit als Engagement und Solidarität mit der Institution. Durch ihr Handeln setzen sie aber ihre KollegInnen unter Druck, selbst mehr unbezahlte Arbeit zu verrichten. Ökonomisch ist das für die meisten kaum leistbar. Viele junge WissenschaftlerInnen lassen sich aber trotzdem auf derartige Arbeitsverhältnisse ein, um ein vermutetes Prestige, das mit einer Anstellung an der Universität verbunden wird, für sich zu nutzen.

Um dieses unsichere symbolische Kapital nicht zu entwerten, reden die wenigsten darüber, unter welchen Bedingungen sie an der Universität arbeiten. Die jungen WissenschaftlerInnen wissen um die individuelle prekäre Lage, ein kollektives Bewusstsein ihrer geteilten Erfahrungen von Prekarität entwickelt sich jedoch nur in beschränktem Maße.

Was tun?

„Einfach einmal ‚Nein‘ sagen!“ als Maßnahme gegen den stillen Zwang zu unbezahlter Arbeit, könne unmittelbar Druck von Beschäftigten in Lehre und Forschung nehmen und Räume für Solidarität schaffen, argumentierte eine Lektorin bei einer Diskussionsveranstaltung Mitte Oktober 2009 am Campus der Universität Wien. Man solle die Möglichkeiten der Betriebsräte besser nutzen und gleichzeitig versuchen, eigene InteressensvertreterInnen dort hinein zu wählen, schlug eine Vertreterin der Interessensgemeinschaft Externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen vor. Wenn das Ziel ist, Konkurrenz abzubauen, dürfen wir nicht eine Universitätslaufbahn für möglichst viele fordern, sondern Sicherheit und angemessene Bezahlung aller an der Universität Beschäftigten, räumte eine Forscherin der Plattform Drittmittelpersonal ein.

Es müssen Räume geschaffen werden, in denen sich prekär Beschäftigte treffen und organisieren können, warf eine Teilnehmerin ein. Ein Vertreter der Initiative Zukunft der Wissenschaften forderte statt temporärer Aktionen, kontinuierliche Strukturen der Interessensvertretung prekär Beschäftigter aufzubauen. Dabei müsse man auch andere Gruppen an den Universitäten einbinden, wie Reinigungs- und administrative Kräfte und die Studierenden, damit der Druck nicht einfach auf diese abgewälzt werde, argumentierte ein Studierender.

Eine intensivere Zusammenarbeit mit Studierenden zeichnete sich im Rahmen der Studierendenproteste ab. Nach wie vor bleibt aber die Organisation der unterschiedlichen prekär beschäftigten WissenschaftlerInnen an den Universitäten eine schwierige Herausforderung. Eine Vernetzung mit anderen Beschäftigten an der Universität und WissensarbeiterInnen außerhalb der Universität ist bisher nur ein Wunsch ans Christkind.

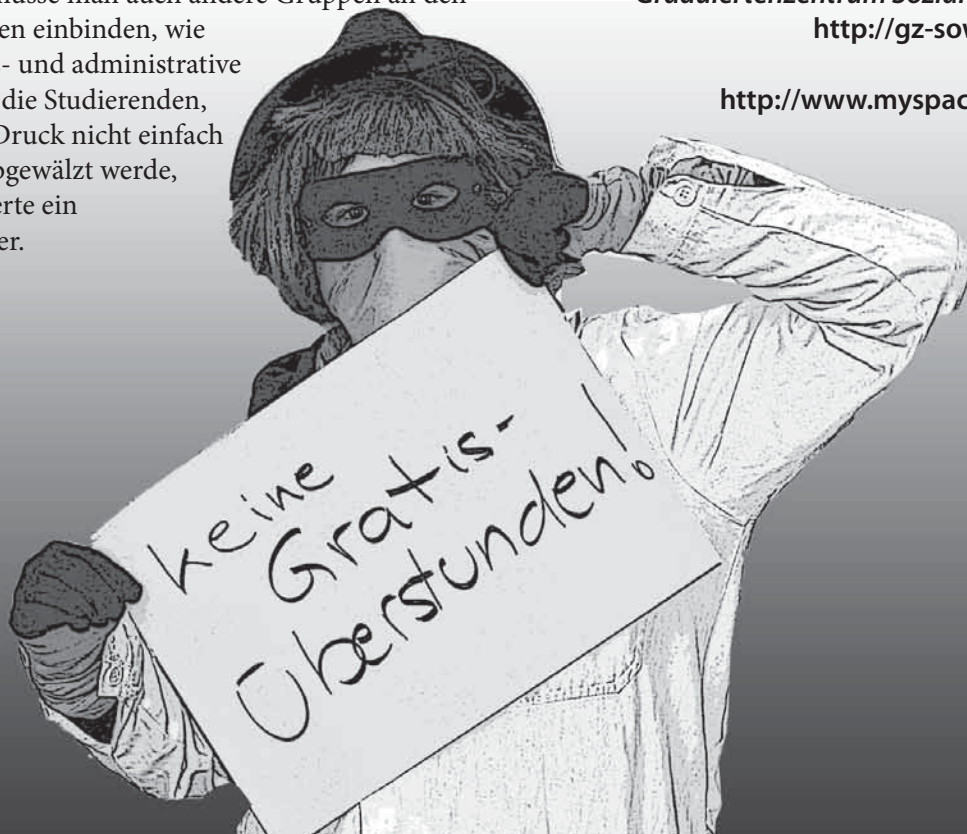
Philip Taucher wurde aufgrund seiner angesammelten Dienstjahre im PrekärCafé vor kurzem mit dem Dienstgrad des Ex-Praktikanten ausgezeichnet.

Zur Nachlese:

Manifest der WissensarbeiterInnen
<http://www.malmoe.org/artikel/widersprechen/1900>

Links zu den beteiligten Initiativen:

Interessensgemeinschaft Externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen
<http://www.ig-elf.at/>
Initiative Zukunft der Wissenschaften
<https://lists.univie.ac.at/mailman/listinfo/zukunft-d-wissenschaften>
Graduiertenzentrum Sozialwissenschaften
<http://gz-sowi.univie.ac.at/>
Prekär Café
<http://www.myspace.com/prekaer>



(Selbst-)Organisierung in der Wissensarbeit Von Widerspruchslinien und Handlungspotenzialen

18

(Selbst-)Organisierung wissenschaftlicher Beschäftigter gegen prekarierte Arbeitsverhältnisse an den Universitäten gibt es in Österreich spätestens seit dem Unistreik 1996 (siehe dazu Steidl in dieser Broschüre). Mit dem Inkrafttreten des Universitätsgesetzes 2002 im Jahr 2004 und dem Inkrafttreten des Kollektivvertrags im Herbst 2010 hat sich die Zusammensetzung der Prekarisierung verändert und die Kampf- und Widerspruchslinien haben sich – zumindest teilweise – verschoben. Daraus ergeben sich auch Herausforderungen für politisches Handeln.

Lisa Sigl

Diese Organisierungsversuche reichten von losen Zusammenschlüssen entlang einzelner Statusgruppen (Drittmittelangestellte, LektorInnen, AssistentInnen) an den Universitäten über deren Vernetzungsversuche und gemeinsame Initiativen über Lehrenden- und Forschenden-Versammlungen im Rahmen der uni-brennt-Protteste, zu den Squatting Teachers bis hin zu dem überlegten Versuch, ein Organising-Projekt mit einer Teilgewerkschaft des ÖGB zu starten; spontane und anlassbezogene Protestgruppen, Protestbriefe, Manifeste, Interventionen in öffentlichen Veranstaltungen und Betriebsversammlungen, eigene Blocks auf Demonstrationen und der MayDay-Parade, Flugblätter, Zeitschriftenprojekte, unzählige lokale und transnationale Vernetzungsversuche, Medienpräsenz, strategische Kooperation mit Gewerkschaften – vieles, das sich im Repertoire politischer Gruppen findet, findet sich auch in den Organisierungsprozessen der letzten Jahre.

Aber erstmal der Reihe nach und von vorn: Die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen stellt seit 1996 eine außergewöhnliche Kontinuität in der Organisierung von wissenschaftlich Arbeitenden in Österreich dar. In erster Linie allerdings war und ist die IG seit 1996 als VertreterIn jener bekannt, die wissenschaftlich arbeiten und von Prekarisierung betroffen waren und sind. Seither hat sich die Zusammensetzung der an den Universitäten Beschäftigten entlang von Universitäts(organisations)gesetzen, dem Vertragsbedienstetengesetz und erst 2010 durch den abgeschlossenen Kollektivvertrag mehrmals verschoben und so auch die Zusammensetzung jener, die an den Universitäten prekariert arbeiten. Waren es Mitte der 90er Jahre noch insbesondere (Existenz-)LektorInnen, so nahm infolge der Autonomisierung der Universitäten, und insbesondere mit Inkrafttreten des UG 02, auch die Gruppe der ProjektmitarbeiterInnen deutlich zu. Finanzierung durch externe Projekte ist zwar von vielen begrüßt worden, weil sie den Planungsspielraum von Instituten – zumindest scheinbar – erhöhten und

die Möglichkeit gaben, Personal flexibler aufzustocken. Allerdings sind Drittmittelstellen – im Vergleich zu Universitätsstellen – viel weniger standardisiert, häufiger auf Teilzeitbasis und fast immer auf kürzere Zeit befristet.

Zwischen 2005 und 2008 stiegen die Einnahmen der Universitäten durch Drittmittel um 20%. 2007/2008 waren 25% des künstlerischen und wissenschaftlichen Personals drittmittelfinanziert (in der Forschung in höherem Ausmaß als in der Lehre). 2007 waren allein an der Universität Wien bereits knapp 1000 Personen über Drittmittel finanziert. Entsprechend stieg im gleichen Zeitraum auch die Gesamtzahl der Beschäftigten an Österreichs Universitäten; diese waren allerdings in größerem Ausmaß als davor teilzeitbeschäftigt (bmw_f 2008: 17, 22). Zur Entwicklung der Vertragslängen gibt es bisher leider keine – verlässlichen – Daten. Im Drittmittelbereich gab es allerdings bis Inkrafttreten des Kollektivvertrags keinerlei verbindliche Mindestgehaltsvereinbarungen und allgemeine Erfahrungswerte zeigen, dass die Länge von Drittmittelverträgen von 3 Monaten bis zu 3 oder max. 4 Jahren reicht. Die Annahme ist daher begründet, dass sich sowohl die Löhne als auch die Länge der Verträge des wissenschaftlichen Personals an Universitäten im Schnitt deutlich nach unten entwickelt haben. Die Situation hat sich seit dem Kollektivvertrag zwar in manchen Punkten verbessert. Bei genauerer Betrachtung hat aber auch dieser – nicht nur für Drittmittelangestellte – seine Tücken.

Halten wir erstmal fest, dass sich die Zone der Prekarisierung an Universitäten in den letzten Jahren deutlich erweitert hat. Wie insbesondere der Beitrag des Linken Hochschulnetzes in dieser Broschüre zeigt, betrifft das nicht nur die Lehrenden und Forschenden, sondern auch die Studierenden, deren finanzielle Situation durch (zumindest zeitweise) Studiengebühren, un(ter)bezahlte Praktika und enger gefasste Studienpläne schwieriger geworden ist. Bei einem Versuch der Analyse der Situation von Lehrenden und Forschenden

den verirrt man sich schnell in Schlagwörtern und Halbwahrheiten: die Rede ist dann oft von der Kettenvertragsregelung, die – so häufig suggeriert – unbefristete Anstellung gesetzlich ausschließt, oder davon, dass der Kollektivvertrag die größten Missstände beseitigt habe. Noch komplexer wird es, wenn man anfängt zu begreifen, dass die Prekarisierung – wie in vielen anderen Bereichen – nicht auf eine oder wenige konkrete Ursachen zurückzuführen ist, sondern sich aus dem Gesamtbild neoliberaler Transformation akademischer Institutionen und der Gesellschaft ergibt. Im folgenden werden wir versuchen, zumindest ein wenig Licht in dieses Dickicht zu bringen und einige der wesentlichen Widerspruchslinien auszumachen.

Widerspruchslinie 1:

Handhabung der Kettenvertragsregelung

Als 2004 das neue Universitätsgesetz (UG02) in Kraft trat, fing auch die Zeit an abzulaufen für jene, die keine unbefristeten Verträge an den Universitäten hatten – also eine Mehrzahl und laufend steigende Zahl der wissenschaftlich Angestellten. Mit ihm fing gleichzeitig auch die sogenannte „Kettenvertragsregelung“ (§ 109 UG 02) zu gelten an, die eine Aneinanderreihung von befristeten Vollzeit-Arbeitsverträgen auf maximal sechs Jahre – und damit für viele bis Ende 2009 – beschränkte. Diese *Kettenvertragsregelung* hatte seither sehr skurrile Auswirkungen: etwa, dass sich junge ForscherInnen – um die max. 6 Jahre zu verlängern – sich auf Teilzeitarbeit einließen, womit sich die max. Anstellungszeit auf 8 Jahre verlängern ließ. Allen Beteiligten ist bei Vereinbarungen dieser Art natürlich völlig klar, dass eine wissenschaftliche Karriere ohne Mehr-als-Vollzeit-Engagement nicht zu machen ist. So erkaufen sich Unis Vollzeit-Arbeit mit Teilzeitverträgen.

Dabei spricht – obwohl oft anders suggeriert – weder laut Universitätsgesetz noch laut Kollektivvertrag absolut nichts dagegen, unbefristete Verträge auszustellen. Die „Kettenvertragsregelung“ besagt im Grunde nur, dass bei Überschreiten der 6 (bzw. 8) Jahre jeder Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber/ bei der gleichen Arbeitgeberin rechtlich automatisch als unbefristet gilt. Sie kann daher durch die Vergabe von unbefristeten Verträgen leicht vermieden werden; eine Option, die die Rektorate der meisten Universitäten (so auch der Universität Wien) zum Zweck der Flexibilisierung des Personalstands und aus Angst vor Klagen im Fall der Kündigung aber nicht wahrnehmen. Das „Problem Kettenvertragsregelung“ ist hausgemacht: einerseits von den Universitätsleitungen, andererseits aber auch von den Betriebsratsgremien, die sich nicht für entsprechende Betriebsvereinbarungen einsetzen. Die Handhabung der Kettenvertragsregelung ist nur eines der Probleme, die der Kollektivvertrag nicht löst.

Widerspruchslinie 2:

Ausschöpfen der Potenziale des Kollektivvertrags

Begrüßenswert ist, dass der Kollektivvertrag die Möglichkeit einräumt, unbefristete Stellen – Senior Scientists/Lecturers, Drittmittelangestellte etc. – zu besetzen. Ein Problem ist auch der Interpretationsspielraum in der Definition der Arbeitsbelastung von Stellen wie den Senior Lecturer/Scientist-Stellen. Ob das allerdings die Arbeitsverhältnisse an den Universitäten verbessert, hängt nicht nur davon ab, ob (und in welchem Verhältnis zu befristeten Stellen) solche Stellen tatsächlich besetzt werden, sondern auch davon, wie das Aufgabenprofil und die Arbeitsintensität dieser Stellen definiert werden. Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass etwa Senior Lecturer-Stellen häufig als Halbzeit-Stellen ausgeschrieben werden und mit so hoher Lehrbelastung versehen werden, dass diese in der vorgesehenen Arbeitszeit kaum bewältigbar ist; von begleitender Forschungstätigkeit – wie das bei Senior Lecturer-Stellen international üblich ist – ganz zu schweigen. Der Kollektivvertrag schweigt hierzu und verlagert die wesentliche Frage der Arbeitsbelastung damit erneut auf die Ebene individueller Vertragsverhandlungen.

Die Auseinandersetzung mit diesen beiden Widerspruchslinien wäre eigentlich ein klassisches Aufgabengebiet von Gewerkschaften und Betriebsratsgremien. Insbesondere dem Betriebsrat kommt hier eine zentrale Rolle zu, weil es sich gerade in der Frage der Handhabung der Kettenvertragsregelung um eine in den einzelnen Betrieben (an den Universitäten) verhandelte Frage handelt. Auch in der Frage der Arbeitsbelastung müsste der Betriebsrat mit entsprechenden Betriebsvereinbarungen eingreifen. Hier käme es darauf an, sich von Erpressungsversuchen seitens der Universitätsleitungen nicht beeindrucken zu lassen und gegebenenfalls das volle Potenzial von gewerkschaftlicher und Betriebsratsarbeit auszuschöpfen (vgl. dazu den Beitrag von Becksteiner).

Viele halten gewerkschaftliches Handeln an Universitäten für unmöglich oder wenig erfolgversprechend. Das liegt auch daran, dass sich österreichische Gewerkschaften für die Mehrzahl der Beschäftigten nicht zuständig fühlen. Die GÖD gilt noch immer als klassische BeamtInnengewerkschaft und beweist mit ihrer Aktivität in keiner Weise das Gegenteil. Nachdem seit dem UG02 die große Mehrzahl der Beschäftigten keine BeamtInnen mehr sind, sondern viel eher Privatangestellte, erscheint vielen ohnehin eine Vertretung durch die GPA viel naheliegender. Dies u.a. auch deshalb, weil sehr viele der später wissenschaftlich Tätigen schon während der Studierendenzzeit dort Mitglied waren und sie mit flexibilisierten und prekarisierten Arbeitsverhältnissen einen größeren Erfahrungshorizont haben. Eine gewerkschaftliche Verankerung der Interessenvertretung wäre u.a.

deshalb wichtig, weil es Aufgaben gibt, die Selbstorganisation kaum leisten kann – etwa rechtliche Beratungstätigkeiten, die zeitaufwändig sind und bei einer zunehmenden Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse auch eine hohe Qualifikation erfordern (vgl. dazu den Beitrag von Becksteiner). Anregungen hierfür könnte man sich u.a. von der „Templiner Manifest“-Kampagne der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Deutschland holen. Diese tourte ein ganzes Jahr mit einem Forderungskatalog durch die Universitäten und schaffte damit nicht nur Öffentlichkeit für Fragen der Prekarisierung, sondern auch unter den WissenschaftlerInnen ein Bewußtsein für die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit arbeitsrechtlichen Fragen. Anregungen bieten auch neue Ansätze wie Organising-Projekte, die in manchen Ländern bereits etablierter Bestandteil gewerkschaftlicher Arbeit sind. Dadurch erschließen sich Gewerkschaften neu entstehende Arbeitsfelder – wie das Feld der Wissensarbeit eines ist. Diese wirken damit dem vielerorts dramatischen Mitgliederschwund entgegen.

Widerspruchslinie 3: Repräsentation

Schon fast nicht mehr erwähnt werden muss die Krise der Repräsentation, die sich bei prekärer Beschäftigung auch an den Universitäten sehr deutlich zeigt. Nachdem der Betriebsrat eine Amtsperiode von vier Jahren hat, sind befristete Angestellte bei der Kandidatur für den Betriebsrat strukturell diskriminiert. Erst vor kurzem musste ein Vertreter der IG LektorInnen seinen Platz im Betriebsrat (Liste PLUM) räumen, weil er – nach jahrelanger Lehrtätigkeit – ein Semester pausieren musste, um – so seine Worte – „Geld zu verdienen, um sich das Lehren wieder leisten zu können“ (MB).

Widerspruchslinie 4: Heterogenität

Eine weitere Herausforderung ist die (scheinbare) Heterogenität der Gruppe und der Interessen, die vertreten werden sollen. So sind externe LektorInnen, UniversitätsassistentInnen oder Drittmittelpersonal in sehr verschiedenen vertraglichen Situationen, die von Semesterverträgen für einen einzelnen Lehrauftrag bis hin zu sechsjährigen Vollzeitbeschäftigungen reichen. Unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse sind gerade dadurch charakterisiert, dass wir zwar mit ähnlichen Tätigkeiten beschäftigt sind, das aber in sehr unterschiedlichen Verhältnissen, unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und materieller Unterstützung. Wir sind nicht alle in der selben Form und meist auch nicht ausschließlich WissensarbeiterInnen. Diese Heterogenität in der Zusammensetzung verdeckt häufig gemeinsame Interessen wie kontinuierliche und gute finanzielle Absicherung und individuelle Planungsmöglichkeiten. Diese gemeinsamen Interessen geraten auch dadurch aus dem Blick, dass wir – obwohl wir

von dem Einkommen aus Wissensarbeit leben – das heißt „lohnabhängig“ sind – unsere Tätigkeit meist nicht in erster Linie als Lohnarbeit verstehen, sondern wir vielfältige und sehr individuelle Beweggründe für unser Tun haben.

Widerspruchslinie 5:

Hohe Eigenmotivation vs. Selbstaubeutungswille

Daran schließt sich die nächste Widerspruchslinie an: Die oft starke Motivation ist oft der Grund, warum wir bereit sind, un(ter)bezahlt zu arbeiten oder die wissenschaftliche Tätigkeit mit anderen Einkommen querzufinanzieren – auch wenn das bedeutet, nebenher nicht-akademische Projekte oder Aufträge anzunehmen oder nachts als KöchInnen zu jobben, um die schlechte Finanzierungslage akademischer Institutionen auszugleichen. Leider kann man sich an dieser Stelle auch einen kleinen Seitenhieb auf die geringe Organisierungsfreudigkeit von wissenschaftlich Angestellten nicht verkneifen. Die Ängste, in einem stark hierarchisch organisierten Universitätssystem öffentlich Kritik zu üben, sind ernst zu nehmen und der Wunsch, sich ein Leben in der Wissenschaft aufzubauen, ist nachvollziehbar. Allerdings haftet der geringen Mobilisierungsfreudigkeit auch etwas seltsam Elitäres an. Un(ter)bezahlt arbeiten zu können darf nicht als Privileg gelten. Oder anders gesagt: Wissenschaftliche Arbeit ist oft noch immer (vorwiegend) ein Privileg jener, die es sich – etwa durch familiäre Unterstützung – leisten können. Das wird sich so lange nicht ändern, so lange wissenschaftlich Tätige ihren Lebensunterhalt davon nicht (gut) bestreiten können –, d.h. so lange wissenschaftliche Tätigkeit nicht (auch) in ihrem Lohnarbeitscharakter ernst genommen wird.

Widerspruchslinie 6: Verteilung der Mittel

Eine weitere Widerspruchslinie verläuft quer durch die Debatte um die Finanzierung von Bildung, Forschung und Lehre. Die Heterogenität der Gruppe der WissensarbeiterInnen ergibt sich auch aus der Heterogenität der Verhältnisse in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen. So variiert der Anteil an drittmittelfinanziertem Personal etwa sehr stark von Forschungsfeld zu Forschungsfeld: In den Sozialwissenschaften ist er nach wie vor sehr gering, während er etwa in Feldern wie Biochemie oder Molekularbiologie auf 60% oder mehr steigen kann (Felt et al. 2007: 30, 44). Dies liegt wesentlich auch an Möglichkeiten, Drittmittel einzuwerben. Für Felder, denen marktökonomisches Potenzial zugeschrieben wird, gibt der Bund mitunter jährlich bis zu ein Zehntel des Budgets des größten Grundlagenforschungsförderungsinstituts (FWF) für ein einziges Programm aus. Die Verknappung der Haushaltsbudgets von akademischen Institutionen ist entlang (arbeitsmarkt)politischer Motive konstruiert. Die Gesamt-Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sind seit Mitte der

1990er Jahre stetig gestiegen und auch die Ausgaben des Bundes steigen kontinuierlich (Statistik Austria 2011). Damit einhergegangen ist allerdings auch eine massive (anteilige) Umverteilung der Fördermittel entlang zweier Umverteilungslinien: (1) hin zu Forschung mit ökonomischem Potenzial und weg von „unrentabler“ Forschung (Geistes- und Sozialwissenschaften) und (2) weg von Basisfinanzierung und hin zu kompetitiver Einwerbung von Mitteln. Wer kompetitiv sein will, muss Mittel sparen, und das geht am einfachsten bei den Personalkosten. Ein offenes Geheimnis ist, dass gerne DissertantInnen beschäftigt werden, weil diese wesentlich billiger sind als höher qualifizierte Postdocs. Für Einreichungen bei manchen Förderinstituten gilt es unter den Einreichenden als unrealistisch, eine Vollzeit-Postdoc-Stelle für ein Projekt bewilligt zu bekommen. In Kombination sind diese Umverteilungen insbesondere für geistes-, kultur- oder sozialwissenschaftliche Felder ein Problem. Forschung in diesen Feldern wird unter marktökonomischen Gesichtspunkten kein – oder kaum – Wert zugeschrieben und in Förderstrukturen einer Wissensökonomie strukturell diskriminiert. So hat etwa auch die weitgehende Streichung der Basisfinanzierung für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen – wie sie letzten Herbst beschlossen wurde – für die Sozial- und Geisteswissenschaften ungleich härtere Auswirkungen. Kritische, gesellschaftspolitische Forschung und emanzipatorische Wissensproduktion wird damit systematisch ausgehungert.

(Nicht nur) deshalb ist es für eine Interessenvertretung entscheidend, sich auch in breiteren gesellschaftspolitischen Fragen zu engagieren. So war schon das Selbstverständnis der IG immer das einer Interessensvertretung, die immer wieder auch zu anderen Themen Stellung bezieht: sie lehnte etwa mit einer Resolution die schwarz/blau Regierungsbildung deutlich ab (2000) und rief auch zur Enthftung der Mitglieder der Volxtheaterkarawane auf, die 2001 nach den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua festgenommen wurden. Auch für Organiserungen während der unbrennt-Bewegung war es kennzeichnend, dass die eigenen Problemlagen im breiteren Kontext der Bildungsdebatten und gesellschaftspolitischer Fragen reflektiert wurden: das Themenspektrum der Diskussionen reichte von überfüllten Hörsälen bis hin zum bedingungslosen Grundeinkommen als neuer Form sozialer Absicherung für alle. Das gab der inhaltlichen Debatte neue, gesamtgesellschaftlich relevante Impulse, die über die Auseinandersetzung mit Partikularinteressen hinausgingen.

Breaking News:

We (need to) organise just like anybody else!

Im ersten Halbjahr 2009 war durch verschiedene Ereignisse wieder neue Bewegung in die Organisation rund um Arbeitsbedingungen in der Wis-

senschaft gekommen. Die davor zumeist nur latent vorhandenen Arbeitskonflikte an Universitäten wurden durch den Abschluss des „Kollektivvertrags“ und das drohende Ende vieler Anstellungen Ende 2009 plötzlich aktuell. Kurzfristig sah es so aus, als würde es in diesem Konflikt gelingen, die Beschäftigten der Uni Wien mit der Doktrin „Teile und herrsche“ in verschiedene Lager zu spalten. Die Initiative Zukunft der Wissenschaft empörte sich vor allem wegen der Neu-Definition der Stellen der „AssistentInnen in Ausbildung“ (vormals Säule 1), denen nach dem neuen Kollektivvertrag nun nicht mehr garantiert ist, ihre Dissertationen im Rahmen der formalen Arbeitszeit schreiben zu können. Die Plattform Drittmittel Personal setzte sich für bessere Planungsmöglichkeiten, die Möglichkeit unbefristeter Anstellungsverhältnisse und Mindestgehaltsvereinbarungen für extern finanziertes Universitätspersonal ein und die IG Externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen machte sich weiterhin für eine Verbesserung der Situation der LektorInnen stark. Bereits im Sommer 2009 allerdings vernetzten sich einige dieser Initiativen. Sie fingen an, gemeinsame Ursachen für ihre partikularen Problemlagen herauszuarbeiten, die im Herbst 2009 bei der gemeinsamen Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Prekarisierung in den Wissenschaften. Organisieren wir uns!?“ noch breiter diskutiert wurden. Von IG Externe, Plattform Drittmittel Personal, PrekärCafé, Graduiertenzentrum und ÖH initiiert, diente sie als Auftakt für weitere Vernetzung. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und heterogen zusammengesetzt. Sie machte in der anschließenden Diskussion zwar die Verschiedenheit der Interessenlagen und strategischen Ausrichtungen sichtbar, schaffte aber auch ein Bewusstsein für gemeinsame Problemlagen wie geringer Planbarkeit, finanzieller Absicherung, Fehlen längerfristiger Anstellungsperspektiven an den Universitäten oder Schwierigkeiten im Zurückweisen unbezahlter (Mehr-)Arbeit. Die Vernetzungsarbeit setzte sich mit der unbrennt-Bewegung seit Oktober 2009 fort. Lehrende und Forschende begannen bald, sich nicht nur mit den Protesten der Studierenden zu solidarisieren, sondern sich als Teil der Bewegung zu begreifen. Sie hielten eigene Versammlungen ab und entwickelten eigene Forderungen, beschlossen aber auch einen gemeinsamen Forderungskatalog mit Studierenden (siehe Beiträge 18+19 in dieser Broschüre). Teils bildeten sie unter dem Label „Squatting Teachers“ Arbeitsgruppen, um gemeinsame Aktionen mit den Studierenden zu planen, alternative Lehrveranstaltungen zu organisieren und gleichzeitig auf prekäre Arbeitsverhältnisse an Universitäten aufmerksam zu machen.

Diese Vernetzungen galt und gilt es aufrechtzuerhalten und den Organiserungen damit auch nach dem oberflächlichen Abebben der unbrennt-Bewegung Kontinuität und gemeinsames Auftreten zu verleihen.

Einige Squatting Teachers entschieden sich deshalb, in die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen einzutreten und sich teils auch im Vorstandskollektiv zu engagieren. Wir müssen gemeinsam und von unten die in akademischen Arbeitsweisen eingeübten individualistischen, karriere-orientierten Subjektivierungsformen überwinden. Obwohl Wissensproduktion eine inhärent kollektive Angelegenheit ist, scheint es paradoxerweise so zu sein, als müssten sich gerade die WissensproduzentInnen an den Universitäten wieder an kollektives Auftreten gewöhnen. Der unternehmerische Bezug auf das eigene Selbst (Bröckling 2007) ist letztlich nur durch kontinuierliche Experimente mit kollektiven Subjektivierungsformen zu durchbrechen, die gleichzeitig einen kreativen und virtuoson Umgang mit den prekarierten Umständen erlauben (vgl. Lorey 2007). Erst in solchen Experimenten werden wir die Schwierigkeiten im Umgang mit Prekariierung nicht weiter als persönliches Scheitern an den Umständen wahrnehmen, sondern ein kollektives Bewusstsein über die strukturellen Ursachen entwickeln. Und nur dann werden wir einen (für uns) produktiven – nicht in neoliberale Transformationsprozesse integrierbaren – Widerstand gegen Prekariierung auf den Weg bringen.

Literatur:

Lisa Sigl war linke Aktivistin bei den Squatting Teachers, ist beim Prekär Café aktiv und derzeit im Vorstandskollektiv der IG LektorInnen und WissensarbeiterIn. Sie arbeitet als Wissenschaftsforscherin an der Universität Wien.

Aufruf zur Enthftung der Mitglieder der Volxtheaterkarawane, 1.8.2001
(<http://www.ig-elf.at/index.php?id=58>).

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (2008):
Universitätsbericht 2008.
Vienna, bm.w_f. (http://www.bmwf.gv.at/startseite/mini_menu/service/publikationen/wissenschaft/universitaetswesen/hochschul_und_universitaetsberichte/)

Bröckling, Ulrich (2007):
Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt/M.

Felt, U., L. Sigl, et al. (2007):
Austrian State of the Art Report, Workpackage 1 (KNOWING - Knowledge, Institutions and Gender: An East-West Comparative Study.
Vienna, Department of Social Studies of Science, University of Vienna.

Lorey, Isabel (2007):
„VirtuosInnen der Freiheit. Zur Implosion von politischer Virtuosität und produktiver Arbeit“.
In: Grundrisse 23
(http://www.grundrisse.net/grundrisse23/isabell_lorey.htm).

Resolution anlässlich der Regierungsbildung, 12.2.2000 (<http://www.ig-elf.at/index.php?id=55>).

Gewerkschaftlicher Dornröschenschlaf

Mario Becksteiner 23

„Gemäß §100 Abs 5 UG 2002 steht nebenberufliches Lehrpersonal im Sinne des Abs 4 dieser Regelung in einem freien Dienstverhältnis zur Universität. ... Ob ein freies Dienstverhältnis dann nicht mehr angenommen werden kann, wenn die in § 100 Abs 5 UG 2002 ex lege vorgesehene Vertretungsmöglichkeit trotz Vorliegen der Kriterien des Abs 4 leg cit vertraglich ausgeschlossen wird, hängt davon ab, ob man diese Bestimmung als dispositives Recht ansieht, wofür das Gesetz aber aus meiner Einschätzung weder in die eine, noch in die andere Richtung einen brauchbaren Anhaltspunkt liefert, sodass zur Klärung dieser Rechtsfrage erst auf eine dazu ergehende Rechtsprechung zu warten bleibt. ... Hingegen ist bei Vorliegen einer selbständigen Tätigkeit eine Zuordnung zum Kreis der Arbeitnehmer schon begrifflich ausgeschlossen, da diesfalls denkunmöglich eine persönliche Abhängigkeit bestehen kann.“

(Auszug aus einer Antwort der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst auf eine betriebsrätliche Anfrage betreffend der freien Dienstverhältnisse an der UNI Wien)

What the fu..?! Liebe/r interessierte/r LeserIn, ja es ist die deutsche Sprache und nein sie müssen es nicht verstehen. Verstehen müssen den hier besprochenen Sachverhalt nur JuristInnen, BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, aber nicht der oder die, auch akademisch gebildete ArbeitnehmerIn.

Ich möchte diese Passage nützen, um den ersten Teil eines Problemaufrisses zum Thema Gewerkschaften an der Universität einzuleiten.

Die Passage verdeutlicht zuallererst, dass die Frage betriebsrätlichen oder gewerkschaftlichen Agierens heute eng gekoppelt ist an einen ExpertInnendiskurs, der verzahnt ist mit der Verrechtlichung des Interessenkonflikts zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen.

Dieses Rechtsdispositiv, das innerhalb des Feldes der Interessenskonflikte stark dominiert, steht aufgrund seines selektiven Grundprinzips eines ExpertInnenwissens diametral gegen die Grundintention einer gewerkschaftlichen Organisation: Durchsetzungsfähigkeit auf Basis kollektiver Handlungsfähigkeit der Lohnabhängigen. Vielmehr zementiert das Rechtsdispositiv mit seiner eigentümlichen Sprache eine Bürokratisierung des Interessenskonfliktes und damit einhergehend eine Struktur des StellvertreterInnen-tums, das im Kern der Logik einer Serviceorganisation folgt, sozusagen das Gewerkschaftsmodell ÖAMTC. Nicht nur an Universitäten wurde mit dieser Grundausrichtung der gewerkschaftlichen Identität auf juridisches ExpertInnenwissen die Basis kollektiver

Konfliktfähigkeit der Lohnabhängigen in Betrieben und in der Gesellschaft massiv eingeschränkt.

Der von mir verwendete Begriff der Bürokratisierung verweist in diesem Kontext auf eine weitere tieferliegende Tendenz. Bürokratie heißt wörtlich übersetzt „Herrschaft des Büros“, also einer kleinen verwaltenden Gruppe von Menschen die sich qua bürokratischem Prozedere, und das Recht kann als prozessierende Logik der Bürokratie verstanden werden, als StellvertreterInnen einer rationalen Verwaltungslogik etablieren können. Bürokratie, als die vermeintlich rationalste Form gesellschaftlicher Verwaltung, wie es von Max Weber zumeist affirmativ formuliert wurde, ist aus einer kritischen Betrachtungsweise heraus also ein Dispositiv der Macht und steht einer demokratischen Organisationsweise gegenüber, sowohl in Form der organisatorischen Grundstruktur als auch in Form entdemokratisierender Praxen, die eng an ExpertInnenwissen der bürokratischen Regeln und Verfahren gekoppelt sind. Welche enorme orientierende Kraft dieses Dispositiv in den Subjekten, die darin agieren, bewirken kann, zeigt der letzte Satz aus dem oben zitierten GÖD-Zitat. Die prozessierende Logik der Bürokratie, in unserem Fall das UG 2002 und das ArbVG (Arbeitsverfassungsgesetz) definiert das Denkmögliche und beschränkt das Denkmögliche. Das Recht definiert hier eine selbstständig tätige Person als Nicht – ArbeitnehmerIn, also „per Order di Mufti“ kann ein/e Selbstständige/r in keinem Abhängigkeitsverhältnis zum/r ArbeitgeberIn stehen.

Abgesehen davon, dass hier die GÖD-Interpretation weit hinter der gesellschaftspolitischen Debatte der „Schein-Selbstständigkeit“ hinterherhinkt, ist ein anderes Phänomen sehr interessant. Offensichtlich konstruiert das Recht eine Realität, die aber zu den tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen in Widerspruch steht. Der Kern des Arbeitsverfassungsgesetzes und noch immer der Großteil der dazugehörigen Judikatur stecken noch tief in der Blütezeit des industriell dominierten Kapitalismus, mit seiner klaren Unterteilung in Lohnabhängige und Arbeitgeber. Diese juristische Auffassung ist aber von den postfordistischen gesellschaftlichen Realitäten schon längst überholt worden. Ein Blick an die Universität Wien verdeutlicht dies nur allzu gut. Von den über 6000 Beschäftigten an der Universität sind über 2000 LektorInnen, die Arbeitsverträge nur über 6 Monate erhalten oder wie neuerdings immer üblicher als freie DienstnehmerInnen angestellt werden, wenn ihr Einkommen, das sie außerhalb der Universität lukrieren, einen gewissen Betrag übersteigt. Viele von uns sind außerhalb der

Universität Selbstständig, ohne dabei tatsächlich genügend zu verdienen, um ein gutes Auskommen zu finden. Ob als TrainerIn, BeraterIn, Coach oder freie WissenschaftlerIn, der Großteil befindet sich tatsächlich in einer „Schein-Selbstständigkeit“, die massive Abhängigkeitsverhältnisse von diversen AuftraggeberInnen konstituiert. Nicht selten dienen Lehraufträge als die einzigen relativ konstanten Einnahmequellen. Also wo ist demnach die „denkumögliche Abhängigkeit“?

Es gilt also festzuhalten: das noch immer in seiner Grundstruktur durch den Fordismus und ein industrielles Denken geprägte ArbVG, sowie die darauf Bezug nehmenden arbeitsrechtlichen Regelungen im UG 2002, konstruieren eine Realität, die den vielfältigen Formen der Prekarisierung im Bereich Universitäten und Wissensarbeit nicht gerecht wird und damit auch nur als Defensivmittel der Verteidigung von ArbeitnehmerInnenrechten in diesem Bereich äußerst stumpf ist. Darüber hinaus, und darauf bezieht sich das Eingangszitat, ist die Regelung der betriebsrätlichen und gewerkschaftlichen Vertretung an Universitäten, angesichts der industriell-fordistischen Ausrichtung des ArbVG, das auf relativ homogen strukturierte Belegschaften und geschlossene (die fordistische Fabrik) Betriebsstrukturen ausgerichtet ist, im höchsten Maße unzureichend und unbefriedigend. Die zusehends diskontinuierliche und prekäre Beschäftigungssituation an den Universitäten steht im diametralen Gegensatz zur Grundausrichtung der gesetzlichen Regelungen.

Die starke Ausrichtung auf die bürokratische Rechtsform und der damit einhergehende Servicecharakter bergen allerdings auch einen Widerspruch bezüglich des Selbstverständnisses von WissensarbeiterInnen und deren Subjektivierung. Zusehends sind Universitäten Orte, in denen regelrechte Virtuosen der Selbstorganisation arbeiten und „herangezogen“ werden, die es gewohnt sind, sich um ihre Angelegenheiten selbst zu kümmern. Der oftmals von Gewerkschaftsseite und auch von BetriebsrätInnen erhobene Vorwurf, „die“ seien ja nicht zu organisieren, ist meines Erachtens kurzsichtig. Ja, sie sind nicht zu organisieren, in einer Form, die der eigenen Subjektivität entgegensteht. StellvertreterInnentum und Bürokratie verträgt sich schwer mit Selbstverantwortung und Selbstorganisation. Wie die Proteste 2009 an den Universitäten gezeigt haben, sind nicht nur Studierende im Stand via politischer Selbstorganisation aktiv zu sein, sondern auch Lehrende und Forschende. Die Frage ist, warum wird diese Subjektivität und die daran gekoppelten Skills nicht genutzt, um gewerkschaftliche Organisation an den Universitäten neu zu denken? Gewerkschaften als ein lebendiger, demokratischer Organisations- und Diskussionszusammenhang, der Mitglieder nicht versteht als „zu Vertretende“, sondern als die eigentlichen AkteurInnen im Aufbau von Gegenmacht gegenüber Universitätsleitungen und Politik, von denen, und das

lehren uns die letzten Jahre, im besten Fall nur bescheidene Verbesserungen zu erwarten sind, wäre der zu beschreitende Weg. Warum nicht zurückkehren zu einem Grundgedanken gewerkschaftlicher Organisation, der aktiv einen Rahmen der Selbstorganisation und Partizipation schafft - mit oder gegen, in oder außerhalb der Gewerkschaften?

Für die Universitäten in Österreich ist trotz der Autonomie der Universität noch immer die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zuständig. Die Hoffnung, dass nach Abschluss eines Kollektivvertrages (KV) für die Angestellten der Universität der gewerkschaftliche Organisationsgrad (laut inoffiziellen Zahlen zwischen 4% und 13%) deutlich ansteigt, stellte sich als Trugschluss heraus. Nicht zuletzt die Tatsache, dass es durch die jetzige Arbeitsweise von Betriebsrat und Gewerkschaften nur sehr schwer ist, Druck von unten aufzubauen, um so alle Möglichkeiten, die der KV bietet, auch auf betrieblicher Ebene auszunutzen, bringt der KV nur wenige Beitritte.

Hauptsächlich zehrt die GÖD noch von der klassisch gewerkschaftlich organisierten Gruppe der älteren ProfessorInnen, was ihr nicht ganz zu unrecht den Ruf einer Standesvertretung eingebracht hat. Der große Rest zeigt herzlich wenig Interesse an einer gewerkschaftlichen Organisation. Neben der politischen Motivation (Nähe zur „schwarzen Reichshälfte“ und dem Ruf der Standesvertretung) ist es aber sicherlich auch die subjektiv gefühlte vollkommene strategische Bedeutungslosigkeit der eigenen Mitgliedschaft für das gewerkschaftliche Agieren. Partizipation oder gar strategische Organisation spielt im bürokratischen Dispositiv wenn überhaupt nur eine symbolische Rolle, womit wir wieder beim Widerspruch zwischen der heutigen Subjektivität von WissensarbeiterInnen und dem bürokratisch-kulturellen Organisationsdispositiv der Gewerkschaft wären.

Doch würde sich etwas ändern, wenn, wie nahe liegend, die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck Journalismus Papier (GPA-djp) für die nun großteils im Status der Privatangestellten sich befindenden Universitätsangehörigen zuständig wäre? Vielleicht, zumindest wäre der Verdacht der Standesvertretung und der ÖVP - Nähe nicht so erdrückend.

Doch Zweifel sind berechtigt

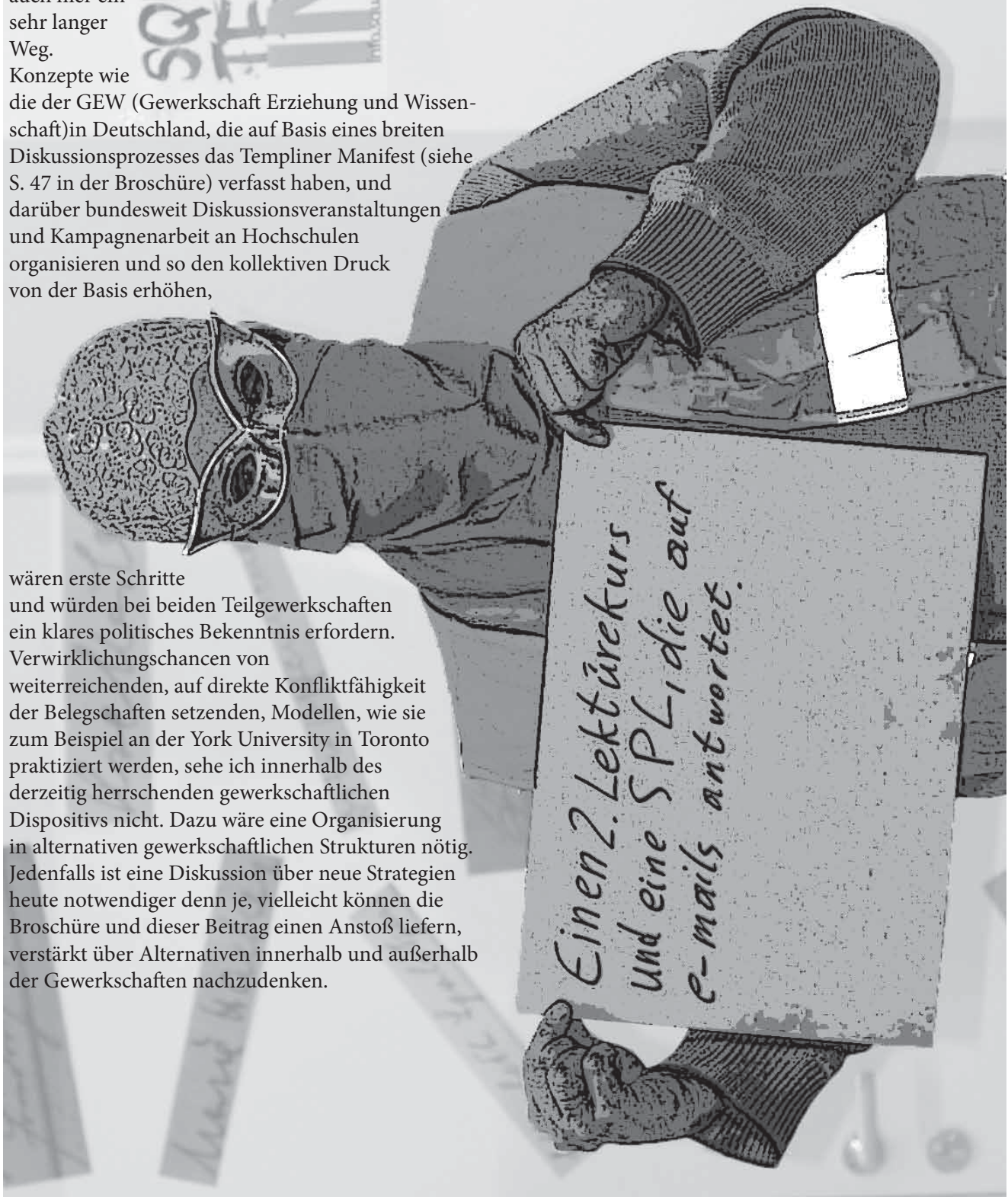
Erstens würde dieser Schritt für die GPA-DJP wahrscheinlich einen massiven Konflikt innerhalb des Dachverbandes der Gewerkschaften (ÖGB) heraufbeschwören, weil er die abgesteckten Territorien der Teilgewerkschaften in Frage stellen würde. Des Weiteren wäre ein offen ausgetragener Konflikt zwischen den beiden als finanzstark geltenden Teilgewerkschaften eine weitere Schwächung der Machtposition des ÖGB, mit vielleicht gesamtgesellschaftlicher Tragweite. Zweitens würde noch immer die Frage bleiben, inwieweit die Experimentierfreudigkeit mit neuen Formen der gewerkschaftlichen Organisation innerhalb der GPA-DJP vorangetrieben werden kann oder wie

viel Offenheit bestehen würde. Eine wahrscheinlich grundlegende Erneuerungsbewegung gewerkschaftlichen Agierens an den österreichischen Universitäten, welche nicht nur zum Ziel hat, den Organisations- sondern auch den Partizipationsgrad der Beschäftigten zu erhöhen, wäre wahrscheinlich auch hier ein sehr langer Weg.

Konzepte wie die der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) in Deutschland, die auf Basis eines breiten Diskussionsprozesses das Templiner Manifest (siehe S. 47 in der Broschüre) verfasst haben, und darüber bundesweit Diskussionsveranstaltungen und Kampagnenarbeit an Hochschulen organisieren und so den kollektiven Druck von der Basis erhöhen,

wären erste Schritte und würden bei beiden Teilgewerkschaften ein klares politisches Bekenntnis erfordern. Verwirklichungschancen von weiterreichenden, auf direkte Konfliktfähigkeit der Belegschaften setzenden, Modellen, wie sie zum Beispiel an der York University in Toronto praktiziert werden, sehe ich innerhalb des derzeit herrschenden gewerkschaftlichen Dispositivs nicht. Dazu wäre eine Organisation in alternativen gewerkschaftlichen Strukturen nötig. Jedenfalls ist eine Diskussion über neue Strategien heute notwendiger denn je, vielleicht können die Broschüre und dieser Beitrag einen Anstoß liefern, verstärkt über Alternativen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften nachzudenken.

SQUATTING
TEACHERS
INFO
info.squattinfo.teachers.com/allroom



Ernten der Krise

Das übergriffige Potenzial einer „Anomal-IE“ - die Internationale Entwicklung als Beispiel widerständiger Bewegungen gegen die neoliberale Umstrukturierung der Universität

Am 13. April unterbrach eine Masse von mehreren hundert Studierenden eine unter dem Motto „Bachelor, was nun?“ laufende geschlossene Veranstaltung, zu der die Uni Wien u.a. die Wirtschaftskammer und den OMV-Vorstand auf das Podium geladen hatte. „Master für Alle!“, war die Antwort an eine Unileitung, die (sich) daran gewöhnen will, Entscheidungen über die Köpfe der Universitätsangehörigen hinweg zu treffen, und sich nur mit ausgewähltem Publikum und fragwürdigen „ExpertInnen“ zu konfrontieren. Die Aktionen am „Bachelor-Day“, an dem auch die Lehre an der Internationalen Entwicklung (IE) ausgesetzt wurde, markieren einen vorläufigen Höhepunkt dieses inneruniversitären Konfliktes. Was war passiert?
Linkes Hochschulnetz

Zu Beginn des Sommersemesters überraschte der scheidende Rektor der Universität Wien Georg Winckler mit der Neuauflage einer altbekannten Auseinandersetzung: Der für das kommende Wintersemester vorgesehene Start des Masterstudiums IE wird im letzten Moment mit dem Argument der Unfinanzierbarkeit zuerst relativiert und wenig später auf Grund „inhaltlicher Mängel“ überhaupt in Frage gestellt. Dies obwohl der Senat bereits im Jänner 2011 seine Zustimmung für einen von Lehrenden und Studierenden ausgearbeiteten Studienplan gegeben hat. Seither wird außerdem auch mehr oder weniger offen über die Beendigung des Bachelors IE nachgedacht. Entsprechend aufgebracht sind nicht nur die Studierenden über die wiederholt gebrochenen Versprechen. Ernst bleibt auch die Lage von Lehrenden und administrativem Personal: an der IE sind fast alle prekär angestellt und nun vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht.

Die Vorstellung des Rektorats ist ein englischsprachiger und zugangsbeschränkter Eliten-Master der „Development Studies“, der die Motiviertesten und Fähigsten aus aller Welt rekrutiert und zu den morgigen TechnokratInnen internationaler Organisationen ausbildet. Dies wäre nichts anderes als die Abschaffung der IE durch die Verkehrung ihrer Ansprüche und Ziele.

1. Die IE ist anders — kurze Geschichte einer Anomal-IE

Der Fokus des Studiums „Internationale Entwicklung“ liegt auf einem transdisziplinären Zugang, der sich in einer Verbindung politikwissenschaftlicher, soziologischer, kultur-, wirtschafts- und geo-wissenschaftlicher Ansätze in der Erforschung globaler Zusammenhänge und des Phänomens „Entwicklung“ widerspiegelt. Ein solches transdisziplinäres Vorgehen ermöglicht anwendungs- und problemgeleitete Forschung auf

Basis einer kritischen Analyse gegenwärtiger Gesellschaftsformationen. Diese Herangehensweise scheint angesichts der verschiedenen Krisen unserer Zeit (Wirtschaft, Ökologie, Ernährung...) und ihrer gegenseitigen Verstrickung notwendiger denn je. Damit ist die IE innerhalb der deutschsprachigen Universitätslandschaft ein einzigartiges Studium. Nicht zuletzt deshalb, weil sie sich noch im Rahmen der öffentlichen Massenuniversität entwickelte, als der neoliberale Umbau der Universitäten schon begonnen hatte. Die Situation des Projekts gestaltete sich aufgrund fehlender Ressourcen höchst prekär. Während die Unsicherheit und fehlende Ausstattung mit Ressourcen mitunter darin begründet liegt, dass das Projekt von der Universitätsleitung stets nur geduldet, aber eigentlich nicht gewollt war, fand der individuelle Diplomstudiengang IE allergrößten Zuspruch von Seiten der Studierenden. Die Inskriptionszahlen explodierten und machten den Studiengang innerhalb weniger Semester zu einem Massenstudium. Bei anhaltendem Zustrom interessierter Studierender führte die Politik der Aushungerung seitens der Unileitung zu untragbaren Zuständen: die Lehrveranstaltungen waren überfüllt, es fehlten Räumlichkeiten, der Betrieb wurde bald nur noch durch die Aufopferung bzw. Selbstausschöpfung von schlecht bezahlten Lehrenden mit kurzfristigen Arbeitsverträgen sowie durch das Engagement von Studierenden aufrechterhalten. Andererseits entstand daraus eine besondere Situation selbstbestimmter Lehre. Das Massenstudium IE war ohne die enge und relativ gleichberechtigte Zusammenarbeit von Lehrenden und Studierenden schlichtweg nicht zu administrieren. Durch den starken Rückgriff auf studentische TutorInnen, die Gestaltung und Betreuung des Lehrveranstaltungs-Anmeldesystems durch die organisierte Studierendenschaft, ihre Beteiligung an der Lehre, der Ausarbeitung der Studienpläne und deren inhaltlicher Schwerpunktsetzung, konnten

die negativen Auswirkungen des unterfinanzierten Massenstudiums teilweise abgefedert werden.

Dadurch war es möglich, der disziplinierenden und vereinheitlichenden Zurichtung des Studiums im Zuge der Bologna-Implementierung zumindest graduell und im Sinne der Erhaltung von individuellen Gestaltungsspielräumen entgegenzuwirken. Absurderweise trug die Vorgehensweise der Universitätsleitung zu den Voraussetzungen für selbstbestimmte kritische Lehre und auf längere Sicht auch zur Formierung einer widerständigen politischen Praxis bei. Das Rektorat sah sich einem rasch anwachsenden, selbstbewussten Kollektiv gegenüber.

2. Der Umbau der Hochschulen...

Aber warum sitzen Wirtschaftskammer und OMV am Podium, wenn es darum geht, den neuen Bachelor-Studienplan zu evaluieren? Begriffe wie „Ökonomisierung der Bildung“ oder „neoliberale Umstrukturierung“ versuchen einen gesellschaftlichen Prozess zu bezeichnen, der sich in den letzten Jahren beschleunigt hat. Allerdings geht es nicht einfach nur um Bildung, die zu einer Ware für den Markt werden soll. Im Mittelpunkt stehen die Studierenden, welche direkt in der kapitalistischen Produktion und deren institutionellen Rahmenbedingungen arbeiten sollen. In den Worten der Wirtschaftskammer heißt das etwa, dass das Hochschulstudium als Berufsausbildung und nicht als „akademisch“ oder „wissenschaftlich“ verstanden werden muss und an die Erfordernisse des Arbeitsmarkts angepasst werden soll. Bachelorstudien „sollen klare Bezüge zu beruflichen Aufgaben in der Wirtschaft aufweisen. Die weiterführenden Studien (Master- bzw. Doktoratsstudium) sollen entweder die erworbene Anwendungsorientierung fortführen oder als wissenschafts- bzw. forschungszentrierte Programme geführt werden“. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs soll eine hochselektive „Exzellenzstrategie“ forciert werden und die Privatwirtschaft soll sich durch „Hochschul-Sponsoring“ und „Hochschulstiftungen“ leichter direkt einbringen können (WKÖ 2010: 35ff). Für eine Wirtschaft zu arbeiten, die im Namen des Standorts ständig neue Opfer verlangt und ein gutes und sicheres Leben immer in ferner Zukunft verortet, ist wohl für die meisten in unserer Gesellschaft eine leidvolle Erfahrung. Das Interesse der Wirtschaftskammer für die Strukturen der Universität und ihre Abwertung des „Akademischen“ offenbart, was sich hinter dem Gerede von „Berufsausbildung“/„Employability“ und „Anwendungsorientierung“ versteckt: Menschliche Arbeitskraft ist im Kapitalismus die wichtigste Ware, um die sich alles dreht. Sie muss möglichst billig, abhängig, fügsam, erpressbar, jederzeit verfügbar und austauschbar sein – kurz: prekär. Die Geschichte der „Hochschulreformen“ des letzten Jahrzehnts ist für uns Studierende ein Prozess der Zurichtung und Enteignung, der uns auf entfremdete

Arbeit vorbereiten soll:

- Enteignung jeglichen eigenen Anspruchs an das Studium: was, wozu, wie lange studiert wird, wird uns „von oben“ auferlegt – jede Tätigkeit, die uns nicht dazu ausbildet, in vorgegebenen Berufsbildern zu funktionieren, wird delegitimiert. Jede andere gesellschaftliche Rolle der Massenuni soll undenkbar werden. Selbst die freie Wahl des Studiums soll uns aus den Händen genommen werden.
- Enteignung von Wissen (Dequalifizierung): an die Stelle einer möglichst umfassenden Ausbildung tritt die enge fachliche Spezialisierung, die nicht nur schneller und billiger ist, sondern uns auch gegenüber dem/der einzelnen ArbeitgeberIn abhängiger macht. Je nach dem, was gerade von uns gebraucht wird, sollen wir uns dann um- oder weiterbilden („*Lifelong learning*“).
- Enteignung von Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten („*Verschulung*“): Studieren ist das möglichst schnelle Aneignen vorgegebener Wissenshappen in straff organisierten und standardisierten Studienplänen. Die „Mindeststudienzeit“ ist schon längst Regelstudienzeit. Verlieren wir Zeit mit Herumschweifen, Vertiefen und eigenwilliger Gestaltung, ist bald die „Toleranz“ vorbei und wir verlieren Beihilfen, Begünstigungen und zahlen Studiengebühren. Die Vorstellungen und Bestrebungen der Auszubildenden sind potentielle Hindernisse für die zielgerechte Ausbildung: Lieber unverbindliche KundInnenbefragungen als demokratische Entscheidungsprozesse! Die Ideologie der „Dienstleistungsuniversität“, die Universität als Unternehmen und Ausbildung als kaufbares Produkt darstellt, mystifiziert diese autoritäre Umgestaltung, indem sie es überhaupt erst als selbstverständlich erscheinen lässt, dass wir als KonsumentInnen kein Recht darauf haben, mitzubestimmen, wie das Produkt ausschauen soll oder gar wie der ganze Betrieb zu funktionieren hat.
- Enteignung finanzieller Mittel: die Erzeugung materieller Armut in einem der reichsten Länder der Welt soll unseren Eigensinn einschränken und uns zur Fremdbestimmung disziplinieren. Studierende haben keinen Anspruch auf Mindestsicherung. Studiengebühren und andere Belastungen hängen über unseren Köpfen, sobald wir vorgegebene Bahnen verlassen wollen. Der allgegenwärtige Mangel soll uns zur Entsolidarisierung und zur Konkurrenz erziehen: unsere Mitstudierenden werden zu FeindInnen und die „Masse“ zur Ursache aller Missstände, wie fehlende Seminarplätze, knapp verfügbare Lehrbücher usw.

Angesichts dieser umfassenden kontinuierlichen Enteignung greift die Debatte um den Finanzierungsnotstand der Universitäten zu kurz. Der Mangel an Mitteln ist nicht Vernachlässigung von Studierenden und ihrer Bildung. Dieser ermöglicht im Gegenteil erst — durch Bezugnahme auf so genannte finanzielle

Sachzwänge — die neoliberale Umstrukturierung der Massenuniversitäten. Damit versteckt sich hinter der angeblichen Zentralität des Themas Bildung im Mund von PolitikerInnen, InteressenvertreterInnen, „ExpertInnen“ und liberalen MeinungsmacherInnen de facto der gewaltförmige Umbau der öffentlichen Massenuniversität „von oben“.

Paradebeispiel für den Zusammenhang zwischen Unterfinanzierung und Umbau ist die Debatte um Zugangsbeschränkungen. Die planmäßige Ausbildung von ausbeutbarer Arbeitskraft erfordert die „Lenkung der Studierendenströme“, wie sie etwa die Industriellenvereinigung fordert (<http://www.industriellenvereinigung.at/b2318m103>). Dem steht der freie Hochschulzugang im Weg. An dessen Stelle tritt die „Studienplatzbewirtschaftung“ und das „Zugangsmangement“. Das schlagende Argument dafür: freier Hochschulzugang sei nicht finanzierbar. Die von den Studierendenprotesten erzeugte Aufmerksamkeit rund um die fehlende Finanzierung der Hochschulen wird von Regierung und RektorInnen zur Durchsetzung der eigenen Vorstellungen genutzt. Die freie Wahl des eigenen Studiums muss aufhören, ein Recht zu sein. Das Studium wird zur Konzession, die man sich verdienen muss und dankbar in Empfang nimmt, nachdem man den Kampf um den Studienplatz gegen die eigenen KollegInnen gewonnen hat.

Am Beispiel der Ausebelung des freien Hochschulzugangs wird sichtbar, dass Unterfinanzierung Strategie ist. Ziel ist eine regierbare Hochschule. Der Angriff im Sinne einer Umstrukturierung der öffentlichen Massenuniversität ist ein Zugriff auf diejenigen, die in ihr studieren und arbeiten. Er zielt darauf ab, Bildung zur Produktion von prekärer, unterwerfener, herrschaftskonformer Arbeitskraft zu machen. Die Ausbildung bereitet dabei auf die Arbeit vor, indem sie selbst schon deren Eigenschaften annimmt: fremdbestimmtes, unmündiges Tätigsein unter Zeitdruck. Studieren erleben wir zunehmend als Ausbildungsarbeit, um im neoliberalen System funktionieren zu können.

3. ... ist krisenhaft!

Die Ware sind schon längst wir selbst! Allerdings sind wir nicht einfach tote Gegenstände. Wir sind eine außerordentlich lebendige Ware! Wir sollen funktionieren. Das System lebt von unserem Tun und will es vorbestimmen. Aber wir können auch anders! Im Eigensinn der lebendigen Arbeit steckt die Grenze des Kapitalismus.

Das Hindernis sind wir selbst. Unsere intellektuelle Neugier, die über einzelne Disziplinen und spezifische Berufsausbildungen hinausgeht. Unsere solidarische Haltung gegenüber unseren Mitmenschen, der Gesellschaft und der Natur, die die normative Vorstellung des egoistischen, Nutzen maximierenden „homo oeconomicus“ und den Imperativ der Konkurrenz untergräbt; unsere Scheu vor sinnloser, entfremdeter Arbeit; unsere Fähigkeit, zu kritisieren.

Die Jahre der „Hochschulreformen“, der Enteignungen und der Einführung neuer Zwänge, sind auch die Jahre, in denen die StudentInnenrevolten in ganz Europa an die Tagesordnung zurückgekehrt sind: Frankreich, Italien, Spanien, Dänemark, Griechenland, Kroatien, Polen, Österreich, Niederlande, Deutschland, Großbritannien... in welchem Land wurden in den letzten Jahren nicht Universitäten besetzt, bestreikt oder auf der Straße demonstriert? Die Massenmobilisierungen auf Unis und Schulen erreichten an manchen Orten noch nie da gewesene Ausmaße und haben immer wieder Angriffe „von oben“ entschleunigt oder gar rückgängig gemacht. Prominentes Beispiel ist die Rücknahme eines prekarisierenden Beschäftigungsgesetzes für junge Arbeitende in Frankreich 2006, zu der die Regierung durch den monatelangen Stillstand der Universitäten und schließlich die Mobilisierung der Gewerkschaften gezwungen wurde. Diese Erfahrung sagt auch viel über das neue Verhältnis zwischen Studium und Arbeit und deren verschwimmende Grenzen aus. Die Universität ist längst nicht mehr der abgekapselte Raum, der er einmal war. Die Auseinandersetzung mit unserer eigenen spezifischen Lage zwingt uns zum Einschreiten ins gesellschaftliche und politische Geschehen, wie neuestens in Spanien, wo die „empörte“ Jugend sich die öffentlichen Plätze angeeignet und versuchte, Politik anders zu praktizieren. Die Dynamik dieser Konflikte ist ein Wechselspiel von plötzlichem Ausbruch massenhaften Ungehorsams und dem Rückzug ins Private, die nach Vorstellungskraft, politischer Zielrichtung und entsprechender Organisation schreit. Zentrale Herausforderungen für die StudentInnenbewegung sind sowohl der Zusammenschluss mit anderen gesellschaftlichen Kräften als auch, die Universität als Institution, in der Wissen geschaffen wird, in diesen verallgemeinerten Kampf miteinzubeziehen.

Jedenfalls entpuppt sich der herrschaftsförmige Umbau der Hochschulen auch abseits großer Zuspitzungen und Revolten keineswegs als geschmeidiges Unterfangen. Die öffentliche Massenuniversität bleibt ein täglich umkämpftes Feld: Universität wird immer wieder anders gemacht, als sie von den Regierenden gedacht wird. Bei der IE handelt es sich um eine solche Abweichung. „Anomalie“ im Hochschulsystem findet sich überall dort, wo gelebte Demokratie, studentische Selbst- und Mitbestimmung sowie kritische Wissenschaft und die Ausbebelung von Selektionsmechanismen möglich bleiben. Zentral und konstitutiv für den Charakter der IE war dabei immer wieder die direkte Einmischung der Studierenden. Was wäre die IE, wenn sie nicht erkämpft worden wäre? Indem wir den strukturellen Umbau der Massenuniversität undurchführbar machen, können wir die gesellschaftliche Funktion der Universitäten umkehren und dazu beitragen, die herrschende Ordnung zu destabilisieren. Wir sind ihre Krise!

4. Die Anomalie ist die Wiege der Krise

Warum die Figur der „Anomalie“? Weil sie uns die Widersprüchlichkeit der IE erfassen lässt. Weil sie gleichzeitig ein emanzipatorisches Veränderungspotential, als auch Beschränktheit und prekäre Existenz ausdrückt. Die Anomalie zeichnet sich dadurch aus, dass sie eine Nische, eine Abweichung und nicht die Regel ist. Sie ist nicht das „radikal Andere“, sondern etwas Anderes innerhalb bestimmter systemischer Grenzen. Was bedeutet etwa „kritisches Studieren“ in einer Institution wie der Universität, die historisch der Reproduktion von Eliten sowie der Legitimation von Herrschaft gedient hat? Bei der Diskussion um dessen emanzipatorische Wirkungsmächtigkeit sollte mitbedacht werden, dass – verallgemeinernd ausgedrückt – das Studium der IE auch in Zeiten des freien Hochschulzugangs von einer kleinen Minderheit der Gesellschaft in Anspruch genommen wird, die sich großteils aus „bildungsbürgerlichen Schichten“ rekrutiert. Emanzipation erfordert auch den Ausbruch aus einem selbstbezüglichen akademischen Milieu. Weiters unterliegt die Anomalie immer strengen inneruniversitären Grenzen. So handelt es sich bei der IE um ein reguläres Studium, an dessen Ende ein Titel vergeben wird, der sozialen Aufstieg und Privilegien bedeutet. Die IE kann immer nur bis zu einem gewissen Grad aus der etablierten Logik universitärer Lehre ausbrechen und kritische Freiräume für emanzipatorische Bildung schaffen. Dabei handelt es sich oftmals um einen zeitlich begrenzten Bruch mit und innerhalb der herrschenden Ordnung. Die Anomalie zeichnet sich durch ihre prekäre Existenz aus: sie droht vom System aufgefressen zu werden. Entweder durch frontalen Angriff und schlagartige Beseitigung – wie im Falle der Nicht-Einführung des IE-Masters – oder aber durch langsame Normalisierung und Institutionalisierung. Ein Kampf, der sich auf die bloße Erhaltung einer Anomalie beschränkt, kann daher nicht gewonnen werden; immer wieder aufs Neue droht die Anomalie in den Sog gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen gezogen zu werden und sich darin aufzulösen. Mit dem ausklingenden Wintersemester 2010 und nach langjährigen Studi-Protessen schienen sich die Verhältnisse an der IE normalisiert zu haben. Mit der Einführung des Bachelors war ein stetiger Zufluss von Ressourcen, eine schrittweise Institutionalisierung als befristete „Forschungs- und Lehrplattform“ und eine entsprechende Planbarkeit verbunden – es musste nicht mehr jedes Semester aufs Neue um die nötigen Mittel für die Fortsetzung der Lehre gebangt werden. Diese Veränderungen blieben nicht ohne Konsequenzen für die innere Zusammensetzung des Studiengangs und führten unter anderem zu einer Einschränkung der Gestaltungsspielräume für die Studierendenschaft – der selbstverwaltete Charakter der Lehre litt unter dem Prozess der Institutionalisierung. Vor allem aber kann sich die IE als einzelnes Studium nicht zur Gänze den Angriffen entziehen, die in Form

von Universitätsgesetz-Novellierungen oder europaweit konzertierter Bildungspolitik daherkommen. Das Diplomstudium wurde zwangsweise aufgelassen. Die neue zugangsbeschränkende Studieneingangsphase (STEOP) macht seit diesem Herbst auch vor der IE nicht halt. Diese sieht am Anfang des Studiums alles entscheidende Modulprüfungen vor, die den Leistungsdruck auf Erstsemestrige extrem erhöhen und Doppelstudien praktisch verunmöglichen. In dieser Situation der normalisierenden Institutionalisierung und der vermeintlichen Sicherheit schlug die Nicht-Finanzierung des IE-Masters ein wie eine Bombe. Die daraus resultierende existenzielle Bedrohung des gesamten Studiengangs verdeutlicht nicht nur den immer prekären Charakter der Anomalie. Sie erinnert auch an die Zeit vor der schrittweisen Institutionalisierung und daran, dass schon um die Etablierung des Individuellen Diplomstudiengangs gekämpft werden musste; dass die Anomalie selbst das Ergebnis von Kämpfen ist und Ausgangspunkt neuer Kämpfe werden kann: Spätestens ab 2007 formierte sich offener studentischer Protest gegen die Politik der Aushungerung von Seiten der Universitätsleitung. Über den eingeeengten institutionellen Handlungsspielraum der Basisgruppe IE hinaus radikalisierte sich der Protest im Café IE. Dessen widerständige politische Praxis erlebte durch den Zusammenschluss mit Studierenden verschiedener anderer Studienrichtungen im Widerstandscafé eine erste Verallgemeinerung. Die ursprünglich partikularen Forderungen der Internationalen Entwicklung bekamen eine gesamtuniversitäre Dimension. Das Widerstandscafé wurde in den folgenden zwei Jahren zu einer treibenden Kraft politischer Kämpfe an der Universität Wien, bis es im Herbst 2009 in der Besetzungsbewegung aufging. Der Zusammenhang zwischen „Partikularität“ und „Verallgemeinerung“, bzw. zwischen „Anomalie“ und „Bewegung“ wurde damals besonders deutlich: ein wichtiger Teil der Studierenden, die am 22. Oktober 2009 das Audimax besetzten und damit die größte Unibewegung seit Jahren auslösten, waren IE-Studierende, die um ihr Studium kämpften und kurz zuvor eine entsprechende Vollversammlung abgehalten hatten. Die „allgemeine Erschütterung“ von unibrennt wirkte damals positiv auf die Verhältnisse an der IE zurück. Es geht also um diesen Sprung im Kampfzyklus, der aus dem Kampf der Anomalie um ihre eigene Existenz entstanden ist. Die Verallgemeinerung der Kämpfe bedeutet dabei nichts als die konsequente Antwort auf den Umbau der Massenuniversität; sie wird zur Notwendigkeit. Wir brauchen den Zusammenschluss mit allen, die vom Umbau in und außerhalb der Universitäten betroffen sind! Der Kampf um die Anomalie ist nicht nur um ihrer selbst Willen wichtig. Vielmehr bietet sie ein Terrain für die Formierung widerständiger Subjekte, die sich wiederum nur in der Anbindung an größere gesellschaftliche Kämpfe und im Anschluss an politische

Kampfzyklen wirklich konstituieren können. Das ist, was die Anomalie so interessant und wichtig macht. Der Kampf der Anomalie um ihre Existenz kann und soll über die Verteidigung des Bestehenden hinausgehen. Die IE zeigt, dass der Umbau der Massenuniversität sich keineswegs reibungslos vollzieht, sondern eine politische Durchsetzung benötigt. Ansonsten gerät der Umbau in die Krise. Wir wollen seine Krise! Die Anomalie trägt den Keim dieser Krise in sich.

5. Was passiert innerhalb der Uni Wien?

Die Rolle der Unileitung muss im Kontext des strukturellen Umbaus der Massenuniversität gesehen werden. Die Verwandlung der Hochschule in eine Produktionsstätte fügsamer Arbeitskraft kann nämlich nicht ohne Veränderung inneruniversitärer Machtverhältnisse vonstatten gehen: wer nie etwas mitentscheiden durfte, wird auch im späteren Leben keinen Anspruch darauf erheben. Demokratische Mitbestimmung ist im Sinne eines „effizienten Entscheidungsprozesses“ ein Hindernis. Das ideologische Gewand dieser autoritären Umstrukturierung ist jenes der „Dienstleistungsuniversität“. Die Universität soll ausschauen wie ein Unternehmen. Und Demokratie hört bekanntlich an der Türschwelle aller Unternehmen auf. An der Spitze der Universität stehen jetzt ein Management (Rektorat) und ein Aufsichtsrat (Unirat) – von den üblichen konservativen Seilschaften besetzt. Die „Universitätsreformen“ verleihen der alten Unihierarchie mehr Macht über die Universitätsangehörigen und machen sie gleichzeitig zu einer gewichtigen Akteurin des Umbaus.

Seit der UG-Novelle 2009 besitzt der Rektor etwa die alleinige Kompetenz über Finanzierungsfragen. Am Beispiel der IE wird ersichtlich, dass ihm dies weit mehr erlaubt: das gewaltsame Eingreifen in die inhaltliche Ausgestaltung der Studienpläne über die Köpfe der Kollegialorgane hinweg, welche nicht ohne seine finanzielle Zusicherungen arbeiten können. Monokratische Entscheidungsstrukturen zu Gunsten des Rektors werden durch die bewusste Logik der gegenseitigen Ausspielung verschiedener Universitätsebenen und Fakultäten nach dem Prinzip des „Teile und Herrsche“ abgesichert. Wird irgendwo Kohle frei, weil das Management beschlossen hat, etwas nicht zu finanzieren, erhoffen sich alle anderen davon Vorteile.

Es besteht insofern auch kein Interessensgegensatz zwischen Regierung und Unileitung. Eher haben wir es mit einer integrierten Doppelherrschaft zu tun, die es den Instanzen erlaubt, jeweils die Verantwortung von sich zu schieben: Das Ministerium verteidigt die eigenen Angriffe als Reformen, die an sich gut, aber von den „autonomen“ Universitäten schlecht umgesetzt wären (wie bei der Debatte rund um die Bologna-Architektur). Die RektorInnen und DekanInnen wollen ihre gezielten Maßnahmen gegen freies Studieren, selbstverwaltete Räume und demokratische Mitbestimmung mit dem Argument der Ressourcen-

not durchsetzen, für die doch leider die Regierung verantwortlich sei (und diese jammern sie periodisch in öffentlichen Briefen und Auftritten an). Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse stützen sich auf inneruniversitäre Machtverhältnisse (und umgekehrt). Die Universitätshierarchie fungiert als Agentin von Entdemokratisierung und kapitalistischem Zugriff auf die Universität und ihre Subjekte. Dadurch werden gesellschaftliche Verhältnisse (an)greifbar. Drängen wir die Diktatur des Rektorats zurück! Erobern wir Räume und Möglichkeiten zur autonomen Gestaltung der Universität und brechen wir die Grenzen zwischen Universität und anderen gesellschaftlichen Bereichen auf!

*Säen wir die Krise,
seien wir die Krise!
Sonst können wir alle sehen,
wo wir bleiben...*

Literatur:

Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ),
Bildungspolitische Abteilung. 2010.
Starke Bildung. Starker Standort.

Bildung in Österreich. Positionen und
Forderungen.

(http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?angid=1&docid=1367496&conid=482444&stid=557158,
21.09.2011)

Prekarisierung in den Wissenschaften - Organisieren wir uns?
 Veranstaltung und Diskussion als Auftakt zukünftiger Vernetzungen und gemeinsamer Organisationsformen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse an der Universität Wien. Es referiert Susanna Pernicka, Universität Oldenburg, zum Thema »Perspektiven (selbst-)organisierter Interessensvertretung in der Wissenschaft«. Anschließend offene Diskussion mit VertreterInnen der Initiativen: PrekärCafé, IG Externa und Plattform Drittmittelpersonal

VeranstalterInnen:
     

IG EXTERNA DER DOZENT:INEN UND SONSTIGER WISSENSCHAFTLICHE PERSONEN

NO BUSINESS AS USUAL!
STRIKE
 OUR UNIVERSITY!
 WALKOUT RECLAIM ESCALATE

Bologna burns!


ORGANIZE

andiamo!


unibrennt.at

AVOCATE ENDRANTE
 COACTE
 L'ORDRE



International Students Movement

 for Free and Emancipating Education

... wenn unser starker Arm es will?

Leibendenen übernahm große Teile der universitären Lehre. Wissenschaft wird in Österreich immer mehr unter prekarierten Arbeitsbedingungen betrieben. Obwohl die Universitäten von der Lehre von Lehrenden abhängig sind, sind wir meist zu schlecht organisiert, um für unsere Sache als Arbeitsnehmenden der Universitäten zu kämpfen. So bleiben auch nur unvollständige und unzureichende Leihkräfte ohne Zukunftsperspektiven. Lehrende und andere prekarierte WissenschaftlerInnen lassen sich zu oft ausbeuteten studieren und vorliegen sterblich zu sehr ihre eigenen - meist unerschaffenen - Karrierewege anstatt sich für ihre gemeinsamen Interessen zu organisieren.

Wir sind aber nur so stark wie unsere Organisation! Die IG Externa Lehrende und Freie WissenschaftlerInnen organisiert sich seit 1996 als bundesweite Plattform zur Vertretung universitärer, Bildungs- und Beschäftigungsinteressen der externen Lehrenden und Freien WissenschaftlerInnen. Dabei steht uns kein großer Apparat mit finanziellen Ressourcen zur Verfügung, sondern nur die Solidarität unserer Mitglieder!

Weitere Infos: IG Externa Externa und zukünftige Mitglieder: www.ig-ef.at

Oh heilige Diktatur!
 Beschütze unser: der Diktator dieser Zeit.
 Geheime sei die Feinde des Kapitalismus
 dessen Feind: und das schöne Leben kenne.
 In Wälder geschickt

Verhilf uns in besessenen Ideen, Mutterwitz und Enkelwitz
 zu Intellectualität, Pessimismus und Melancholie.
 Hilft uns von Kolonialbesatzungen, von Licht und Lohndiktat.
 Schützt uns vor unheimlichen Qualitäten als unheimlicher
 Arbeiter und Arbeiterin.

Heiliger Diktator!
 erhalte unsere beschlossenen Fäden: Freie uns vor der Leiharbeit.
 Beschütze uns vor Polizeipressionen und falschen Anordnungen,
 Schulbüchern und IMA.
 vor der Not an Fremden und Kapitalvertragspflichten
 Offen um kochende Wasser, gib uns Flugtickets und
 Kapital Götzen

Ihr Bild: wir nicht in Versuche,
 sondern erfordere: du uns von Diktatoren, Diktator und Kowachen
 unserer bodenlosen Grundbesitzer: gib uns keine,
 wie auch Betriebsräte und Hochverrat.
 Diktator für alle und für alle.

WISSEN
 In Namen des Kapitalismus
 der akademischen Diktatoren
 und des Lamas für alle
 Organisieren wir uns!

www.prokariat.at
www.sanprocaro.info

Wohin die Führung über?
 Nach der Führung der IG Externa Externa und der IG Externa Externa...
 ...

... und dann haben wir „stopp“ gesagt. Ein Theaterstück in 4 Akten

35

Modalität und Höhe der finanziellen Abgeltung der Lehre für (externe) Lehrbeauftragte ist in den letzten 20 Jahren an der Universität immer ein wichtiges Thema und Gegenstand von Protesten gewesen. Diese Kämpfe traten mit dem Betreuungsstopp seit 2010 in eine neue Phase ein, als LektorInnen des Instituts für Kultur- und Sozialanthropologie eine Bezahlung der Betreuung von Diplomarbeiten forderten, die bisher unentgeltlich stattfindet.

Aurelia Weikert

1. Akt: Geschichte

Seit dem Sommersemester 2004 wurde zwischen der Universität Wien und den Lehrbeauftragten erstmals ein befristeter Arbeitsvertrag geschlossen, allerdings auf sechs Monate begrenzt. Die versuchte Verringerung des Gehalts seitens des Rektorats durch die Unterteilung in „besonders innovative“ und „innovative“ Lehre konnte am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie mittels eines offenen Briefes der (nunmehr vormals: externen) LektorInnen an das Rektorat abgewendet werden. Um arbeitsrechtliche unzulässige Kettenverträge zu umgehen, die abgesehen von Ausnahmeregelungen dreimal aufeinander folgen dürfen, sollten ab September 2005 unbefristete Verträge ausgestellt werden. Die damalige Vizerektorin plante allerdings eine Neuerung: lt. ihres Dokumentes „Informationen zur Lehre“ (12/04) sollten nach dem Vertragsende im August 2005 erst wieder im Oktober 2005 neue Verträge ausgestellt werden: Kein Vertrag im September, d.h. keine Krankenversicherung (auch nicht für bislang mitversicherte Angehörige!), keine Pensionsversicherung und -zeiten. Der damalige Vorschlag der Vizerektorin für vertragslose Lehrende war der Gang zum Arbeitsamt – nicht wissend, dass lt. § 12, Abs 3 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes Lehrbeauftragte in den Semester- und Sommerferien nicht als arbeitslos gelten. Hinzu kam, dass lt. o.a. Arbeitsverträgen möglicherweise gar keine Arbeitslosenversicherung eingezahlt wurde und daher kein Anspruch auf Arbeitslosengeld bestand. Hinsichtlich der drohenden Unterbrechung im September und auch in Hinblick auf einen erwarteten Kollektivvertrag für Lehrende suchte der Betriebsrat nach Vorschlägen. Zur Diskussion stand u.a., dass grundsätzlich alle Lehrbeauftragten unbefristet angestellt werden sollten. In Ausnahmefällen ist bei erstmaligen Bewerbungen eine Befristung auf ein Jahr möglich. Weitere befristete Anstellungen wären mit höheren Kosten verbunden. Bis zum Sommer 2005 sollte eine Lösung der aktuellen Probleme gefunden sein. Die Proteste der Lehrenden gegen fünfmonatige Verträge mit einer jeweiligen Unterbrechung von einem Monat hatte Erfolg und die neuen Verträge wurden ab September 2005 ausgestellt. Seit damals werden acht – in Ausnahmefällen sechs –

Jahre lang befristete Kettenverträge für jeweils sechs Monate ausgestellt. Die Arbeitssituation hatte sich damit zwar gebessert, wiewohl sie immer noch gravierende Mängel aufweist: in der Regel kein Arbeitsplatz an den Instituten; Vorbereitung der Lehrveranstaltungen zuhause; Sprechstunden und Arbeitsbesprechungen sowie Erledigung des gesamten administrativen Aufwandes in der unbezahlten Privatzeit. Lehrbeauftragte arbeiten vereinzelt und zersplittert. Bedingungen, welche die Artikulation gemeinsamer Ziele und Strategien erschweren, aber nicht verhindern. Die Lehrenden des Instituts für Kultur- und Sozialanthropologie haben sich als „Externe LektorInnen“ seit 1998 im Rahmen regelmäßiger Treffen organisiert und für gemeinsame Anliegen gekämpft.

2. Akt: Nein zu unentgeltlicher Diplomarbeitsbetreuung ...

Neben der Durchführung von Lehrveranstaltungen betreuen externe Lehrende der Universität Wien und so auch der Kultur- und Sozialanthropologie Diplomarbeiten – und zwar unentgeltlich, weil es keine Modalität der Bezahlung dafür gibt. Dies wollten wir ändern. Die Anzahl der betreuten Diplomarbeiten pro (externe) Lehrende schwankt zwischen eins und neun. Im Jänner 2010 wurde auf der Externenversammlung am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Beschluss gefasst, keine weiteren Diplomarbeitsbetreuungen unentgeltlich zu übernehmen. Zwei Monate später folgte ein Beschluss betreffend Dissertationsbetreuungen, individuellen Auslandsexkursionen und individueller Feldpraktika sowie ZweitprüferInnen-Tätigkeit bei Diplomprüfungen.

Wir, die „externen“ LektorInnen des Instituts für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien, übernehmen bis auf weiteres keine Arbeiten und Tätigkeiten, die in unseren derzeitigen Dienstverträgen nicht erfasst sind und somit finanziell auch nicht abgegolten werden.

Dies betrifft insbesondere: Diplomarbeitsbetreuungen, Dissertationsbetreuungen, Individuelle Auslandsexkursionen und individuelle Feldpraktika, ZweitprüferInnen-Tätigkeit bei Diplomprüfungen

Damit wollen wir erreichen, dass unsere Leistungen in vollem Umfang sichtbar und folglich entsprechend entlohnt werden.

*Bereits laufende sowie formell oder informell zugesagte
Betreuungen sind von diesem Beschluss nicht betroffen.*

36

... sondern

Ausgehend vom Wunsch einer finanziellen Abgeltung pro betreuter Person solle die Betreuung von Diplomarbeiten in Form einer Nebentätigkeit im Rahmen des Anstellungsverhältnisses abgegolten werden. Pro betreuter Arbeit wären €1.043,75 brutto plus Dienstgeberbeiträge ausgehend von 40 Stunden pro Betreuung und orientiert am SeniorPostdoc Satz des FWF zu veranschlagen. Die finanzielle Abgeltung der Betreuungsarbeit als Nebentätigkeit solle in der Betriebsvereinbarung verankert werden. Dies entspräche auch den Intentionen des Kollektivvertrags. Eine solche Lösung bzw. Abgeltung der Betreuungsarbeit als Gehalt wurde bereits von der Akademie für Angewandte Kunst sowie der FH St. Pölten angewandt. Der Betriebsrat sagte zu, unseren Vorschlag prinzipiell zu unterstützen.

3. Akt: Der Vorschlag des Rektorats ...

Aufgrund der prekären Betreuungssituation am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie erklärten sich Institut und Studierende mit den Forderungen der LektorInnen solidarisch. Ausgangslage war die Tatsache, dass in den folgenden zwei Jahren mind. 600 (!) Studierende abschließen wollten, d.h. 300 Studierende pro Jahr und damit viel mehr als bisher. Eine Perspektive, die an sich für eine rasche Lösung hinsichtlich der Bezahlung von Diplomarbeitenbetreuungen gesprochen hätte. Die Vizerektorin brachte in der Folge folgenden Gegenvorschlag ein:

Die Betreuungsarbeit wird in Form von 2-stündigen Lehrveranstaltungen (Privatissima) abgegolten, die Betreuung erfolgt in Gruppen von 8-15 DiplomandInnen, die Lehrveranstaltungen laufen über mehrere Semester, wobei eine Diplomarbeit innerhalb von zwei Semestern abgeschlossen werden soll, das Lehrhöchststundenlimit pro Semester und Person von 7,99 bleibt aufrecht, Abgeltung der Betreuung erfolgt nur im Rahmen der vorgeschlagenen Privatissima, jede andere Betreuung von Diplomarbeiten ist wie bisher unentgeltlich.

Zur Umsetzung dieses Vorschlages wären potentielle BetreuerInnen mit vielen DiplomandInnen zu identifizieren und deren Expertise einzuholen. Mittels einer Art Green Card für zwei Jahre würde der Studienpräses zum Betreuen festgelegter Themengebiete ermächtigen. Als Zusatzmaßnahme wurde eine Betreuungsschulung für alle internen und externen Lehrenden angeregt. Diese Maßnahme könne zunächst bis 2012 dauern und bei Bedarf verlängert werden.

... und die Folgen

Ausgehend von Erfahrungswerten, dass der zeitliche

Aufwand für die Betreuung einer Diplomarbeit ca. 40 Stunden beträgt, hätte eine o. a. Lehrveranstaltung mit acht Diplomandinnen einen Stundelohn von € 13,99, mit 15 Diplomandinnen € 7,46 bedeutet – zu wenig! Zudem wäre das Höchststundenlimit an Lehre mit 7,99 Stunden aufrecht geblieben. Damit verringert sich die Möglichkeit, andere Lehrveranstaltungen abzuhalten. In der Folge könnte es zu einer Zweiteilung von Lehrenden kommen: jene, die Diplomarbeiten betreuen und jene, die andere Lehrveranstaltungen durchführen. Außerdem würde das Modell des Privatissimums jene Betreuenden ausschließen, die nur eine oder zwei Diplomarbeiten betreuen wollen oder können, die aber aufgrund ihrer fachlichen Qualifikation für die Betreuung besonders geeignet wären. Die externen LektorInnen lehnten daher den Vorschlag des Vizerektorats ab und argumentierten ihren Vorschlag erneut: die Bezahlung pro Diplomarbeit würde einer fachlich bestmöglichen Betreuung von Diplomarbeiten und einer größtmöglichen Flexibilität der externen Lehrenden, deren Lebens- und Arbeitssituation sehr unterschiedlich ist, am ehesten entsprechen.

Letzter Akt: dann halt gar nichts

Nachdem dieser Wunsch aber über den Bereich der Lehrveranstaltungen und damit über die Kompetenz der Vizerektorin hinausging, führten die VertreterInnen der LektorInnen der Kultur- und Sozialanthropologie gemeinsam mit dem Betriebsratsvorsitzenden ein Gespräch mit dem Rektor, der allerdings keine Lösung anbieten wollte. Die Gefahr eines Präzedenzfalles wurde heraufbeschworen, etwa € 1000,- pro Diplomarbeit bei 4000-5000 Universitätsabschlüssen pro Jahr! Schließlich birgt die Forderung der LektorInnen auch eine Sprengkraft: Alle wissenschaftlichen Angestellten der Universität, die Diplomarbeiten betreuen, könnten eine Bezahlung der Diplomarbeitenbetreuung fordern. Letztendlich schlug der Rektor den Studierenden der Umstieg auf das Bachelorstudium vor ... Ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Universitätsrates sowie dem Institutsvorstand und einer Vertreterin der externen LektorInnen verlief ebenfalls ergebnislos. Im Juni 2011 gab es für 100 Studierende keine Diplomarbeitenbetreuung, letzte Abschlussmöglichkeit des Diplomstudiums ist Herbst 2012. Betreuungsstopp und Forderung nach Bezahlung der Diplomarbeitenbetreuung bleiben aufrecht!

externenvertretung.ksa@univie.ac.at

***Aurelia Weikert, Sozialanthropologin, Lehr-,
Vortrags- und Autorinentätigkeit,
Lektorin am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie,
Universität Wien; Geschäftsadministration
und Unterrichtstätigkeit bei
Miteinander Lernen – Birlikte Ögrenelim
www.aurelia-weikert.at***

„Stopp“ sagen und danach handeln.

Anmerkungen zur Möglichkeit von Streiks an Universitäten:

37

„Stopp“ sagen ist der Beginn eines jeden Streiks. Ob es nun ein Streik in einem Industriebetrieb oder ein Streik an den Unis ist. Und trotzdem hat die unbrennt-Bewegung 2009, die Frage des Streiks wieder neu auf die Agenda gesetzt und sehr schnell sind Debatten um die Frage entstanden:
Was ist ein Streik an Universitäten.
Squatting Teachers

Die Vorstellung von Streik in unserer Gesellschaft ist sehr stark vom Bild des industriellen Streiks geprägt. Kern des industriellen Streiks ist die Verweigerung oder teilweise Zurückhaltung der Verausgabung der eigenen Arbeitskraft, um so die Mehrwertproduktion zum Erliegen zu bringen und ökonomischen Druck auf die Firmeneigner aufzubauen. Und vollkommen zu Recht stellten sich viele in der Bewegung 2009 die Frage, wie wir ökonomischen Druck aufbauen sollten, wo wir ja nicht direkt einen Mehrwert produzieren. Druck auf die Ökonomie entsteht erst, wenn über einen längeren Zeitraum keine Forschung betrieben wird und damit soziale und technische Innovationen ausbleiben. Dieses Bild von Streik ist allerdings zu kurz gegriffen. Historisch gesehen gab es das Phänomen des Streiks urkundlich überliefert das erste mal in Ägypten im Jahr 1155 v. Chr. in einer Totenstadt (Nekropole) unter Ramses III.. Zwar streikten hier HandwerkerInnen, doch ist eine Totenstadt nicht gerade der Hort wo Tauschwerte, die für das Funktionieren einer Ökonomie notwendig sind, produziert werden. Vielmehr handelte sich hier um einen Streik, der auf dem Totenkult und dessen symbolischer Bedeutung für das damalige Ägypten aufbaute. Ein Streik kann also auch um die gesellschaftspolitische Bedeutung und deren symbolische Macht gruppiert sein. Desweiteren gibt es in jeder arbeitsteiligen Institution Momente, in denen Mitglieder dieser Institution ihre Arbeitskraft zurückhalten können, um die Institution zum Erliegen zu bringen. So forderte André Gorz in den 70iger Jahren dazu auf, die kapitalistische Universität, die immer schon maßgeblich war für die Reproduktion der symbolischen und hierarchischen Ordnung des Kapitalismus, am Funktionieren zu hindern. Betrachtet man die Universitäten heute, so sind sie in sich selbst durch ein spezifisches herrschaftliches Dispositiv organisiert, nämlich das der Bürokratie. Bürokratie bedeutet im Wortsinn, „Herrschaft des Büros“. Also eine Organisation der universitären Praxis entlang spezifischer Formen der Arbeitsteilung, die jedem gewisse Aufgaben zuteilt und über die Benennung von Rechten und Pflichten jedes/-er Einzelnen, die Menschen dazu bringt, sich regelkonform zu

verhalten. Überall dort, wo Menschen sich anpassen müssen, um einen arbeitsteiligen Prozess aufrecht zu erhalten, kann es auch zu Widerspruch kommen und zu einer Verweigerung des regelkonformen Verhaltens. Je nach Intensität des Regelverstosßes und je nach Anzahl der am Verstoß Beteiligten, kann damit eine bürokratische Institution in ihrer Funktionsweise gestört werden. Diese Störungen – so zeigen industriesoziologische Untersuchungen – sind mehr oder minder permanente Begleiterscheinungen bürokratischer Organisationen. Werden diese verallgemeinert über das Individuum oder kleinere Gruppen hinaus, führt das, zu gravierenden Störungen, die nicht immer mit dem klassischen Bild des Streiks korrelieren. So wie der KSA-Betreuungsstopp gezeigt hat, kann es sich auch nur um die Verweigerung spezifischer Tätigkeiten handeln, oder das was im Bereich des öffentlichen Dienstes immer wieder von Seiten der Beschäftigten praktiziert wird, ein Arbeiten streng nach Vorschrift, welches zwar innerhalb der Regeln verweilt, aber die oft nicht abgoltene oder geregelte Zusatzarbeit zurückhält. Mit dieser Sichtweise von Streikaktionen kann, ohne das Bild „fahنشwenkender ArbeiterInnenmassen“ zu bemühen, der Begriff und die Praxis des Streiks für universitäres Umfeld adaptiert werden. Streiks in der Privatwirtschaft können, so wie an Universitäten, unterschiedliche Wirkmächtigkeit entwickeln. Strategische Einsatzpunkte, wie zum Beispiel neuralgische Punkte im Produktions- oder Distributionsbereich in der Privatwirtschaft, oder eben auch neuralgische Punkte der bürokratischen Funktionslogik einer Universität (z.B. Betreuungsgengpässe), beeinflussen die Wirkmächtigkeit. Bezogen auf die Streikforderungen und die vorhandene Bereitschaft zur Konfliktintensität können diese Punkte ausgewählt werden und autonom zu Feldern des Druckaufbaus bestimmt werden.

Wie eine, zugegeben nicht repräsentative, Blitzumfrage unter den Lehrenden und Forschenden während der unbrennt-Bewegung gezeigt hat, ist die Zersplitterung und der niedrige Organisationsgrad – ob nun gewerkschaftlich oder autonom – unter der KollegInnenschaft und unter den Beschäftigten ein Hindernis, das nicht

zu unterschätzen ist. Der Großteil der Befragten gab an, Streikaktionen nur dann durchzuführen wenn dafür eine Unterstützung durch Vorgesetzte gegeben wäre.

Und damit kehren wir zurück zu einer Frage die auch Mario Becksteiner in seinem Beitrag zu dieser Broschüre gestellt hat:

Auf Basis welcher organisatorischen Praxis kann ein „... und dann haben WIR stopp gesagt“ entstehen. Also die Frage nach dem WIR. Die Auseinandersetzung auf der KSA kann als eine mögliche Antwort gelten.

Squatting Teachers



„Die Widersprüche sind unsere Hoffnung.“ Aus dem Leben eines Manifests.

39

Als sich Lehrende und Forschende an den Uniprotesten im Herbst 2009 beteiligten, entstand in Wien ein Manifest – es nannte sich mit ironischem Unterton „Verfassung der WissensarbeiterInnen“.

PrekärCafé

Vorspiel.

„Comunique of an absent future“, „Charta of knowledge workers rights“, „Manifesto of Knowledge Workers“, „Immaterial workers of the world“, „Templiner Manifest“... Die „Verfassung der WissensarbeiterInnen“ hat viele Geschwister in der ganzen Welt. Einige dieser Texte sind in der vorliegenden Publikation nachlesbar. Es gibt offenbar ein Bedürfnis nach einer besonderen Art von Text, jenseits von wissenschaftlicher Abhandlung, Kommentar und politischer Analyse. Nicht aus sicherem Abstand wird geschrieben, sondern Betroffene involvieren sich in einen politischen Prozess. Die Todsünden der Wissenschaft werden zur Maxime erhoben: Partei ergreifen statt objektive Distanz bewahren; den Gegenstand der Wissensproduktion selbst verändern statt ihn nur analysieren; Zu- und Widerspruch provozieren statt differenzieren; an Emotionen, Leidenschaften, Hoffnungen anknüpfen statt an die Vernunft appellieren; zu einem diffusen Gemeinsamen beitragen statt individuelle Leistung zuschreiben; sich als Kollektiv verstehen statt als EinzelkämpferIn. Unsicherheit, Zweifel, ja, Unwillen macht sich im akademisch abgerichteten Schreiberling breit. Und auch der politisch geschulte Kopf wird nervös, wenn so unterschiedliche Gruppen wie TrainerInnen, BibliothekarInnen und ForscherInnen unter dem Begriff „Wissensarbeit“ in einen Topf geworfen werden. Solch ein Manifest lässt sich nicht aus dem, schon gar nicht aus einem, Ärmel schütteln. Es entsteht aus dem Bedürfnis mit den eigenen und gemeinsamen Widersprüchen zu arbeiten. Denn, wie ein gewitzter Theatermacher einmal betonte, die Widersprüche sind unsere Hoffnung.

Komplizierte Schwangerschaft.

Nicht nur Geschwister, auch Vorfahren hat die „Verfassung der Wissensarbeit“ genügend. Jede Bewegung, die etwas auf sich hielt, schuf mit so einem Text, spätestens wenn ihr Ende drohte, ein Stück Unsterblichkeit. Vielleicht ging es diesmal weniger darum den drohenden Tod einer Bewegung zu überwinden. Es sollte mit der Arbeit am Manifest eher eine Debatte fortgesetzt und eine gemeinsame Sprache gefunden werden.

Der Riese auf dessen Schultern die „Verfassung der Wissensarbeit“ sitzt, ist nicht mehr der jüngste. Der unmittelbare Entstehungskontext setzt allerdings erst mit den Auseinandersetzungen um die Kollektivver-

träge an der Universität Wien Ende 2008, Anfang 2009 und einer Novelle des Universitätsgesetzes im Sommer 2009 ein. Beschäftigte in Forschungsprojekten, UniversitätslektorInnen, DoktorandInnen und StudienassistentInnen engagierten sich parallel für bessere Arbeitsbedingungen. Diese Initiativen waren davon geprägt, dass sich bestimmte Beschäftigten- und Statusgruppen – LektorInnen, MitarbeiterInnen in Forschungsprojekten, Studierende – einzeln zusammenschlossen, ohne die jeweiligen Positionen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Im Herbst 2009 gab es Versuche stärker zusammenzuarbeiten, gemeinsame Anliegen und Forderungen zu artikulieren. Im Oktober 2009 fand zu diesem Zweck eine Veranstaltung unter dem Titel „Prekarisierung in den Wissenschaften – Wie organisieren wir uns?“ statt. Als wenige Tage später Studierende in ganz Österreich und darüber hinaus begannen Hörsäle zu besetzen, gewann jedoch auch die Auseinandersetzung unter den prekär beschäftigten WissenschaftlerInnen an Dynamik. Auf Lehrendenversammlungen wurden Forderungskataloge formuliert. Unter dem Label „Squatting Teachers“ organisierten sich prekär beschäftigte Lehrende an den Universitäten und boten ein alternatives Lehrangebot im Rahmen der Besetzungen. Neben Forderungskatalogen publizierten sie wissenschaftliche und journalistische Artikel zu prekären Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft. Mit der Dynamik der Hörsaalbesetzungen ebte jedoch auch die Debatte unter den WissenschaftlerInnen wieder ab. Es war nur vereinzelt gelungen, ein Bewusstsein jenseits der individuellen Erfahrung mit prekären Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Solidaritäten mit der Universitätshierarchie blieben weit stärker, als jene innerhalb und vor allem zwischen den Beschäftigtengruppen. Selten handelten Studierende mit Lehrenden gemeinsam. Insgesamt war es nur bedingt gelungen, die – durch die akademischen Hierarchien erzeugten – Sollbruchstellen zu überwinden. Wir schlossen daraus, dass es notwendig war, Widersprüche pointiert anzusprechen, die viele in der Wissenschaft und darüber hinaus quälten. Neben anderen Maßnahmen kam die Idee auf, ein Manifest zu verfassen: Kein abgeschlossener, in Stein gemeißelter Text sollte es sein. Sich ständig verändern, die gemeinsame Debatte anheizen müsste er. Um dem Gemeinsamen auch einen Namen zu geben, entschlossen wir uns, den Begriff der Wissensarbeit aufzugreifen. Möglichst viele verschiedene Arbeiten, die mit

Wissen hantieren, sollten darin Platz haben.

Kurzum: Wir wollten der Zersplitterung und den Ausreden, dass die eigene Situation besonders, nicht vergleichbar und mit völlig anderen Interessen verbunden sei, entgegenwirken.

40

Ein Manifest: Ein halbwegs verständlicher, kurzer Text, den man im Rahmen eines Treffens lesen, diskutieren und weiterentwickeln kann; ein politisches Werkzeug, das Widersprüche und Probleme handgreiflich (manifest) macht; so wie die Wissensarbeit flüchtig als Begriff und lebendige Arbeit in ihrer Substanz ist, so lebendig und wandelbar sollte auch das entsprechende Manifest werden.

Geburt und erste Lebensjahre.

Bei einem Workshop des PrekärCafés mit den Squating Teachers im Rahmen des internationalen Studierenden-Kongresses „Bologna Burns“ kam das Manifest dann im wahrsten Sinne zur Welt.

Dies war der Startschuss für zahlreiche Treffen und Veranstaltungen, in denen der Text diskutiert, kritisiert und weiterentwickelt wurde. Für die Mayday-Parade am 1. Mai 2011 lernte das Manifest – unterlegt mit Versionen des Liedes „Arbeiter von Wien“ – sogar sprechen und wurde auf Plakaten und Flyern der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Inzwischen kann der Text auch im Onlineforum chefduzen.at diskutiert werden.

Die ersten eineinhalb Lebensjahre des Textes veranschaulichen am besten die Diskussionen um ausgewählte Paragraphen der „Verfassung“:

§1 Wir sind WissensarbeiterInnen

Lernende, Lehrende und Forschende – wir alle arbeiten mit Wissen und schaffen dabei Wissen. Nicht nur in der Forschung wird Wissen produziert, sondern auch überall wo wir lernen und lehren. In allen Fällen ist Wissensproduktion kein reiner Herstellungsprozess, sondern immer auch ein Kampf!

Der erste Satz feuerte die Debatten an, viele blieben an ihm hängen:

→ What and Who the f*** is „WissensarbeiterInnen“?
→ Wollen sich da „Langzeitstudierte“, die noch nie ein Stemmisen in der Hand hielten als ArbeiterInnen ausgeben? → Also ich arbeite mit Wissen, aber ArbeiterIn bin ich nicht. → Als BibliothekarInnen sind wir ja nicht nur BarkeeperInnen für Bücher! → Welche Lohnabhängigen sind dann WissensarbeiterInnen und welche nicht? Und macht diese Trennung politisch Sinn? → Ist das nicht Standespolitik, wie wir sie in Österreich eh schon zur Genüge kennen? → Es gibt ja kaum mehr Jobs bei uns, in denen du kein spezielles Wissen brauchst. Insofern ist ja jede/r ein bisschen WissensarbeiterIn.

§6 Was geforscht, gelehrt, gelernt werden kann müssen alle, die es betrifft mitentscheiden können.

Fragen der Wissensproduktion haben immer auch eine

gesellschaftspolitische Dimension. Daher verlangen wir gesellschaftliche Aushandlungsprozesse über die Verteilung der materiellen Grundlagen von Lernen, Lehren und Forschen, anstatt der Diktate von Ministerien, Kammern, Kommissionen oder Wirtschaftslobbies! Ob unsere gesellschaftlichen Ressourcen für Nanotechnologie oder Rassismusforschung aufgewendet werden, ist eben nicht egal, sondern eine gesellschaftspolitische Entscheidung, die unsere Gesellschaft und unsere Zukunft mitproduziert! Wir wollen eine Gesellschaft ohne Rassismen lieber als eine Gesellschaft mit Nanotechnologie!
→ Also wenn man in Österreich eine Volksabstimmung machen würde – Gnade der Rassismusforschung. → Demokratie erschöpft sich nicht nur in Volksabstimmungen. → Was ist so schlimm an Nanotechnologie? Ich fände beides gut. → Es wird ständig abgestritten, dass es bei uns Rassismus gibt. Entsprechend brauche man das auch nicht beforschen. Dafür wird eine Menge Geld in sogenannte Nanotechnologien neu investiert, ohne dass klar ist, was abseits des Labels wirklich neu daran ist. → Ich versteh nur Bahnhof und nichts von Nanotechnologie. → Was ist dann mit der Freiheit der Wissenschaft? Dann muss ich mir ja erst wieder von Leuten, die sich nicht auskennen sagen lassen, was ich forschen darf und was nicht. → Gerade für die Bibliotheken ist es wichtig, dass sie nicht nur das beschaffen, was die meisten wollen, sondern auch Nischen abdecken.

§10 Wir sind uneinheitlich aber kämpfen kollektiv.

Für all das kämpfen wir in verschiedenen Arenen als uneinheitliches, aber kollektives, widerständiges Subjekt! In diesem Kampf sehen wir uns als Teil sozialer und befreiender Bewegungen. Wir sind solidarisch mit allen, deren Leben und Arbeiten ebenso oder noch prekärer ist oder deren Arbeit ebenso oder in noch größerem Ausmaß enteignet wird, wie die unsere.

Wir sind solidarisch mit BesetzerInnen von Hörsälen und Lohnabhängigen weltweit, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Wir kämpfen für ein gutes Leben für alle.

→ Mei schööön! → Ich bin ein widerständiges Subjekt in einer Arena? → Wir sind ja dann mit knapp sechs Milliarden Menschen solidarisch, aber warum speziell mit den BesetzerInnen von Hörsälen?

Das Manifest wird groß und stark.

Die Beispiele sind als Anregung zur weiteren Diskussion und Entwicklung des Manifests in verschiedensten Kontexten gedacht. Das PrekärCafé freut sich, wenn ihr eure Diskussionsergebnisse bzw. eure eigenen Argumente und Vorschläge auch anderen zugänglich macht.

Das Manifest ist im Online-Forum chefduzen.at les- und kommentierbar:

<http://chefduzen.at/viewtopic.php?f=30&t=1434&sid=07f9ad393d6f5575bec5e42d1f6f8d56>

Schritt für Schritt zur Prekarisierung

Die Universität als Produktionsstätte prekariierter Arbeitskraft

41

„Zu allem Überfluss lest ihr Bücher über Bücher und schreibt Texte über Texte wie un kreativ. Merkt ihr nicht, dass außer euch kein Mensch so etwas liest.“ (Antilopen: Fick die Uni)
Linkes Hochschulnetz

60 % der Studierenden in Österreich arbeiten durchschnittlich 20 Wochenstunden neben ihrem Studium bzw. ihren Studien. Hinzu kommen oft weitere Tätigkeiten wie unbezahlte oder unterbezahlte Praktika, die sich im Lebenslauf (anscheinend!) gut machen. Studierende bewegen sich demnach immer mehr in so genannten prekären Lebenslagen; sie befinden sich oft in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, sind meist nur geringfügig angestellt und somit auch selten sozialversichert oder anderweitig abgesichert. War diese Unsicherheit in den goldenen Zeiten des Nachkriegs-Wirtschaftsbooms Kennzeichen einer bestimmten Lebensphase, so fehlt Studierenden heutzutage die Gewissheit, dass diese Unsicherheit, Unplanbarkeit und Prekarität mit dem Studium endet. Oft begegnen frische Akademiker*innen mit dem Einstieg in die „Arbeitswelt“ jenen unsicheren und flexibilisierten Arbeitsverhältnissen, denen der politische Begriff der Wissensarbeiter*innen Rechnung trägt, sofern sie überhaupt Arbeit finden. Wir sind uns in diesem Zusammenhang nicht klar, welche Arbeitsverhältnisse der Begriff der Wissensarbeit miteinschließt: Ist eine fix angestellte Ingenieurin im IT auch eine Wissensarbeiterin? Wir wollen uns daher vorläufig auf jene Wissensarbeiter*innen beziehen, deren Arbeit nicht direkt Mehrwert produziert und damit nur indirekt innerhalb des kapitalistischen Prozesses verwertbar wird, wie z.B. Projektmitarbeiter*innen etc. Nichtsdestotrotz stellt die Universität wie eh und je einen Ort der Reproduktion bestehender Klassenverhältnisse und Wissenshierarchien dar. Dies zeigt sich auch dadurch, dass „Studierende“ keine homogene Masse sind: Studierende kommen vielmehr aus verschiedenen Kontexten. Sind manche Studierende darauf angewiesen, neben ihrem Studium Lohnarbeit zu verrichten, sind es andere eben nicht. Sich nicht der Doppelbelastung des Studierens und Arbeitens aussetzen zu müssen, ist heutzutage nicht selten ein Zeichen einer bestimmten sozialen Herkunft. Somit wird gerade auch in Österreich Studieren nicht ohne Grund als „bürgerliches Privileg“ gesehen. Es stellt sich nun die Frage, inwiefern Universitäten im neoliberalen Kontext neben ihrer Rolle, bestehende Ungleichheiten zu reproduzieren, noch eine zweite erhalten haben: die Reproduktion prekariierter Wissensarbeit und Wissensarbeiter*innen. Die Übergänge

zwischen Studierenden und Wissensarbeiter*innen sind dabei fließend, versetzt und fragmentiert. Dennoch erscheint uns eine Unterscheidung fürs erste wesentlich, wobei wir die Gemeinsamkeiten vorläufig in der Prekarisierung allgemeiner Arbeits- und Lebensverhältnissen angesiedelt sehen. Die Frage nach der Anwendung der Begriffe „Wissensarbeit“ und „Prekarisierung“ auf derzeitige Studierendenverhältnisse wurde innerhalb des Linken Hochschulnetzes (LHN) im Hinblick auf die Veranstaltung „Mayday“ diskutiert. Der folgende Artikel baut auf diesen Diskussionen auf. In Bezug auf den Wissensarbeitsbegriff wollen wir anmerken, dass dieser innerhalb des LHN weiterhin kontrovers diskutiert wird. Wir sehen diesen Artikel demnach als Anregung in der laufenden Debatte an.

Die Universität als prekäre Institution

War das Leitmotiv der unibrennt-Bewegung noch „Bildung für alle – und zwar umsonst!“, wurde dieses Prinzip durch die Entwicklungen der letzten zwei Jahre in sein Gegenteil verkehrt. Ganz im Sinne einer neoliberalen Strategie sollen Studierendenströme nach Marktfrage gelenkt werden, zum Beispiel in Form von Studienbeschränkungen oder durch höhere Studiengebühren für stark frequentierte Studiengänge. Zudem steht die Massenuniversität durch eine systematische Unterfinanzierung in immer stärkerem Kontrast zu den wachsenden Privat- und Eliteuniversitäten, welche sich stärker über Drittmittel finanzieren lassen und (höhere) Studiengebühren verlangen. Damit einher geht natürlich auch eine krassere soziale Selektion. Aber auch die Massenuniversität ist kein Hort der Gleichberechtigten beziehungsweise der gleichberechtigten Studien. Während die so genannten MINT Fächer — Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik — durchaus gefördert werden und im Fokus des Interesses stehen, erfahren die so genannten Buchwissenschaften eine langsame aber stetige Aushungerung und Aushöhlung ihrer Kapazitäten bis hin zur Abschaffung bestimmter Studien: Beispiele hierfür sind das bereits abgeschaffte Publizistikstudium an der Universität Klagenfurt oder das von der Abschaffung bedrohte Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien.

Der Doppelcharakter der Bildung und die gesellschaftliche Reproduktionsfunktion der Universität

„Bildung für alle – und zwar umsonst!“ Aber was für eine Bildung? Bildung ist nicht (nur) der Weg zur Selbstwertung und Selbstermächtigung. Bildung (re-) produziert Klassen, Bildung (re-)produziert Nationen. Dies lässt sich anhand des Doppelcharakters von institutionalisierter Bildung veranschaulichen, demzufolge diese sowohl emanzipatorisch und selbstermächtigend als auch disziplinierend, normalisierend und vereinheitlichend wirkt. Denn, wie wären Nationalstaaten ohne die allgemeine Schulpflicht denkbar, die z.B. durch eine gemeinsame Sprache „gemeinsame“ Identitäten und Räume erschafft?

Die Universität (re-)produziert bürgerliche Eliten, (re-)produziert die (höheren und gehobenen) Beamt*innen, die zur Aufrechterhaltung des Staatsapparats unabdingbar sind. Die Universität ist kein Ort, an dem die Subalternen lernen, wie sie sich selbst erheben können. Aber was haben Studierende damit zutun? Wir (re-)produzieren Wissen und damit verbundene Hierarchien, indem wir deklarieren Expert*innen zuhören und deren Bücher lesen; in dem wir (immer öfter auswendig) lernen und dann das Gelernte auf Befehl wieder ausspucken, oder im besten Fall neu anordnen. Damit (re-)produzieren wir den Status deklariertes Expert*innen – denn was wären diese ohne Studierende, die zuhören, Folge leisten und nicht zuletzt über den Kauf ihrer Produkte eben diesen Status bestätigen und entlang einübender Praxis machtförmige Rationalitäten und Ideologien beständig wiederherstellen? Studierende reproduzieren Verhältnisse gesellschaftlicher Ungleichheit, und sie sind sich dessen oft nicht einmal bewusst. Die Universität, und mit ihr die Studierenden, (re-)produziert ganz konkret bestehende Klassenverhältnisse und wissensbasierte Hierarchien. Sie schafft technokratische Verhältnisse und Expert*innen. Sicherlich bietet die Uni (noch) Raum für kritische Lehre, das heißt aber nicht, dass die Universität automatisch die Keimzelle des kommenden Aufstands wird. An diesem Punkt wollen wir jedoch nicht die Studierendenbewegungen der letzten Jahre vergessen, welche durchaus emanzipatorisches Potenzial beinhalteten.

Die Universität als Ort „neuer“ Wissenshierarchien

Studierende eint bis zu einem gewissen Grad ein gewisses Schicksal und weiter nichts! So kommen Student*innen aus allen Klassen, wobei gerade in Österreich universitäre Bildung immer noch stark von der „Bildungsnähe“, wie es in der Studiensozialerhebung 2009 des Instituts für Höhere Studien formuliert wird, abhängt. Damit ist die Universität immer noch ein klarer Ort der Reproduktion von Klassenverhältnissen. Darüber hinaus wird ein qualitativer Unterschied aufgrund der Studienwahl gemacht. Wie oft hört eine Mechatronik-Studentin den Satz „Und,

was willst du später damit machen?“ und wie oft hört ihn ein Philosophie-Studierender?! Der Wert eines Studiums misst sich heute an seiner ökonomischen Verwertbarkeit und sonst an nichts mehr.

Aber auch die ökonomisch verwertbaren Fächer sind nun geprägt von Flexibilisierung, fehlender Arbeitsplatzsicherheit und Effizienzsteigerung – und damit prekariert. In Spanien und Griechenland waren es nicht nur Philosophie-, Geschichte- und Literatur-Studierende, die sich auf den Plätzen der Stadt versammelt haben, um für eine bessere Zukunft zu protestieren. Es waren auch Physik-, Informatik- und Technik-Studierende, sowie Graduierte, welche sich trotzdem von Praktika zu Praktika, von einem schlecht bezahlten Zeitvertrag zum nächsten hangeln müssen.

Sind wir nun wenigstens alle gleich vereint in der Prekarität? Kaum, denn Prekarisierung muss als Prozess anstatt als Zustand angesehen werden, der wiederum verschiedene Formen subjektiver Wahrnehmungen der eigenen prekären Situation mit sich bringt. Auch wenn die Universitäten immer mehr zu „Fabriken“ nachgefragter Arbeitskraft werden, ist mit der Umstellung auf das Bachelor-Master-System eine Diversifizierung symbolischen Kapitals zu beobachten. Die Bachelor-Master-Umstellung muss als eine neue Form der Reproduktion gesellschaftlicher Hierarchien angesehen werden. Bachelor-Studierende stellen dabei die schnell verwertbaren, schlecht bezahlten, aber immer noch akademischen (!) Arbeitskräfte — die Maturant*innen von früher — dar. In diesem Sinne stehen Bachelor-Studierende zwischen der akademischen Elite und den so genannten Arbeitenden, wodurch neue Wissenshierarchien begründet werden. Damit ist das symbolische Kapital nun in neuer Form erhältlich — als Bachelor, Master oder PhD — jedenfalls käuflich!

Die Universität als prekarisierende Institution — Produktionsstätte prekärer Arbeitskraft

Welche Aufgabe hat die Universität innerhalb postfordistischer Verhältnisse? Wenden wir uns einer zu: der „Befähigung“ zum Multi-Tasking. Nochmals: 60% aller Studierenden arbeiten neben dem Studium. Dies muss jedoch nicht immer prekär sein. Hier spielt auch die Form der Arbeit eine große Rolle, jedoch nehmen so genannte Mac-Jobs zu. 45% der Studierenden arbeiten durchgehend, die Durchschnittsarbeitszeit beträgt 20 Wochenstunden. 53% bezeichnen ihre Arbeit als inhaltlich anspruchsvoll, während 20% Jobs ausüben, für welche keine besonderen Qualifikationen verlangt werden. Weiters machen viele Studierende (oft unbezahlte) Praktika, um später in ihrem Lebenslauf etwas vorzeigen zu können, und begeben sich „freiwillig“ in Selbstausbeutungsverhältnisse: rund die Hälfte aller Studierenden hat in ihrem Studium ein Praktikum absolviert; wobei nur 55% der

Praktika bezahlt sind. An der Universität selbst existieren verschiedenste Formen prekarisierter Arbeitsverhältnisse: Tutor*innen, Studien-assistent*innen oder Studierende, die in den Bibliotheken arbeiten. Immer mehr Lehrende befinden sich in prekären Arbeitsverhältnissen. Andere Formen unbezahlter Arbeit sind z.B. auch Diplomarbeiten, die zugunsten von Forschungen der jeweiligen Betreuer*innen verfasst werden.

Neben diesen vielfältigen verschiedenen prekären Arbeitsformen sind noch andere so genannte ‚reproduktive‘ Arbeiten wie Hausarbeit, Kindererziehung, Beziehungsarbeit etc. zu erledigen. Darüber hinaus studieren wir auch noch — unbezahlt!

Die Universitäten agieren immer mehr als Unternehmen, welche billige akademische Arbeitskräfte — das billigste „Produkt“ im Angebot ist derzeit der Bachelor — für den Markt produzieren. Die „fertigen Produkte“ sollen möglichst billig, abhängig, fügsam, erpressbar, flexibel und austauschbar sein. Die Universität stellt demnach einen Ort dar, wo wir sowohl psychisch als auch physisch zu prekären Wissensarbeiter*innen „zugerichtet“ werden. Die Frage ist nun, ob Studieren mit dem Begriff der Wissensarbeit gefasst werden kann. Studieren kann nicht als produktive Arbeit erfasst werden, denn Studieren wird nicht bezahlt und Studierende produzieren im Normalfall keinen „greifbaren“ Mehrwert. Studieren und Bildung an sich kann demnach als indirekt produktive Arbeit, genauso wie Wissensarbeit, bezeichnet werden. Was unterscheidet aber nun die Arbeit, die in eine Seminararbeit gesteckt wird, von jener für einen wissenschaftlichen Artikel einer Doktorin oder eines Masters [sic! in der weiblichen Form ‚gedacht‘]? Die erste hat einen Titel zum Ziel, die andere zielt auf die beständige Reproduktion des eigenen symbolischen Kapitals ab. Beiden geht es jedoch darum, sich selbst verwertbar zu machen.

In diesem Sinne kann der Begriff der Wissensarbeit auf Studieren angewendet werden, da er die fiktive Trennung zwischen Studierenden und Akademiker*innen aufgrund des Titels und der damit einhergehenden Ausstattung mit symbolischem Kapital als Konstrukt entlarvt. Dennoch wollen wir auf die „realen“ Auswirkungen dieser Trennung aufmerksam machen. Von zentraler Bedeutung ist die Frage der Bezahlung: Im Gegensatz zu Wissensarbeit als ‚fertiger akademischer Arbeit‘ wird Wissensarbeit in Form von Studieren „selbstverständlich“ nicht bezahlt. Damit einher gehen verschiedene Lebensweisen, Arbeitsweisen und Identitätsformen. Dies spiegelt sich eindrücklich an der primären Identifizierung mit „Studi“ wieder, auch wenn mensch 20 Stunden „nebenher“ arbeitet. Daher wollen wir uns für einen vorsichtigen Umgang mit diesem Begriff hinsichtlich Studierender aussprechen. Analytisch scheint der Begriff der Wissensarbeit demnach die Trennung zwischen Studierenden und Akademiker*innen aufzulösen. Politisch-strategisch erscheint er uns diese Trennung

und die damit einhergehenden realen Auswirkungen jedoch zu verschleiern, anstatt kritisch wahrzunehmen und bearbeitbar zu machen. Derzeitig lassen sich Studierende demnach nicht unter dem Begriff *Wissensarbeiter*innen* mobilisieren, weil sie sich (noch?) nicht als solche verstehen.

Wissensarbeiter*innen – eine gemeinsame Identität?

Wir haben dargelegt, warum der Begriff der Wissensarbeit bzw. der Wissensarbeiter*innen einerseits auf Studierende anwendbar ist, andererseits haben wir auch auf Schwierigkeiten und mögliche Problematiken hingewiesen. Eine gemeinsame (Kampf-) Identität ist jedoch dadurch nicht ausgeschlossen. Allerdings darf die Trennlinie zwischen Studierenden und Wissensarbeiter*innen nicht übersehen werden. Der Ruf nach „neuen“ Bündnissen ist zwar kein neuer, trotzdem erscheinen sie notwendiger denn je.

Die zunehmende Prekarisierung von Wissensarbeit führt nämlich eine weitere konstruierte Trennung ad absurdum. Eine kleine Veranschaulichung: Reinigungskräfte an der Universität Wien verdienen pro Stunde gleich oder sogar mehr als prekär beschäftigte Lektor*innen an der Universität Wien. Der „Marktwert“ von Wissensarbeit wird demnach tendenziell „unqualifizierter“ Arbeit gleichgestellt. Diese Trennung zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit — zwischen wissenschaftlicher Projektarbeit und bezahlter Hausarbeit — kann demnach als kapitalistisches Konstrukt aufgedeckt werden, wodurch sich neue Formen von Bündnissen ergeben können.

Auch Bündnisse abseits von Gewerkschaften können durchaus Wirkung zeigen, man denke nur an die Proteste in Frankreich, als die Universitäten monatelang still standen. Man denke an die *¡Democracia Real Ya!*-Bewegung in Spanien, als junge Studierende auf den großen Plätzen der Stadt für ihr Recht auf eine wahre Teilhabe an demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen und für ihr Recht auf eine bessere Zukunft protestierten, Seite an Seite mit Arbeitslosen und informellen Arbeiter*innen (jedoch mit verschwindend geringer Beteiligung von Migrant*innen, doch dies ist hier nicht Thema). Diese Bündnisse sind oft problematisch und mit nicht unerheblichen Spannungen verknüpft. Jedoch können sie Wirkung zeigen, und das nicht nur im Selbstermächtigungsprozess der Individuen. Studierenden kommt bei sozialen Protesten eine besondere, fast schon schizophrene, Rolle zu. Sie sind durch ihre Zwischenposition im Prozess der Transformation zur Privilegierung.

Studierende wurden auch deshalb nicht als revolutionäre Subjekte wahrgenommen, weil sie sich ein paar Jahre später selbst in privilegierten Positionen befanden. Und wer schafft schon gerne seine eigenen Privilegien ab? Studierende bewegten sich zumindest ideologisch näher an der herrschenden Klasse als an den Arbeiter*innen. Sie wussten, in ein paar Jahren

hat der Großteil das Elend des Studierendenlebens hinter sich gelassen und kann dann die Früchte der Herrschaftsverhältnisse kosten.

44

Diese Zukunftsversprechungen stellen sich inzwischen für die meisten von uns als Verblendung heraus. Die „Heilsversprechen“, in ein paar Jahren ein besseres Leben zu haben, lösen sich in Luft auf und diese gebrochenen Versprechen entladen sich in Wut.

Ob es nun die Wut ist, nicht mehr zur privilegierten Klasse zu werden oder die Wut und Empörung über die allgemeinen Lebensverhältnisse, sei fürs erste dahingestellt. Jedenfalls entlädt sich die Wut in Athen, in Barcelona, in Paris, in London, in Madrid! Und hoffentlich demnächst in Wien.



//Hypothesis for a Charter of Knowledge-Workers Rights//

//When knowledge, information and culture become commodities, then knowledge workers are doomed to sink into disownment, weakness and occupational blackmailing.

45

//Italy has declared war on intelligence. This concept was launched in France in the recent past: Intelligence has been sacrificed on the altar of market economy and of the most short-sighted, feeble private interest.

What kind of future can a country have in which culture and knowledge have become mere territories to be colonized, fenced and branded? A country where art is on sale, that relies on "foundations"; a provincial country that worships Facebook. We cannot help but be scared: such a simplification of the discourse might well have the aim of destroying any kind of social relationship and individual free expression.

How much space can such a society leave to the production and spreading of knowledge? And how can we possibly repossess this space and effectively enjoy rights aimed at an economic, social and personal development that belong to us?

//Making a whole generation precarious by cutting the funds for research and education, theatres, museums, public cultural institutions, cinema, publishing and journalistic cooperatives: all this is no doubt aimed at the flattening and distorting contents and messages and, ultimately education and culture. On the whole, the outcomes of such a strategy are disastrous: information, education and culture are progressively losing their role and meaning; consequently the capability of individuals to form their own ideas about the world, the facts and life in general is deeply undermined. Collective action becomes weak, flimsy. Particularism and the insatiable goals of private profit in ever more narrow and privileged sections of society are slowly prevailing on the common interest and the importance of the public sphere. The tragic situation described above is worsened by a global economic crisis: we are fully aware that it represents the perfect opportunity to impose even more drastic measures of regulation upon cognitive work. In a country at war with intelligence, the crisis has brought about devastating selective procedures that further undermine the already disadvantageous position to which cognitive work is relegated: it becomes a synonym for mediocrity, social fear and aphasia. Paradoxically, one of the main causes of this crisis lies in the failed recognition of the economic and social value of most cognitive work.

We are the knowledge workers of information and media, of the publishing world and of the cultural industry; of school, university and research; of show business, education, design and communication; we are determined to not simply suffer your crisis; we want to stem this drift and reverse this trend. That's why we will join and pursue our common objectives together.

//We firmly assert the contents of this Chart and will submit it to all those who share our condition.

1) We assert our right to being intelligent, that is to say the right to knowledge and an education completely independent from the aims imposed by the market and the current production schemes. Just like water or the air we breathe, knowledge is a common good - both universal and individual; it is the collective engine able to produce welfare and progress for the greatest number of people: it is not a commodity to be sold or bought in the market of the "owners", on the basis of the profit and the social control that capital can impose.

2) Both within and outside the workplace, we thus claim the right to recognition and respect of our skills, independence, competences, professionalism and material and spiritual needs.

3) The main problem for knowledge workers is that they have no choice to set themselves against various forms of blackmailing; that's why we also assert our right to self-determination. Which implies the assertion of the right to a guaranteed fixed income. Knowledge work, by its very nature, is mostly not

defeasible, even if those favouring technological development would wish it to become so. On the contrary, it is basically flexible and discontinuous. We want an appropriate income also during our non-working periods. We ask for a guaranteed wage in moments of unemployment. We are not only talking about benefits and social security cushions; we want a secured fixed income.

46

4) We still assert the fixing of a minimum hourly wage for our work, occasional as it may be. The hourly wage must be established according to the real cost of living and its possible future variations.

5) We demand the possibility to choose the kind of contract we want to stipulate for our work. We thus firmly oppose contracts unilaterally imposed by companies, which in the past few years have spread to the point of becoming the only natural possibility of employment.

6) We want to regain possession of both our work and our time. As any type of contract imposing exclusivity (partial or total) limits our intellectual capacity, we must take action in order to obtain a supplementary remuneration.

7) We want freedom of expression, communication, and learning. Cognitive autonomy is not negotiable. The prostitution of brains is not in the least better than that of bodies. Because knowledge is a common good belonging to the individual and to the whole collectivity, the benefits of knowledge must be socially shared in a perspective of peer-to-peer circulation.

8) We claim free access to education, further training, personal and cultural growth opportunities without having to pay for them.

9) No matter how steady or subordinate our working conditions are, we also assert the basic rights inherent in the social status: social safety cushions, sick leave, maternity leave, paid holidays, paid parental leave, gratuity and a fair and settled pension at the end of our working cycle.

10) We have seen how economic resources are always available when it's about saving banks and holding companies. We have seen how, notwithstanding the new system of precarious, "flexible" and discontinuous work, overall productivity and wealth have increased, precisely by virtue of the cooperation and the innovative power of the General Intellect. What is needed, now, is an even distribution of the fruits of the social adjustment that's already taking place. We here and now determine to name this distribution (wages) together with all its consistent rights, "common welfare". What we claim is precisely this: the common welfare.

//We firmly believe that the majority of knowledge workers will no longer passively accept the forms of control that the existing productive process wields over education and learning; they will no longer accept its proprietary and hierarchical boundaries and its uncertainty; they will reject the precariousness and the exploitation brought about by the supremacy of contemporary capitalism over our lives and bodies. The limits posed to freedom and democracy are growing palpable, anachronistic and unbearable. Knowledge workers, together with the whole precarious multitude that shapes the current labour market, can become the driving force of a new culture, of fresh democratic undertakings based on cooperation, sharing and socialization. They have to claim the free circulation of knowledge, which implies the assertion of a new society no longer based on needs, but on peace and the respect of the natural balance; on the free and joyful cooperation between individuals; on the potentials of machines and on human creativity turned to the service of the collectivity.

Quelle/download: <http://www.precaria.org/materiale>

Bildungsgewerkschaft GEW

Die GEW ist die Bildungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie organisiert Beschäftigte in allen Bildungsbereichen von der Kita bis zur Weiterbildung – auch in Hochschule und Forschung. Zu unseren Mitgliedern gehören Doktorandinnen und Doktoranden, Postdocs, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Beschäftigte in Wissenschaftsmanagement und Serviceeinrichtungen. Auch Studierende können der GEW beitreten. Die GEW setzt sich auf politischer Ebene und in Tarifverhandlungen für die Interessen der Beschäftigten in Hochschule und Forschung und für Reformen ein. Die GEW hilft ihren Mitgliedern, ihre Rechte zu kennen und durchsetzen – mit persönlicher Beratung und gewerkschaftlichem Rechtsschutz.

Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind mit wachsenden Anforderungen konfrontiert: durch steigende Studierendenzahlen, durch die Reform der Studiengänge, eine autonome Steuerung der Einrichtungen und die zunehmende Bedeutung der Drittmiteleinwerbung. Diesen Anforderungen müssen sich die Beschäftigten in der Wissenschaft stellen, ohne dass sie aufgabengerechte Bedingungen vorfinden. Befristete Arbeitsverträge und weitere Formen atypischer und prekärer Beschäftigung betreffen immer mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern werden selbstständige Forschung und Lehre und verlässliche berufliche Perspektiven verwehrt.

Doch gute Lehre und Forschung auf der einen Seite sowie gute Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven auf der anderen sind zwei Seiten einer Medaille. Wir fordern daher Bund, Länder und Hochschulen zu einer Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung auf, die sich an den folgenden zehn Eckpunkten orientiert.

1. Promotionsphase besser absichern und strukturieren

Wir verstehen die Promotion als erste Phase wissenschaftlicher Berufsausübung. Für Doktorandinnen und Doktoranden fordern wir daher ausreichend tarifvertraglich geregelte Beschäftigungsverhältnisse zur Qualifikation mit Sozialversicherungsschutz, die mindestens drei Viertel der Arbeitszeit für die eigenständige Qualifikation vorsehen. Fächerübergreifende Graduiertenzentren sollen alle Promovierende bei der Aufnahme, der Durchführung und dem erfolgreichen Abschluss des Promotionsvorhabens unterstützen. Wir treten für mehr Transparenz und soziale Gerechtigkeit beim Zugang zur Promotion ein – auch für Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen.

2. Postdocs verlässliche Perspektiven geben

Promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Postdocs) müssen verlässliche berufliche Perspektiven haben: durch einen Tenure Track, der den dauerhaften Verbleib in Hochschule und Forschung ermöglicht – unabhängig davon, ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. Voraussetzung dafür ist eine systematische Personalplanung und -entwicklung durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Hochschullehrerlaufbahn muss über unterschiedliche Karrierewege erreichbar sein, die Habilitation ist dabei immer nur eine Möglichkeit.

3. Daueraufgaben mit Dauerstellen erfüllen

Neben Stellen zur Qualifikation und Professuren benötigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausreichend Stellen, auf denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit unbefristeten Verträgen Wissenschaft als Beruf ausüben können. Nur so lassen sich die Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement mit der erforderlichen Kontinuität und Qualität erfüllen. Und nur dann eröffnen sich qualifizierten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern berufliche Perspektiven auch neben der Professur.

4. Prekäre durch reguläre Beschäftigung ersetzen

Viele Hochschulen lassen unter großem finanziellen Druck einen erheblichen Teil ihrer Pflichtlehre von Lehrbeauftragten erbringen. Mit der Ausbeutung von Dumping-Lehrkräften muss Schluss sein! Dort, wo Lehrbeauftragte dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben wahrnehmen, müssen diese sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse erhalten. Soweit zur Ergänzung des Lehrangebots Lehraufträge sinnvoll sind, müssen Mindeststandards im Hinblick auf Bezahlung, Vertragsdauer und Verlängerungsoption gelten.

5. Im Gleichgewicht lehren, forschen und leben

Wissenschaft ist ein normaler Beruf, auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben ein Recht auf eine Work-Life-Balance. Das setzt eine familiengerechte Gestaltung von Hochschule und Forschung voraus. Dabei gehen wir von einem breiten Familienverständnis aus, das alle Lebensgemeinschaften einschließt, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Wir fordern bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder, die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Beschäftigten mit betreuungs- und pflegebedürftigen Angehörigen und die Realisierung entsprechender Arbeitszeitmodelle.

48

6. Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durchsetzen

Da Frauen in leitenden Funktionen des Wissenschaftsbetriebs unterrepräsentiert sind, brauchen wir wirksame Maßnahmen, um den Anteil der Frauen auf allen Stufen der wissenschaftlichen Laufbahn mit dem Ziel eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses zu erhöhen. Die Qualität der Arbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss danach beurteilt werden, mit welchem Erfolg sie den Gleichstellungsauftrag erfüllen. Wir fordern eine verbindliche und mit Sanktionen verknüpfte Quotierung, auch bei der Besetzung von Professuren und Leitungsfunktionen. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen wirksame Gestaltungsmöglichkeiten und Beteiligungsrechte.

7. Gleichberechtigt mitbestimmen

Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen demokratisiert, die Selbstverwaltung muss gestärkt werden. Alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen unabhängig vom Status in Hochschulgremien beziehungsweise Aufsichtsgremien der Forschungseinrichtungen auf Augenhöhe gleichberechtigt mitbestimmen können. Das gilt auch für neue Organisationsformen wie Graduiertenschulen oder Exzellenz-Cluster. Wir fordern eine Ausdehnung des Geltungsbereichs der Personalvertretungsgesetze bzw. des Betriebsverfassungsrechts auf alle Beschäftigten sowie einen Ausbau der Rechte der von ihnen gewählten Personalvertretungen und Betriebsräte – auch als Konsequenz der größeren Autonomie der Einrichtungen in Wirtschafts- und Personalangelegenheiten.

8. Mobilität fördern, nicht bestrafen

Wir treten für Bedingungen in der Wissenschaft ein, die Mobilität ermöglichen: zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, im europäischen und globalen Hochschul- und Forschungsraum sowie zwischen Wissenschaft und Praxis. Altersversorgungs- und Sozialversicherungsansprüche müssen uneingeschränkt erhalten, Erfahrungszeiten bei anderen Einrichtungen und Qualifikationen anerkannt werden. Gleichzeitig gilt: Auch wer nicht mobil sein will oder kann, muss eine faire Chance in der Wissenschaft haben.

9. Hochschule und Forschung bedarfs- und nachfragegerecht ausbauen

Die wachsenden Anforderungen an Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement sind auf Dauer nur durch einen bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu bewältigen. Dazu brauchen wir mehr Studienplätze, ein besseres Betreuungsverhältnis und eine intensivere Forschung, um den gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

10. Alle Beschäftigungsverhältnisse tarifvertraglich aushandeln

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie studentische Beschäftigte haben Anspruch auf tarifvertraglichen Schutz. Wir fordern daher die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarifverträge des öffentlichen Dienstes auf alle Beschäftigten in Hochschule und Forschung. Wir treten für wissenschaftsspezifische Regelungen ein, die den besonderen Anforderungen des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung Rechnung tragen. Der Gesetzgeber muss die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgebern respektieren und das Verbot, Regeln zur Befristung von Arbeitsverträgen in Hochschule und Forschung auszuhandeln und anzuwenden, aufheben. Daher fordern wir die ersatzlose Streichung der Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz.

Online unterzeichnen unter
www.templiner-manifest.de

Templiner Manifest

Die Verfassung der WissensarbeiterInnen - Ein Manifest

1) Wir sind WissensarbeiterInnen

Lernende, Lehrende und Forschende - wir alle arbeiten mit Wissen und schaffen dabei Wissen. Nicht nur in der Forschung wird Wissen produziert, sondern auch überall wo wir lernen und lehren. In allen Fällen ist Wissensproduktion kein reiner Herstellungsprozess, sondern immer auch ein Kampf!

2) Die Freiheit, die uns knechtet: Wissensarbeit ist Selbstverwirklichung und (Selbst)Ausbeutung. Viele von uns haben sich in dem Versprechen auf Freiheit und auf selbstbestimmtes Tätigsein für diese Form von Arbeit entschieden. Bis wir die Widersprüche dieses Versprechens begriffen haben, das uns oft Selbstaussbeutung abverlangt, haben wir unsere Ressourcen und unser Selbst längst voll und ganz verwertbar gemacht. Diese Form der Freiheit verkehrt sich schnell in ihr Gegenteil und bedeutet dann einfach nur noch sehr viel und nicht bis schlecht bezahlte Arbeit.

3) Kooperation in Konkurrenz: Wir arbeiten in Teams und jede(r) für sich.

Nicht für individuelle Karrieren, sondern für ein gutes Leben wollen wir produktiv sein. Viele von uns haben sich auch in dem Versprechen auf ein gemeinschaftliches Tätigsein für die Wissenschaft und Wissensproduktion entschieden, weil wir uns bewusst sind, dass Wissen immer im Austausch mit anderen produziert wird. Es ist ein Gemeingut und stirbt, wenn es nur einzelnen gehört. Dagegen steht heute die Illusion der genialen Individualität. Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit und Exzellenz werden wir in kurzfristigen Studien- und Arbeitsverhältnissen vereinzelt. Wir wehren uns gegen diese andauernde Konkurrenz, in die wir gestoßen sind! „Exzellenz“ braucht heute, mehr denn je, gemeinschaftliche Zusammenarbeit! Wir wollen nicht für unseren Lebenslauf arbeiten!

Wir wollen produktiv sein für ein gutes Leben von allen!

4) Nicht für unseren Tauschwert und Karrieren am Arbeitsmarkt, für gute Produktionsbedingungen für alle setzen wir uns ein.

Kritisches, solidarisches und befreiendes Wissen entsteht nicht unter Bedingungen von Konkurrenz oder permanentem Zeitmangel. Wir kämpfen für Lebens- und Arbeitsbedingungen, in denen wir gemeinschaftlich Wissen produzieren können. Was wir brauchen, sind gute Arbeitsplätze („suitable jobs“) und keine Beschäftigungsfähigkeit („employability“). Wir wollen uns nicht einem Arbeitsmarkt unterordnen, der uns nur Ausbeutung („exploitability“) zu bieten hat! Wir werden uns auch nicht einem Flexibilitätszwang unterwerfen. Flexibilität und Mobilität müssen Rechte von allen, unabhängig von StaatsbürgerInnenschaft und Berufszweig, sein. Wir wollen unser Leben nach unseren und den Bedürfnissen der Gesellschaft gestalten.

5) Wissen ist Gemeingut. Es gehört allen und muss allen zugänglich sein.

Wir sind daher gegen eine Verwertungslogik, die versucht, das Wissen als Produkt unserer Arbeit, unseres Lebens, unserer Kreativität, unserer Emotionen, unserer Spontaneität als Privateigentum künstlich zu verknapen! Das Wissen, das wir produzieren ist Commons, ist Gemeingut, gehört allen und muss allen zugänglich sein! Wir verwehren uns dagegen, dass Wissen immer mehr zum Privateigentum wird.

Wir gehören uns selbst. Das Wissen, das wir produzieren, gehört allen!

6) Was geforscht, gelehrt, gelernt werden kann, müssen alle,
die es betrifft, mitentscheiden können.

Fragen der Wissensproduktion haben immer auch gesellschaftspolitische Dimension. Daher verlangen wir gesellschaftliche Aushandlungsprozesse über die Verteilung der materiellen Grundlagen von Lernen, Lehren und Forschen, anstatt der Diktate von Ministerien, Kammern, Kommissionen oder Wirtschaftslobbies!

Ob unsere gesellschaftlichen Ressourcen für Nanotechnologie oder Rassismusforschung aufgewendet werden, ist eben nicht egal, sondern eine gesellschaftspolitische Entscheidung, die unsere Gesellschaft und unsere Zukunft mitproduziert! Wir wollen eine Gesellschaft ohne Rassismen lieber als eine Gesellschaft mit Nanotechnologie!

7) Wissen ist nicht messbar!

Wissensproduktion ist daher im herkömmlichen Sinn nicht messbar! Einerseits deshalb, weil Wissensproduktion nicht nur an und in Universitäten oder anderen Institutionen stattfindet, sondern an den Rändern der Institutionen, in Nischen zwischen ihnen, in der täglichen Arbeit, in der Küche oder in sozialen Bewegungen. Andererseits, weil der Wert des Wissens immer nur zugeschrieben ist.

Welches Wissen für wen und unter welchen Umständen einen Wert besitzt, ist unterschiedlich.

Der Wert des Wissens ist nicht objektivierbar.

8) Wissen ist immer gesellschaftlich.

Wissen ist immer gesellschaftlich! Es spiegelt die Welt wider, in der wir leben und (re)produziert sie tagtäglich. Standardisierte Ausbildungs- und Forschungsprogramme erzeugen auch standardisiertes, eindimensionales Wissen, das eher Bestehendes verfestigt und nicht dazu geeignet ist, eine neue, solidarische und gerechtere Welt zu bauen. Wir müssen Wissen schaffen, mit dem wir gegen Unterdrückung und Ausbeutung ankämpfen und eine andere Welt aufbauen können.

9) Wir brauchen neue Formen der Existenzsicherung.

Um zu verhindern, dass die Nischen, in denen Wissen entsteht, immer enger werden, braucht es nicht nur neue Hochschulreformen und andere Forschungsprogramme, sondern neue Formen gesellschaftlicher Absicherung, die ein wirklich selbstbestimmtes Leben und Arbeiten ermöglichen.

10) Wir sind uneinheitlich aber kämpfen kollektiv.

Für all das kämpfen wir in verschiedenen Arenen als uneinheitliches, aber kollektives, widerständiges Subjekt! In diesem Kampf sehen wir uns als Teil sozialer und befreiender Bewegungen. Wir sind solidarisch mit allen, deren Leben und Arbeiten ebenso prekär oder noch prekärer ist oder deren Arbeit ebenso oder in noch größerem Ausmaß enteignet wird, wie die unsere. Wir sind solidarisch mit BesetzerInnen von Hörsälen und Lohnabhängigen weltweit, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Wir kämpfen für ein gutes Leben für alle.

Squatting Teachers

Kritische Formen des Lehrens und Lernens während den Besetzungen und darüber hinaus
Iris Mendel und Paul Scheibelhofer

51

„Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen“ – dies ist das Bild, mit dem die feministische Soziologin Frigga Haug in Anlehnung an Marx den Prozess des Lernens beschreibt. Insofern haben die BesetzerInnen bereits die besten Bedingungen für Lernen geschaffen, sind mittendrin und holen kritisch-pädagogische Theorien mitunter praktisch ein. Hier wurde etwas aufgebrochen und in Bewegung gesetzt, eine Bewegung, die für Lernen als Prozess der Selbst- und Weltveränderung unabdingbar ist.

Wie können Lehrende hier einsteigen? Welche Möglichkeiten der Solidarisierung mit und Unterstützung von BesetzerInnen gibt es? Und wie kann kritisches Lehren und Lernen im Rahmen der Besetzungen von statten gehen? Mit leichter Verzögerung zu den Besetzungen organisierten sich auch Lehrende und Forschende verschiedener Wiener Universitäten, um in den Protesten aktiv zu werden. In einer Versammlung am 29.10. erklärten sich ca. 150 Lehrende und Forschende mit den BesetzerInnen solidarisch. Die Proteste sollten in Form eines „aktiven Streiks“ unterstützt werden. Auffallend: der Großteil der sich solidarisierenden Lehrenden und Forschenden rekrutiert sich aus der Gruppe der prekär Beschäftigten. Das ist durchaus nachvollziehbar, haben sie doch relativ wenig zu „verlieren“ und bieten die Proteste auch die Möglichkeit, systematische Prekarisierung und Verschlechterung der Bedingungen für kritische Wissensproduktion zu bekämpfen.

Die AG „Squatting Teachers“ gründete sich im Rahmen dieser Versammlung, um sich mit Fragen der Ausgestaltung protestbezogener Lehre auseinanderzusetzen. Ziel der AG ist es, kritische, offene und emanzipatorische Wissensproduktion und -vermittlung im Rahmen der Uni-Besetzungen und darüber hinaus zu stärken. Dabei verstehen wir Bildung und Wissensproduktion als politisch und engagiert und lehnen den Standpunkt vermeintlicher Neutralität ab, weil dieser, wie Freire bemerkte, nur versteckt, dass mensch auf der Seite der Herrschenden steht. Von Beginn an setzte sich die AG aus Lehrenden und (bisher eher besuchsweise) Studierenden von unterschiedlichen Universitäten (darunter Bildende, WU, Uni Wien) zusammen – was „produktive Differenzen“ in Sicht- und Herangehensweisen zur Folge hat.

Die Arbeit von Squatting Teachers begann dabei durchaus turbulent und nicht ohne Rückschläge. Gemäß dem Diktum, dass dieser Protest seinen eigenen (sehr hohen!) Takt habe, starteten wir gleich mit

mehreren Arbeitstreffen, suchten Kontakt zu den ProgrammkoordinatorInnen der besetzten Hörsäle und versuchten, ein alternatives Lehr- und Lernprogramm in und außerhalb der besetzten Räume zu organisieren und sichtbar zu machen. Denn einige Lehrende wurden sehr rasch auf kreative Weise aktiv, siedelten ihre Lehrveranstaltungen zur Unterstützung der Besetzungen (bei drohender Räumung) um, öffneten ihre Seminare, thematisierten die Proteste aus unterschiedlichsten – politisch-theoretischen, historischen, bildungs- und wissenstheoretischen, künstlerischen ... – Perspektiven, beobachteten, dokumentierten, filmten und reflektierten die Besetzungen gemeinsam mit den Studierenden. Um diese „temporären Besetzungen“ von Seminarräumen durch offene und kritische Lehre möglichst sichtbar zu machen, entwarf ein Mitglied der AG ein Logo zum Download für solidarische Lehrende. Von uns nicht intendiert entwickelten sich das „Squatting Teachers“-Logo und der AG-Name bald zum allgemeinen „Markenzeichen“ der Solidarität von Lehrenden und Forschenden mit den Uni-Protesten. Nicht dermaßen erfolgreich waren unsere ersten Bemühungen, alternative Vorträge und Workshops in den großen besetzten Hörsälen zu organisieren. Obwohl sehr bald ein regelrechter Strom an Vortragsangeboten von Seiten der Lehrenden einsetzte, gestaltete sich die konkrete Umsetzung schwierig. Während einige Vorträge aufgrund „Überbuchung“ der Hörsäle nicht stattfinden konnten, fanden andere vor beinahe leeren Sitzreihen statt. Neben der Erkenntnis, dass wir die Frage der „Promotion“ vernachlässigt hatten, wurde vor allem eines klar: So spannend und kritisch viele Vortragsangebote für uns klangen – die protestierenden Studierenden möchten keine fertigen Inhalte präsentiert bekommen, sondern selbst mitbestimmen, was und wie sie lernen.

Unsere aktuellen Projekte spiegeln diese Erkenntnisse wider, sind aber wohl auch Ausdruck des fortgeschrittenen Stadiums der Proteste. Einerseits fordern wir weiterhin zur Öffnung von regulärer Lehre auf und stellen über unsere Wiki-Seite (Adressen siehe unten) eine Webmaske bereit, in die Lehrende ihre Lehrveranstaltungen eintragen können. Diese Form der Lehrendensolidarität wird dann im zentralen Terminkalender der Proteste („Eduvent-Kalender“) sichtbar. Andererseits richten sich die von uns (mit-)organisierten Angebote nun sowohl inhaltlich wie auch methodisch stärker an der Protestbewegung aus. Workshops, die sich diskursiv mit Themen wie Geschlechterverhältnisse in Protestbewegungen auseinandersetzen oder an der Entwicklung von antirassistischen

Strategien im Rahmen der Uni-Besetzungen arbeiten, finden dann auch guten Anklang (was sich auch daran zeigt, dass diese Veranstaltungen zur Gründung einiger Gruppen geführt haben, die sich weiterhin mit den Themen beschäftigen). Explizit auf die Frage nach Möglichkeiten alternativer Vermittlungsformen ging ein Workshop zu spiel- und theaterpädagogischen Methoden für Lehrende und Studierende ein. Auch für unsere weiteren Aktivitäten planen wir, der Vermittlungsthematik mehr Raum zu geben (das von uns organisierte Angebot ist auf unserer Wiki-Seite angeführt).



Die Prekarisierung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen einiger Squatting Teachers erleichtert mitunter die Vernetzungsarbeit und die Bewegung kritischen Wissens. Denn wir

leben und arbeiten in Wien, Innsbruck, Klagenfurt, Graz. Erste Vernetzungsgespräche mit solidarisierten Lehrenden und Studierenden dieser Universitäten wurden bereits in Angriff genommen. Dass sich daraus ein längerfristiges, bundesländerübergreifendes (und darüber hinaus?) Netzwerk entwickeln könnte, finden wir spannend.

Für uns ist klar: Mit ihrer basisdemokratischen Ausrichtung und selbstbestimmten und solidarischen Praxis haben die Uni-Protteste Risse ins (Bildungs-) System gemacht. Diese eröffnen den Raum, alte-neue Fragen neu zu diskutieren: Wie wollen und können wir gemeinsam lernen, herrschaftskritisches Wissen produzieren, uns und die Gesellschaft verändern? Welche Formen von Herrschaft und Diskriminierung durchziehen die Universität, was kann diesen entgegengesetzt werden? Insbesondere auch in Hinblick darauf, dass die (besetzte) Universität als antisexistischer und antirassistischer Raum der Wissensproduktion gestaltet werden kann. Wer sich mit diesen Fragen auseinandersetzen will, ist herzlich eingeladen, bei der AG Squatting Teachers mitzumachen.

Iris Mendel beschäftigt sich mit feministischer Wissenschaftskritik und interessiert sich für kritische Lehr- und Lernformen im Bereich Schule, Universität und darüber hinaus.

Paul Scheibelhofer unterrichtet als externer Lektor an Universitäten von Wien bis Innsbruck kritische Männlichkeitsforschung sowie Migrations- und Rassismusforschung.

Mail:
squatting.teachers@gmail.com

Links zum Artikel:
<http://www.malmoe.org/artikel/top/1943>
unsereuni.at

Reprint eines Artikels des Malmoe Schwerpunkts
„Protest-Wissenschaft“, Heft 48 (2009)
Feedback: redaktion@malmoe.org



Über Wissensarbeit(erInnen), die neuen Fließbänder und Streik

53

Dieser Text beruht auf zwei Artikeln die kurz nach den Bildungsprotesten entstanden sind: „Die Verfassung der Wissensarbeit(erInnen)“, erschienen in Malmö Nr. 50 und einem gleichnamigen Text im Bildpunkt Herbst 2010.
Käthe Knittler und Lisa Sigl

Organisierungsversuche im Feld der Wissensarbeit haben im Jahr 2009 in Wien eine Konjunktur erlebt – bereits im Frühjahr in partikularen Kämpfen rund um Kollektivvertrag, Kettenvertragsregelung und UG Novelle und letztlich in einer größeren Veranstaltung mit dem Titel „Prekarisierung in der Wissenschaft. Organisieren wir uns?!“ im September. Trotzdem, eine Vorgeschichte der Proteste, die im Oktober mit der Audimaxbesetzung begonnen haben, im eigentlichen Sinn gibt es nicht. Zumindest gab es sie nicht im Bewusstsein, Vorgeschichte zu sein, hatte doch niemand dieses große kollektiv erlebte Ereignis – die Studierendenproteste – in einer Weise vorhergesehen, die die damals gegenwärtigen Veranstaltungen, Vernetzungsversuche, Mailinglisten etc. zu einem „Davor“ gemacht hätten. Ereignisse teilen die Zeit. Mittlerweile sind wir bei einem „Danach“ angelangt. Neue Netzwerke sind entstanden, aber die Organisationsversuche spielen sich wieder in, für die Öffentlichkeit nicht sichtbaren, Bereichen ab.

Obwohl die Uniproteste als solche überwiegend von Studierenden getragen wurde, haben sich auch im Bereich der Lehrenden und Forschenden neue Strukturen wie die Squatting Teachers herausgebildet, die nicht nur Anstoß zu neuen Debatten waren, sondern – nicht zuletzt wegen dieser Debatten – zu einer Neukonstituierung und Stärkung bestehender Organisationsstrukturen (u.a. IG-Externe LektorInnen) beitragen. Von den vielen Themen von freier und alternativer Bildung über vertrags- und arbeitsrechtliche Bedingungen bis zu Protest- und Streikformen, die die Aktivitäten der Squatting Teachers umfasst haben, greifen wir in diesem Artikel jene Aspekte auf, die sich um die Frage des „gemeinsamen Wir“ bzw. den Begriff der Wissensarbeit konzentrieren.

Als die Beteiligung von Universitätsangestellten an den Bildungsprotesten im Herbst 2009 an manchen Universitäten im Vergleich zu früheren Universitätsprotesten gering blieb, drängte sich die Frage auf, warum eine breite Solidarisierungsbewegung ausblieb, wo doch verstärkt verbetriebswirtschaftlichte Universitätsorganisation (New Public Management etc.) und wissensintensivierte Wirtschaft (Lissabon Prozess etc.) zu Prekarisierung und Normalisierung der Mehrheit der WissensarbeiterInnen an Universitäten führen (d.h. sowohl von Studierenden als auch des wissen-

schaftlichen Personals an den Universitäten; übrigens auch zu verstärktem Zeitdruck auf administratives oder Reinigungspersonal an den Universitäten) – ein Thema, das in der bisherigen Auseinandersetzung um die „Krise“ der Universitäten (und leider auch im folgenden Text) gelinde gesagt defizitär behandelt wird.

Aber was hat es eigentlich mit diesem Begriff der „WissensarbeiterInnen“ auf sich? Der Begriff Wissensarbeit nimmt bewusst Bezug auf die Ausbeutbarkeit unsers Tuns, schafft ein Kollektiv, das quer zu Orten (u.a.: Uni, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, das eigene Wohn- bzw. Arbeitszimmer), quer zu Vertragsformen und quer zu Zeitverläufen existiert. Ein Begriff, der auf Gemeinsamkeiten aufbaut – wir haben nichts zu verkaufen als unsere Arbeitskraft, unsere Fähigkeit, Wissen zu erwerben, zu vermitteln und zu schaffen – und zugleich in sich viele Spannungsverhältnisse birgt (u.a. ProfessorInnen/Studierende, ProjektleiterInnen/deren hierarchisch unterstellte MitarbeiterInnen), die es zu thematisieren gilt.

Allen WissensarbeiterInnen gemein ist eine – immaterielle – Form von Arbeit, die eng verknüpft ist mit einer Person, ihrer Kreativität, Affektivität, Kommunikationsfähigkeit und Motivation. Und sie macht (oft) auch Spaß und dient der Selbstverwirklichung. Daraus ergeben sich sehr spezifische und auf das Selbst zugreifende Ausbeutungsformen. Sie nutzen den Selbstantrieb, der die Akzeptanz schlecht abgesicherter Arbeitsverhältnisse und den (Selbst-) Ausbeutungswillen steigern kann. Dass es möglich ist, diese Akzeptanz und den Selbstausbeutungswillen gemeinsam zu brechen, zeigen derzeit WissensarbeiterInnen des Instituts für Kultur- und Sozialanthropologie. Nachdem befristete und für einzelne Lehraufträge angestellte Externe dort in den letzten Jahren einen Großteil der Diplomarbeiten betreut hatten, bestreiten nun seit Anfang des Jahres 2010 LektorInnen mit Unterstützung der Studierenden die Betreuung von Diplomarbeiten.

Die alt bekannte Problematik, wie die Arbeitskraft bzw. die konkrete Arbeitsleistung, aus den Arbeiten herausgezogen werden kann, stellt sich für all diese Gruppen in ähnlicher Weise – auch wenn die konkreten Bedingungen sehr heterogen sind und die Arbeitenden dadurch in ihren Erfahrungen oftmals

individualisiert erscheinen. Formal ist wie in fordistischen Arbeitswelten die Arbeitskraft für eine vertraglich festgelegte Zeit verkauft. In der fordistischen Industrieproduktion gibt es ein spezifisches Set an Strukturen, die sicherstellen, dass das gewünschte Produkt erzeugt wird: Vorarbeiter und seltener Vorarbeiterinnen, Akkordlohn, Fließbandarbeit, Stechuhren usw. Effizienzsteigerungen im Bereich der immateriellen Arbeit sind hingegen in höherem Ausmaß abhängig davon, dass ArbeiterInnen motiviert und bereit sind, ihr emotionales, kreatives und kommunikatives Potential zu nutzen, um Wissen überhaupt in einer quantifizierbaren und objektivierbaren Form herzustellen. Publikationslisten und Impact Factor, Wissensbilanzen und prekäre Arbeitsverträge sind die neuen Rationalisierungsinstrumente des New Public Management, das Fließband der (universitären) WissensarbeiterInnen! Sie erhöhen nicht nur den Produktivitätsdruck, sondern kanalisieren die Wissensproduktion in eine bestimmte Richtung und Form, kurz um, sie wirken disziplinierend. Der „Impact Faktor (IF)“, anhand dessen der Wert hergestellten Wissens derzeit gemessen wird, ist abstrakt. High-IF-Zeitschriften gibt es in keiner Trafik und in kaum einer Buchhandlung zu kaufen. Es sind hochpreissegmentige Abo-Journals, die von Unifachbibliotheken angekauft werden. Die LeserInnenschaft beschränkt sich oft auf Autor oder Autorin und all jene, die potenziell zitiert hätten werden können. Im Grunde drückt der IF die Verlegenheit aus, einen Produktwert messbar machen zu wollen, der nie vollkommen messbar gemacht werden kann. Er erlaubt der Quantifizierungslogik die Definitionsmacht darüber, was sinnvolle und gesellschaftlich relevante Wissensproduktion ist.

Für uns stellt sich die Frage, wie sich dieser Akkord immaterieller Produktion sabotieren lässt, wie das Impact-Fließband lahmzulegen ist. Denn eines haben alle WissensarbeiterInnen gemeinsam zu verteidigen: Mit Wissen tätig zu sein, muss öffentliches Gut, muss „common“ bleiben und darf nicht zur Ware werden, ebenso wie WissensarbeiterInnen sich nicht im Sinn von „employability“ zur Ware machen lassen wollen. Hier sollen noch keine Antworten auf diese Frage gegeben werden. Die Frage zu stellen und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten erscheint uns aber zentral, wenn es heißt, Bildung darf keine Ware werden.

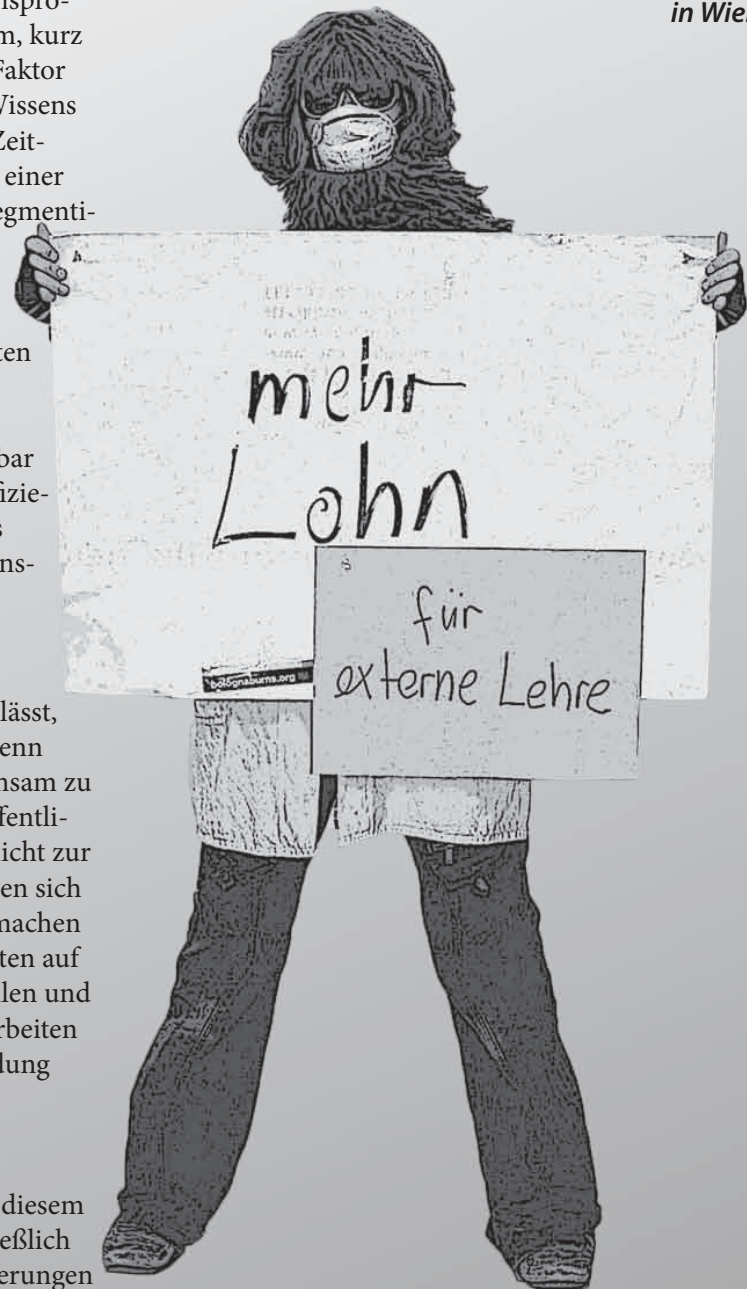
Uns als solidarisches Kollektiv von WissensarbeiterInnen zu verstehen, ist ein Schritt auf diesem Weg. Der Begriffsteil Arbeit bezieht sich schließlich auch auf mögliche und notwendige Solidarisierungen mit ArbeiterInnen außerhalb des Bildungsbereichs und ist somit auch in dieser Hinsicht ein Versuch,

Spaltungen zu überwinden und breiteren Kollektivierungen Raum zu geben. Der Begriff der WissensproduzentIn – im Sinne einer Assoziation freier Produzenten, „worin die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist“ (Marx/Engels, Kommunistisches Manifest, MEW 4, S.482), taugt vielleicht mehr als Utopie, die es zu erreichen gilt, denn als aktuelle Zustandsbeschreibung.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass es ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle geben muss.

Käthe Knittler
ist feministische Ökonomin und lebt in Wien.

Lisa Sigl
arbeitet als Wissenschaftsforscherin
in Wien.



Statement gesamtgesellschaftliche Einbettung und Forderungen 55

„preguntando caminamos“

„fragend schreiten wir voran“ (zapatistisches Motto)

*Gemeinsam verfasst mit basisdemokratischer Zustimmung von Lehrenden und Student_innen
der Universität Wien und der Akademie der bildenden Künste Wien*

Statement gesamtgesellschaftliche Einbettung

Streik bedeutet Arbeitsniederlegung. Tatsächlich bedeutet der Streik einen enormen Arbeitsaufwand. Seit über einer Woche wird organisiert, koordiniert, kommuniziert, geschrieben, gefilmt, fotografiert, gekocht, Medienarbeit betrieben und vieles mehr.

Die Besetzungen der Universitäten dauern nun schon eine Woche an. Sie kommen nicht von ungefähr. Sie sind Teil und Ergebnis jahrelanger Arbeit von Studierenden, Lehrenden, Arbeitenden und vor allem von außerinstitutionellen und selbst organisierten Personen und Gruppen. Die Schülerinnen und Schüler erklären sich mit den Besetzer_innen solidarisch.

Diese machen nicht nur auf die Missstände an Universitäten, im gesamten Bildungsbereich, in der Gesellschaftsstruktur allgemein aufmerksam, sie analysieren diese, organisieren Widerstand, arbeiten Alternativen aus und leben diese. Dafür erkämpfen sie sich innerhalb dieser Gesellschaft permanent den Raum und die Zeit.

Ohne die Arbeit dieser unzähligen Personen wären die Proteste hier und heute nicht möglich.

Was hier passiert, ist mit der weltweiten Entwicklung sozialer Bewegungen verknüpft. Es wird nicht nur die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Studierenden, Lehrenden und weiterem Universitätspersonal gefordert, sondern die Verbesserung aller Arbeitsbedingungen überall.

Ausdrücklich gemeint sind auch die Arbeitsbedingungen derjenigen, die vertraglich nicht direkt der Universität zugehörig sind, sei es als Reinigungspersonal oder wissenschaftliches Personal. Die Protestierenden treten dafür ein, diese Arbeitsbedingungen sichtbar zu machen und damit all die unbezahlte und schlecht bezahlte Arbeit, die tagtäglich im Bildungsbereich, im Erziehungs- und Pflegebereich, im Haushalt und in vielen anderen Bereichen geleistet wird. Die Gesellschaft profitiert von dem Wissen, das in unbezahlten, mit wenig symbolischem Kapital ausgestatteten Bereichen zur Anwendung kommt. Damit einher geht die Vorstellung eines bestimmten Typs von Arbeitskräften – hochgradig belastbar, zielfixiert und in der Lage, klar definierte Aufgaben schnell auszuführen, ohne Zweifel, ohne die Arbeitsbedingungen in Frage zu stellen. Produziert werden soll Humankapital, produziert werden sollen Standortfaktoren für die Wirtschaft. Unterstrichen wird all das durch die unzähligen

schlecht bezahlten oder unbezahlten Praktika, die zur Stunde geleistet werden.

Mit der Forderung nach einer Verbesserung dieser Arbeitssituationen sind nicht 5 Cent mehr pro Stunde, nicht 3 Euro mehr Kindergeld und auch nicht einfach nur mehr Geld für die Universitäten gemeint. Mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen gemeint - es ist offensichtlich, dass die derzeitige gesellschaftliche Ordnung hauptsächlich Ausschlüsse produziert. Ausschlüsse von Minderheiten, seien es Migrant_innen, Personen mit speziellen Bedürfnissen, ältere Menschen, sozial Benachteiligte.

Ausschlüsse, deren Auswirkungen vor allem auf Kosten von Frauen gehen. Diese Ausschlüsse werden befördert und umgesetzt über die schein-demokratischen, ökonomisierten, patriarchalen Entscheidungs- und Ausleseprozesse, die in dieser Gesellschaft herrschen. Dazu gehören auch die an den Universitäten angesiedelten Burschenschaften und anderen Männerbünde, grundsätzlich jedoch die in Österreich hegemoniale patriarchale, sexistische, antisemitische, antiromaistische, rassistische, nationalistische, wertkonservative, repressive und schein-demokratische Politik. Nachdem der Großteil der österreichischen Medienlandschaft zunächst in gewohnter Manier die Proteste verniedlicht bzw. skandalisiert hatte, macht sich jetzt Staunen darüber breit, wie stark, nachhaltig und gehaltvoll diese sind. Wir weisen die Vereinnahmung der Proteste durch den Rektor der Akademie der bildenden Künste entschieden zurück und erklären, dass diese sich nicht als Speerspitze marktkompatibler gesellschaftskritischer Kunst verstehen. Wir erkämpfen uns durch die Proteste einen Raum, der auch durch das historische und politische Wissen, das in der Universität angeeignet wurde, vorstellbar wird. Vor allem jedoch wird dieser Raum des Protests von jenen Erfahrungen getragen, die wir zwischen engen Studienplänen und schwierigen Arbeitsbedingungen machen und formulieren.

Das Bologna-Papier sieht die Regulierung von Kompatibilität, von Studienabschnitten und -abschlüssen vor. Von einer verpflichtenden Bachelorisierung ist nicht die Rede. Die Bachelorisierung der Diplomstudien dient vielmehr der Neoliberalisierung von Bildung und führt langfristig zu neuen Formen sozialer Ungleichheit.

Forderungen

56

- Wir fordern antidiskriminatorische Betriebsvereinbarungen und Anti-Diskriminierung als Grundkonsens in allen Bildungseinrichtungen.
- Das so genannte Behindertengleichstellungsgesetz muss in allen Institutionen des Bildungswesens umgesetzt werden. Wir fordern barrierefreies Studieren, Lehren und Lernen, d.h. beispielsweise die Verfügbarkeit von Dolmetscher_innen zur Übersetzung in Gebärdensprache sowie infrastrukturelle Maßnahmen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen.
- Wir fordern eine 50-prozentige Frauenquote sowie Quoten zur Förderung von Migrant_innen, LGBTQ-Personen (lesbian, gay, transgender/transsexual, queer) und weiteren Angehörigen systematisch diskriminierter Gruppen in allen Arbeitsbereichen des Bildungswesens auf allen Ebenen.
- Wir fordern gleiches Recht auf Mobilität und Bildung unabhängig von Staatsbürger_innenschaft.
- Schluss mit Unterfinanzierung, Wettbewerbslogik und Elitenbildung im Bildungsbereich, d.h. keine Privatisierung und kein Ausverkauf öffentlicher Einrichtung und Güter.
- Wir fordern den freien Hochschulzugang und die Abschaffung ökonomischer Kriterien für den Zugang zu Bildung, welche den strukturellen Rassismus und die soziale und ökonomische Ungleichheit aufrecht erhalten.
- Wir fordern die Abschaffung aller Studiengebühren und die Aufhebung aller weiteren finanziellen Zugangsbarrieren im Bildungsbereich und zwar unabhängig von Staatsbürger_innenschaft, Alter und Dauer des Studiums
- Die Qualität von Bildung und Lehre soll nicht durch Zugangsbeschränkungen, sondern durch ausreichende Finanzierung im Bildungssektor gewährleistet werden
- Wir protestieren gegen Prekarität in Dienstverhältnissen im Bildungsbereich sowie in der gesamten Arbeitswelt.
- Wir fordern eine demokratische Organisation der Universitäten.
- Die gegenwärtig autonomisierten Hochschulen sind nämlich alles andere als autonom im Sinne von selbstbestimmt, sie werden zunehmend entlang von Marktlogiken im Sinne von Effizienz, Wettbewerb und manageriabilen Leitungsstrukturen umgebaut.
- Wir fordern eine gleichberechtigte Einbeziehung aller 4 Kurien: Studierende, Mittelbau, Professor_innen und allgemeines Universitätspersonal. Wir sprechen uns gegen die Dominanz von Rektorat, Unirat und Ministerium aus. Wir verlangen die Auflösung des Top-Down-Prinzips!
- Wir fordern die Abschaffung des Universitätsrates.
- Wir fordern die Beschneidung der Befugnisse des Rektorats bei gleichzeitiger Aufwertung demokratisch legitimierter Gremien.
- Wir fordern die Abschaffung von quantifizierenden

Kontrollmechanismen wie Leistungsvereinbarungen und Wissensbilanzen.

- Wir beanspruchen Budgettransparenz! Das bedeutet Offenlegung aller Finanzaktivität und die demokratische Mitbestimmung bei der Budgetverteilung.
- Wir fordern die Ausfinanzierung aller Bildungseinrichtungen.
- Wir fordern die Rücknahme der ÖH-Wahlrechtsreform von 2004 und die Wiedereinführung des direkten Wahlmodus.
- Selbst-organisierte studentische Räume müssen geschützt und unterstützt werden. Die derzeitigen Besetzungen zeigen die Notwendigkeit des Austauschs und der Vernetzung in autonomen Räumen.
- Der Bologna-Prozess führt zu einer Verschulung des Studiums. Wir verlangen eine freie und selbstbestimmte Gestaltung des Studiums und daher eine grundlegende Umgestaltung des Bachelor/Master-Systems in folgenden Punkten:
Abschaffung des Selektionsinstruments der STEPs inklusive ihrer Knock-Out-Prüfungen. Schluss mit den Voraussetzungsketten. Freie Wahlfächer statt Erweiterungscurricula.
Abschaffung der intransparenten Anmeldesysteme.
Abschaffung der Deadlines für Sozialförderungen. Die Beendigung des angefangenen Diplomstudiums muss gewährleistet sein:
Dazu bedarf es eines entsprechenden Lehrangebots und fixer Äquivalenzlisten sowie der Aufhebung der bestehenden Übergangsfristen.
Aufrechterhaltung aller bestehenden Diplomstudiengänge Gewährleistung der Anrechenbarkeit von Lehrveranstaltungen und Abschlüssen im In- und Ausland.
Freie Master- und PhD-Zugänge.
- Wir fordern die Erhaltung, die Förderung und den Ausbau kritischer und emanzipatorischer Forschung und Lehre.
- Wir bestehen auf der Zusammenlegung des Ministeriums für Unterricht und Kunst und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung
- Wir reklamieren das Streikrecht für SchülerInnen.
- Wir sind gegen die Einführung der Zentralmatura.
- Wir bestehen auf ein neues antiautoritäres Beurteilungssystem in Schulen – Sitzenbleiben abschaffen.
- Wir verlangen die Restitution aller im Zuge der Shoah geraubten Güter, die sich in „Besitz“ der Universitäten sowie anderer staatlicher Einrichtungen befinden.
- Wir bestehen auf der geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit der Teilhabe der Wissenschaft und ihrer Institutionen an Kolonialismus, Faschismus und Nationalsozialismus.

**Wir fordern freie Bildung für alle!
Wir fordern nicht nur einen Stop der
Ökonomisierung der Bildung. Wir fordern einen
Stop der Ausbeutung in allen Lebensbereichen.
[http://www.malen-nach-zahlen.at/wp-content/
uploads/SgEF_011.pdf](http://www.malen-nach-zahlen.at/wp-content/uploads/SgEF_011.pdf)**

Erweiterter Forderungskatalog der Lehrenden- und Forschenden- versammlung der Wiener Universitäten ⁵⁷

§ 1

Wir fordern breite Debatten zu einem emanzipatorischen Bildungsbegriff!

Der derzeitige Bildungsbegriff ist am Projekt einer wettbewerbsfähigen Wissensökonomie orientiert. Bildungsinstitutionen wird fast ausschließlich im Kontext marktwirtschaftlicher Verwertungslogiken Bedeutung zugemessen. Ein emanzipatorischer Bildungsbegriff dagegen umfasst selbstbestimmtes und selbstorganisiertes Lernen sowie das Recht auf freie Forschung und erkennt auch nicht-akademische Wissensformen und Wissenskulturen an. Ziel von Bildungspolitik sollte daher sein, die Rahmenbedingungen für die Thematisierung und Reflexion möglichst vielfältiger Inhalte aus verschiedenen Perspektiven zu schaffen. Wir lassen uns nicht zu Humankapital einer Wissensökonomie reduzieren. Wir sind Teil einer ebenso breiten wie vielfältigen Basis emanzipatorischer, sozialer Bewegungen.

§ 2

Wir fordern freien Zugang zu Wissen und die Demokratisierung der Forschungsförderung!

Die Prioritätenbildung in der Forschungsförderung von Seiten der Politik ist weder transparent noch Ergebnis eines demokratischen, gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses. Sie wird von Eliten vorgegeben und folgt oft partikularen wirtschaftlichen Interessen. Dadurch leiden viele nicht unmittelbar ökonomisierbare Forschungszweige und Fachgebiete unter Unterfinanzierung. Dies hat dramatische Auswirkungen auf das Lehr- und Forschungspersonal und die Infrastrukturen, wie Bibliotheken und technische Gerätschaften. Wissen, das an öffentlichen Einrichtungen geschaffen wird, soll auch frei und kostenlos für alle zugänglich sein. Insbesondere fordern wir eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Teilhabe der Wissenschaft und ihrer Institutionen an Kolonialismus, Nationalsozialismus und „embedded scientists“ in gegenwärtigen Kriegen.

§ 3

Wir fordern Bildung für alle und jederzeit statt lebenslänglich Ausbildung!

Der Imperativ lebenslangen Lernens ist heute vor allem eine Aufforderung, sich für einen flexiblen Arbeitsmarkt „fit“ zu halten. Nicht nur zertifizierte Schul- und Universitätsabschlüsse, sondern auch außerschulische Kompetenzen und kognitive Fähigkei-

ten wie Intelligenz, soziale Kompetenz und Kreativität, werden in den Dienst von „employability“ gestellt. Wir fordern, dass diese Fähigkeiten auch außerhalb einer Verwertungslogik als Grundlage persönlicher Entfaltung und sozialer Bewegungen anerkannt werden. Eine so verstandene Bildung muss für alle Generationen und generationenübergreifend frei zugänglich sein.

§ 4

Wir fordern exzellente Massenuniversitäten!

Der im Zuge des sog. „Bologna-Prozesses“ offen zu Tage tretenden Tendenz zur Elitebildung im ganzen Bildungssystem muss Einhalt geboten werden. An die Stelle von fragwürdigen Eliteprogrammen, die eine höchst spezialisierte, politisch regulierte Wissensproduktion mit gesellschaftlichen Privilegien verbinden, müssen Bemühungen und Maßnahmen treten, eine ausgezeichnete Lehre und Forschung auf allen Ebenen, in allen Fachbereichen und für alle Studierenden zu gewährleisten. Eine Massenuniversität kann mit der entsprechenden finanziellen und personellen Ausstattung Exzellenz für alle bieten.

§ 5

Wir fordern verstärkte Maßnahmen gegen Diskriminierung!

Verschiedene gesellschaftliche Mechanismen erschweren und verhindern aktuell breiten Teilen der Bevölkerung den Zugang zum Bildungssystem. Dazu zählen nicht nur Studiengebühren und Knock out-Prüfungen an den Universitäten, sondern ebenso Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Alter, Migrationshintergrund, StaatsbürgerInnenenschaft, etc. an allen Bildungseinrichtungen, insbesondere im Pflichtschulbereich. Um mittelfristig allen Gesellschaftsmitgliedern den Zugang zu Bildung zu ermöglichen, sind wir für den Ausbau institutioneller Strukturen und Investitionen zur Förderung benachteiligter Gruppen, neben antidiskriminatorischer Betriebsvereinbarungen und der Anerkennung ausländischer Zeugnisse. Darüber hinaus fordern wir die explizite Orientierung von Forschung und Lehre an der Herstellung von Wissen, das die Strukturen der Produktion von Ungleichheiten benennt, analysiert und bekämpft, sowie die stärkere Förderung antidiskriminatorischer Kontrollmechanismen (z.B. Transparenz bei Besetzungsverfahren, Quotenregelungen).

§ 6**Wir fordern die Wiederherstellung und Ausweitung der universitären Selbstverwaltung und Mitbestimmung!**

58 Die letzten Jahre brachten eine massive und systematische Beschneidung der Freiheit der universitären Selbstverwaltungsorgane und der Mitbestimmung aller Mitglieder der Universitäten zugunsten marktwirtschaftlicher Modelle. Die Installierung autokratischer Macht- und Herrschaftsstrukturen führte zu massivem Abbau demokratischer, kollegialer Arbeits- und Diskussionsformen. Um die aktuelle Top-Down-Politik zu stoppen, ist eine gleichberechtigte Einbeziehung aller vier Kurien in universitäre Entscheidungsprozesse unabdinglich. Die Befugnisse des Rektorats sowie die Praxis der Leistungsvereinbarungen und der Wissensbilanzen müssen neu überdacht werden. Wir fordern die Abschaffung des Universitätsrats.

§ 7**Wir fordern neue Formen finanzieller Absicherung für alle!**

Die existentielle Situation des akademischen Mittelbaus und des wissenschaftlichen Nachwuchses ist beispielhaft für gegenwärtige prekäre Arbeitsbedingungen. Die kurzfristige und ungesicherte Vergabe von Semesterverträgen für LektorInnen bedroht die Existenz der Lehrenden wie die Lehre selbst. Die immer zwingendere Selbstfinanzierung des eigenen Arbeitsplatzes durch Drittmittel führt zu immensen zusätzlichen Belastungen. Wissenschaftliches sowie nicht-wissenschaftliches Personal leistet in diesen Kontexten unter hohem Zeitdruck ein untragbares Ausmaß an unbezahlter Arbeit. Wir fordern langfristige Verträge mit Aussicht auf Verlängerung, fixe Arbeitsplätze und Versammlungsräume für alle Lehrenden und Forschenden. Die Flexibilisierung wissenschaftlicher Arbeitsmärkte ist symptomatisch für allgemeine Tendenzen am Arbeitsmarkt, die immer mehr Menschen immer weniger kontinuierliche, finanzielle Absicherung bieten.

Wir fordern daher eine ernsthafte Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen und einen allgemeinen Mindestlohn als Möglichkeiten kontinuierlicher, finanzieller Absicherung statt prekarisierter Arbeitsmärkte.

§ 8**Wir fordern Strukturen für emanzipatorische Lehre und Forschung!**

Die Finanzierungsstruktur von Forschung und Lehre und damit auch die Arbeitsbedingungen wissenschaftlichen Personals geben den Rahmen für die Art und Weise vor, wie Forschung und Lehre angelegt werden und damit indirekt auch, welches Wissen produziert und vermittelt werden kann. In den derzeitigen

Strukturen erhalten tendenziell die etablierten Forschungs- und Lehrbereiche mehr Unterstützung als neu entstehende und solche mit kritischem Inhalt. Kurze Anstellungsperioden und hoher Leistungsdruck schließen komplexere Fragestellungen aus und führen zur Vernachlässigung innovativer aber riskanter Forschungsinhalte. Wir fordern daher überall dort längere Förderperioden, wo es nötig und sinnvoll ist sowie die stärkere Förderung von Forschung jenseits des wissenschaftlichen Mainstreams.

§ 9**Wir fordern eine grundsätzliche Bestandsaufnahme sowie Diskussion über Folgen und mögliche Korrekturen des Bolognaprozesses!**

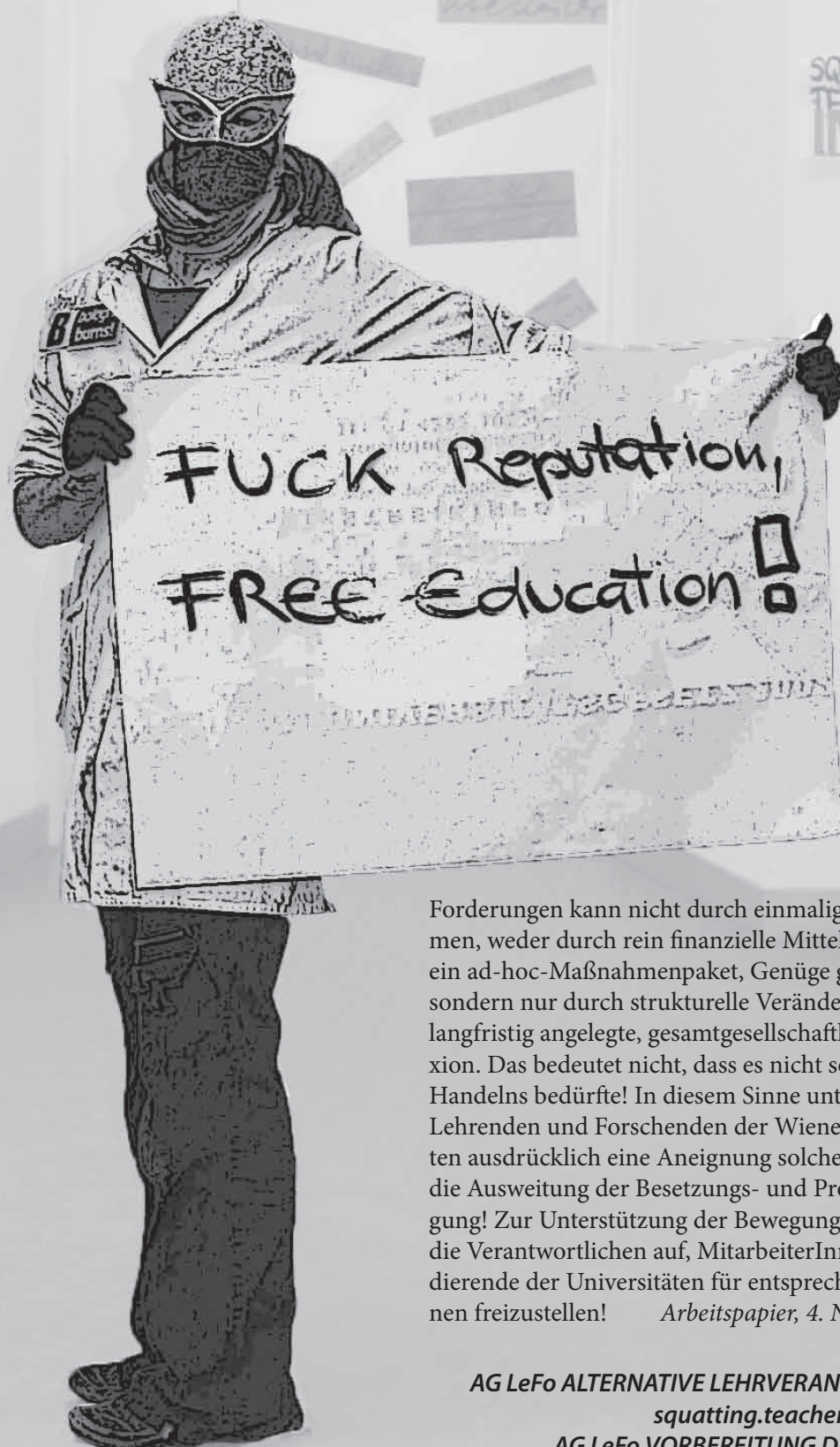
Der sog. „Bologna-Prozess“ ist der Inbegriff für viele Missstände, die zur Zeit an den österreichischen Universitäten diskutiert werden. Sogar die deutsche Kultusministerkonferenz schließt sich der Kritik von Studierenden an einer „Verschulung“ des Studiums, einer restriktiven Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Verschlechterung der nationalen und internationalen Mobilität, einer geringen Akzeptanz des Bachelors als berufsqualifizierenden Abschluss, sowie den aufwändigen Akkreditierungsverfahren an. Hinzu kommt, dass „Bologna“ den Status einer EU-Direktive hat, weshalb sie nur von nationalen AkteurInnen interpretiert und umgesetzt werden kann. In diese Diskussion müssen alle Universitätsangehörigen und die Öffentlichkeit einbezogen werden. Wir fordern eine gründliche Reflexion darüber, welche positiven Neuerungen „Bologna“ bringt und was sich durch die Umstrukturierungen verschlechtert.

§ 10**Wir fordern die Überarbeitung der neuen Studienpläne!**

Die im Zuge des sog. „Bologna-Prozesses“ geplante und teilweise erfolgte Umgestaltung der Studienpläne hat viele strukturelle und inhaltliche Probleme nach sich gezogen. Insbesondere die Modularisierung führt zur „Ver-Ausbildung“ von Bildung, zur Ermüdung der wissenschaftlichen Neugier der Studierenden und einer Einengung der Freiheit der Lehre. Kritisches und mündiges Denken vollzieht sich nicht entlang schablonierter Studienpläne, sondern kann nur in der Freiheit eines selbst bestimmten Studiums gedeihen. Daher müssen in die Studienpläne mehr Freiräume für ein selbstorganisiertes Lernen und Lehren eingearbeitet werden.

§ 11**Wir fordern die Einrichtung öffentlicher Räume für eine kollektive Debatte!**

Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die öffentliche Diskussion, die die Studierendenproteste ausgelöst haben, fortgesetzt wird. Den vorgelegten



Forderungen kann nicht durch einmalige Maßnahmen, weder durch rein finanzielle Mittel noch durch ein ad-hoc-Maßnahmenpaket, Genüge getan werden, sondern nur durch strukturelle Veränderungen und langfristig angelegte, gesamtgesellschaftliche Reflexion. Das bedeutet nicht, dass es nicht sofortigen Handelns bedürfte! In diesem Sinne unterstützen die Lehrenden und Forschenden der Wiener Universitäten ausdrücklich eine Aneignung solcher Räume und die Ausweitung der Besetzungs- und Protestbewegung! Zur Unterstützung der Bewegung fordern wir die Verantwortlichen auf, MitarbeiterInnen sowie Studierende der Universitäten für entsprechende Aktionen freizustellen! *Arbeitspapier, 4. November 2009*

AG LeFo ALTERNATIVE LEHRVERANSTALTUNGEN:
squatting.teachers@gmail.com

**AG LeFo VORBEREITUNG DER NÄCHSTEN
 VERSAMMLUNG:**

ag.organisationlefotreffen@gmail.com

AG LeFo VERNETZUNG:

lehrenden.vernetzung@gmail.com

AG LeFo FORDERUNGEN:

ag.lefo.wien.forderungen@gmail.com

Oida, was soll ich da jetzt schreiben?

Ich hatte gerade meine Großmutter im Altersheim besucht, da bekam ich einen Anruf. Ich soll einen Text überarbeiten, in dem es um Wissensarbeit und emanzipatives Wissen und soziale Bewegungen und so weiter geht. Super, darüber zerbreche ich mir eh schon den ganzen Tag den Kopf! Vor drei Jahren konnte die Oma noch zuhause ihr eigenes Bett beziehen, wenn ich ihr ein wenig half. Inzwischen liegt sie regungslos mit Windeln darin und dämmerte in den eigenen Exkrementen dahin, würden sich die PflegerInnen im Altersheim nicht regelmäßig kümmern. Scheiße! Aber nun der kollektive Text, nicht wahr. Ich sollte mich sputen. Denn um zwei Uhr in der Früh wankt meistens die Kleine schlaftrunken, mit nicht minder angetrunkenen Windel ins Schlafzimmer. Worauf sie dann ins große Bett krabbelt und mit einem entschlossenen Tritt in meine Bauchgegend 90% des Schla(cht)ffeldes in Beschlag nimmt. Fünf umkämpfte Stunden später öffnen die gegnerischen Fingerchen dann, begleitet von einem seligen Lächeln und einem entzückenden „ffstehhhn“, meine trägen Augenlieder. Nach dem Morgenputz bringt die Mamma, bevor sie in die Arbeit geht, die kleine in die Kinderkrippe. Ich schwinde mich aufs Rad Richtung Lesesaal. Die Literaturübersicht für ein Forschungsprojekt muss bald fertig werden. Das sollte ich nicht vermasseln, sonst kann ich den nächsten Auftrag vergessen. Entschuldige, jetzt kommen Wissensarbeit, soziale Bewegungen, emanzipatives Wissen, Prekarisierung an die Reihe... kein Alltagskram mehr... du hast ja sonst wahrscheinlich auch etwas Besseres zu tun.

Ach Gottttttt, ein fliegender Patttttzen vom ungeliebttttten Frühstttttucks-Hirsebrei hatttt die ‚T‘-Tttttaste auf der Tttttastattttur verklebtttt. Ich puttttt das schnell weg. Wenn ich über wichtige Themen schreiben will, dann stört immer solch ein Oma-, Mamma- oder Kinderkram. Abschalten können ist da ganz wichtig. Sozialwissenschaftliche Theorie eignet sich dazu einwandfrei. Da spürt man die wissenschaftliche Distanz schon auf zehn Kilometer Entfernung. Alltagsorgen scheinen wie aus einer anderen Welt. Sie kommen, wenn überhaupt, in Variablen zerstückelt, codiert und vakuumverpackt in Datensätzen vor. Das ist hygienischer. Diese Daten werden dann bei Bedarf in Konzepte gefüllt, umgerührt und aufbacken. Und das Beste daran ist: Da schwitzt kein Körper, tritt kein Fuß, pocht kein Herz, nicht einmal die angeschissene Windel riecht mehr. Und wenn ich mich wieder in die Niederungen des Alltags begeben habe, habe ich offensichtlich an etwas gearbeitet, das mir für diese Welt nichts zu sagen hat.

Zerbrochenes Wissen.

Ich erfahre täglich den Bruch zwischen alltäglichen Erfahrungen und institutionellem Wissen an der eigenen Zerreißprobe zwischen wissenschaftlicher Arbeit und der Arbeit zuhause. Das, meist über Texte vermittelte, institutionelle Wissen schafft es, handelnde Menschen und deren Erfahrungen verschwinden zu lassen oder aus ihnen behandelte Individuen und deren Charakteristika zu erzeugen. Gleichzeitig erhalten abstrakte Begriffe wie Staat, Struktur, Gesellschaft die Form von Dingen oder sogar AkteurInnen. Und ehe man sich versieht, sind es nicht mehr die Praktiken von Menschen, die Familie, Gesellschaft, Staat usw. immer wieder erzeugen und verändern. Ganz im Gegenteil werden dann die menschlichen Handlungen als Ausdruck von Familie, Staat, Struktur und Gesellschaft gesehen und wundersame Mechanismen erhalten und verändern diese Dinge. So wird die stinkende Windel Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Verstunkenheit und die Windel wird als Effekt eines komplexen Hygienesdiskurses gewechselt. Das passiert allerdings nur im seltenen Falle, dass Windeln wechseln und die Tätigkeiten, die dieses nötig machen, überhaupt als relevant angesehen werden. Von alledem völlig unbeeindruckt macht die Kleine immer noch in die Windeln.

Wissen ist aktiv.

Das soll nicht heißen, dass es jenseits der unmittelbaren Erfahrung nichts Wissenswertes gibt. Vielmehr will ich betonen, dass gesellschaftliche Institutionen keine natürlichen Dinge sind, sondern sich täglich wiederholende und verändernde hochkomplex koordinierte Tätigkeiten von Menschen. Diese Tätigkeiten sind allerdings nicht beliebig. Ihre Koordination funktioniert heutzutage hauptsächlich über Texte (im Sinne von Zeit und Ort unabhängig verbreitbare objektivierte Wissensbestände): Gesetze, Verordnungen, Bilanzen, Nachrichten, Börsenkurse, Stundenpläne, Datenbanken, Statistiken, Berichte, Zeugnisse... Wissen ist also nichts abstrakt Geisthaftes, im Gegensatz zum Körper, sondern materielle Tätigkeit, das andere gesellschaftliche Handlungen koordiniert. Im Mutter-Kind-Pass sind genaue medizinische Untersuchungsprozedere vorgesehen bzw. werden darüber koordiniert und dokumentiert. Diese haben massiven Einfluss auf die Gestaltung des Alltags zuhause. Es ist eben nicht gleichgültig, ob man Windeln wechselt und zu Untersuchungen geht, oder nicht. Kind und Mutter werden von Geburt an als zu behandelnde PatientInnen in einen medizinischen Prozess involviert (was die Wahrscheinlichkeit erhöht, das Mutter und Kind gut über die Runden kommen).

Die Erfahrungen und das Wissen der Mutter treten dabei gegenüber den medizinischen Wissensbeständen allerdings in den Hintergrund.

Erfahrungen problematisieren.

Wie am letzten Beispiel deutlich geworden sein sollte, geht es nicht darum gutes und schlechtes Wissen von einander zu differenzieren, sondern zwischen Erfahrungswissen und textbasierten objektivierten Wissensbeständen zu unterscheiden. Der entscheidende Punkt für befreiende (emanzipative) Wissensproduktion besteht darin, das Ideologische an objektivierten Wissensbeständen nicht zu wiederholen. D.h. das Erfahrungswissen soll nicht an abstrakte Konzepte und Problemstellungen angepasst oder durch sie überlagert und damit unsichtbar werden. Dem entgegengesetzt geht es darum, den täglichen Kampf mit der stinkenden Windel als Ausgangspunkt für die Wissensproduktion (über die institutionellen Verhältnisse, die diese Erfahrung koordinieren) zu wählen.

Diese Erfahrungen mit Essen, Verdauen, Krankheit, Schmutz usw. sind nicht besonders wahr, authentisch oder irgendwie gesegnet. Nein, gerade weil sie die alltäglichen Widersprüche, Vorurteile, Strategien, Erlebnisse beinhalten, sind sie der ideale Startpunkt, um die (Dominanz)Verhältnisse und Praktiken gemeinsam zu ergründen, die diese Erfahrungen tagtäglich koordinieren. Es geht darum, die alltäglichen Erfahrungen gemeinsam zu problematisieren; Das Fragwürdige daraus zu schöpfen und es zum Ausgangspunkt der Wissensproduktion bzw. des gemeinsamen Engagements zu machen. Das bedingt auch, mit objektivierten Wissensbeständen zu arbeiten und umgehen zu können.

Während der Mobilisierung gegen Verschlechterungen in der rechtlichen Lage prekär Beschäftigter an den Universitäten im Frühling 2009 kam es zu kollektiven Selbstuntersuchungen unter den Betroffenen. Nicht nur die Arbeit an der Universität wurde dabei thematisiert und diskutiert. Auch all die anderen Arbeiten - Brotjobs, Haushalt, Familie, Ausbildung - kamen zur Sprache. Obwohl über Handlungsmöglichkeiten kein gemeinsamer Nenner gefunden werden konnte, entwickelten sich weitere Aktivitäten. Die eigenen Erfahrungen gemeinsam zu bearbeiten schuf einen kollektiven Standpunkt und motivierte zu weiterem Handeln. Im Herbst 2009 waren viele derjenigen, die an der Selbstuntersuchung teilnahmen, auch an Aktionen der Lehrenden während der Uniproteste beteiligt.

Warum in Bewegung?

Befreiende (emanzipative) Wissensproduktion setzt sich per Definition mit Herrschaftsverhältnissen auseinander. Wenn das nicht zur hohlen Phrase erstarren soll, dann muss sie in einem Rahmen passieren, der gesellschaftliche Veränderungen ermöglicht. In den Universitäten wird der Spielraum für kritische Forschung immer enger. Forschung, die direkt in verän-

dernde Aktion eingebettet ist, gilt, wenn vorhanden, als Fremdkörper. In den meisten Institutionen der Erwachsenenbildung wird eher an der Employability oder dem Gesundheitsverhalten der einzelnen gearbeitet. An früher durchaus vorhandenen Traditionen eingreifender Bildung und Forschung wird selten angeschlossen. In Parteiorganisationen werden Kader geschmiedet, aber auch AktivistInnen und Interessierte politisch (aus)gebildet. Es gibt viele Institutionen und Nischen, in denen emanzipative Wissensproduktion (beschränkt aber doch) möglich ist und um diese Räume muss gekämpft werden. Soziale Bewegungen haben auch kein Privileg auf Wissen, das an der Windel ansetzt und damit die Welt verändert. Es ist vielmehr umgekehrt: Solche Praktiken spielen eine privilegierte Rolle für Bewegungen. Soziale Bewegungen gewinnen ihre Stärke daraus, dass sich möglichst viel Beteiligte mit ihren vielfältig angeschissenen Windeln einbringen. Textvermittelt objektiviertes Wissen ist wichtig. Weniger Wissen hat noch niemandem genutzt. Aber für die Dynamik der Bewegung ausschlaggebend sind nicht die „Bodies of Knowledge“, sondern das körpergebundene Wissen der Beteiligten. Dieses Wissen muss mobilisiert werden und das geht nicht, ohne dass die dazugehörigen Menschen sich auf den Weg machen. Wie daraus ein geteiltes, öffentliches Wissen entsteht, kollektive Erkenntnis möglich wird und objektive Wissensbestände nutzbar gemacht werden, ohne ideologisch zu wirken, stellt sich „emanzipative Wissensproduktion“ zur Aufgabe.

Diese Prozesse verlaufen anders als das Wissensmanagement in textbasierten Institutionen wie Universitäten, Verwaltungen usw.. Deren Kern sind ja objektivierte Wissensbestände, „Bodies of knowledge“, die von der körpergebundenen Erfahrung einzelner unabhängig machen und damit Kontinuität sichern sollen. Die stinkenden Windeln sind für Bewegungen lebensnotwendige Erfahrungen, von den ausgegangen werden muss, für textbasierte Institutionen meist störende Faktoren, mit denen umgegangen werden muss.

Bewegte WissensarbeiterInnen?

Die WissensarbeiterInnen, von denen in dieser Broschüre vielerorts die Rede ist, arbeiten tagtäglich mit und in textvermittelten, objektivierten Wissensbeständen. Sie wurden dazu jahrelang ausgebildet und haben nicht selten eine gewisse Virtuosität im Umgang mit Datenbanken, Statistiken, Textmassen, Formularen usw. entwickelt. Wenn es dann, wie im Herbst 2009 an den Unis, zu Bewegungen kommt, ist das akademisch Eingeebte nicht auf einen Schlag verschwunden: Sich als kritisch wahrnehmende WissenschaftlerInnen kommentieren aus kritischer Distanz; solidarische ProfessorInnen machen statt SupermarktkundInnen die Beteiligten der Bewegung zum Objekt statistischer Erhebungen etc. — Aktivitäten, die der Bewegung durchaus von Nutzen waren. Aber die verschwitzten Leiberl in der Volksküche, der harte Boden bei über-

füllten Plena und die subjektive, distanzlose Wortwahl in den politischen Texten waren für viele ungewohnt, für einige anrühlich, für andere sogar bedrohlich für individuelle Karriereaussichten. WissensarbeiterInnen und Bewegungen sind ein Paar mit Widersprüchen, die erst mühsam bearbeitet werden müssen.

Prekarisierung als Möglichkeit?

Aber die prekärer werdenden Arbeitsbedingungen von WissensarbeiterInnen schaffen Brücken für diese Bewusstseinsarbeit. Immer weniger WissensarbeiterInnen widmen sich vorwiegend dem unvermeidlichen Kampf mit den Texten. UniversitätslektorInnen arbeiten schon mal nebenbei als Küchengehilfen oder ParkbetreuerInnen, um sich das tägliche Leben finanzieren zu können und zumindest eine längerfristige Anstellung zu haben. Gleichzeitig spielen vielfältige intellektuelle Fähigkeiten in immer mehr Arbeitsfeldern eine wichtige Rolle. Das Feld der Wissensarbeit weitet sich aus, eine Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit wird, zumindest im europäischen Kontext, immer fragwürdiger. Wissensarbeit wird mehr und prekärer. Der Anteil an (nach wie vor hauptsächlich) Frauen in diesem Bereich, die neben der Arbeit noch Kinder versorgen und eine Wohnung putzen müssen, steigt. Im Arbeitsalltag meist als störend und persönlich belastend wahrgenommen, sind diese Erfahrungen in Bewegungen und anderen politischen Auseinandersetzungen wertvolle Wissensressourcen.

Das Einsame und das Gemeinsame.

Über jede/n von uns wird schon Wissen gesammelt, da ist man noch gar nicht auf der Welt. Kaum aus den Windeln herausgewachsen, gerade einmal sprechen gelernt, wird geprüft, was man weiß und was man nicht weiß. Das individuelle Wissen wird beurteilt — die Schularbeit wird allerdings nur benotet, wenn man nichts abgeschrieben hat. Mit anderen reden geht gar nicht. Und das mit dem Prüfen und Beurteilen von individuellen Leistungen und dem Sammeln von Daten hört nicht mehr auf. Inzwischen gehören wir oft schon selbst zu jenen, die das tagtäglich machen. Dann ist es doch absolut klar, dass Wissen dem Individuum anhaftet, wie Güter in einem Lager liegen. Und je mehr im Lager liegt und je delikater die dort gelagerten Waren sind, desto exzellenter ist das Genie. Heutzutage werden vorzugsweise Fähigkeiten, Kompetenzen und Begabungen gelagert. Eine einsame Angelegenheit. Noch einsamer als eine Diplomarbeit oder Dissertation zu verfassen. Dabei hab ich ja hauptsächlich (natürlich formal richtig) abgeschrieben und neu zusammengefügt. Als Zwerg saß ich auf einem kaum überblickbaren Riesen an getaner Wissensarbeit. Ganz zu schweigen von der ganzen anderen Arbeit, die es möglich macht, dass man sich mit solchen Sachen überhaupt beschäftigen kann.

Es wäre ein Wunder, dass unser komplexes Zusammenleben tagtäglich halbwegs funktioniert, würde das

Wissen doch so fest an den wissenden Individuen kleben. Die Koordination unseres Zusammenlebens basiert wesentlich darauf, dass Wissensbestände als Texte aktiv sind — möglichst unabhängig von bestimmten Individuen, aber trotzdem als menschliche Tätigkeiten. Ja, diese Praktiken, wie z.B. der Prüfungsreigen in Schule und Universität, produzieren erst Individuen, denen Charakteristika wie Noten zugeschrieben werden. Auch Sprache funktioniert erst durch gemeinsames Wissen, das nicht nur einem bestimmten Individuum eigen ist. In jeder Maschine, die wir benutzen bzw. die Produkte für unseren Gebrauch herstellt, ist gesellschaftliches Wissen aktiv.

Wissen ist insofern immer eine soziale Tätigkeit, auch wenn man sich dabei oft alleine vorkommt.

Was ist nun mit den stinkenden Windeln — was mit dem körpergebundenen Wissen aus gelebten Erfahrungen? Die haften doch am Individuum. Jede/r erlebt sie subjektiv, sie sind an Zeit und Ort gebunden. Aus vereinzelt, geteilte Erfahrungen und gemeinsames Handeln zu machen ist wohl die Aufgabe „emanzipativer Wissensproduktion“. An den geteilten Erfahrungen anzusetzen, schafft einen gemeinsamen Standpunkt; ein gemeinsames, kein einheitliches, Wissen, das mehr ist als zusammengezählte vereinzelt Erfahrungen. Soziale Bewegungen sind kollektive Räume, in denen Menschen ihr gemeinsames Wissen und gemeinsames Handeln organisieren. Ob sie medial präsent sind oder abseits des „öffentlichen Interesses“ wirken, ist zweitrangig. Institutionen und Bewegungen stehen in einem Spannungsfeld von Kontinuität und Veränderung. Gleichzeitig bedingen sie einander wenn z.B. Veränderungen abgesichert, institutionalisiert werden sollen. Sie schaffen Gemeinsames, Öffentlichkeit. Weder Bewegungen noch Institutionen dienen per se einem „progressiven“ Zweck. Bewegungen sind auch nicht die einzige Möglichkeit Gemeinsames zu schaffen, oder Umstände zu verändern. Es sind Räume, in denen sich Menschen mit ihrem Wissen organisieren, in denen Erfahrungen ernst genommen werden müssen und Vereinzelung aufgebrochen wird. Aus vereinzelter Betroffenheit wird ein gemeinsamer Standpunkt. Wissensarbeit ist eben auch lebendige Arbeit in Auseinandersetzung mit lebendigen Menschen.

...da stinkts, da juckts, da pocht das Herz ... Kein schlechter Ort zu beginnen.

Das PrekärCafé, aus der Wiener EuroMayDay-Bewegung heraus entstanden, setzt sich mit der zunehmenden Verunsicherung unserer Arbeits- und Lebensverhältnisse auseinander. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie vor diesem Hintergrund Prozesse der solidarischen Unterstützung und (Selbst-)Organisierung aussehen können.
<http://prekaer.at>

Die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen bildet eine bundesweite Plattform zur Vertretung universitärer, bildungs- und forschungspolitischer Anliegen der LektorInnen und WissensarbeiterInnen. ‚LektorInnen‘ und ‚WissensarbeiterInnen‘ zeichnen sich dadurch aus, dass sie keine oder prekäre (befristete) Dienstverhältnisse an den Universitäten oder Forschungsinstitutionen haben, diesen aber mit ihren Kompetenzen, Erfahrungen und ihrer Lehre immer wieder zur Verfügung stehen. Diese Art der Beschäftigung ist für einen immer weiteren WissenschaftlerInnenkreis zu einer dauerhaften, mitunter lebenslangen Arbeitsrealität geworden. Ohne auf unser ursprünglich zentrales Betätigungsfeld der Prekarisierung der Lehrenden zu verzichten, beschäftigt sich die IG verstärkt auch mit andern prekären wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen.

Kontakt: E-Mail: [office\(at\)ig-elf.at](mailto:office(at)ig-elf.at)

Web: <http://www.ig-elf.at/>, <http://igelf.wordpress.com/>

Die Squatting Teachers sind ein Zusammenschluss von Lehrenden, Forschenden und Studierenden verschiedener Wiener Universitäten. Sie haben sich im Rahmen der Solidarisierung von Lehrenden und Forschenden mit den Uni-BesetzerInnen formiert und unterstützen die Besetzungen in der Form „aktiver Streiks“. Insbesondere verfolgten sie das Ziel, kritische, offene und emanzipatorische Wissensproduktion und -vermittlung im Rahmen der Uni-Besetzungen und darüber hinaus zu stärken. Dafür wurden unterschiedliche Formate und Projekte entwickelt. Damit sollte ein Beitrag zur „Einrichtung öffentlicher Räume für eine kollektive Debatte“ im Sinne des „erweiterten Forderungskatalog der Lehrenden- und Forschendenversammlung der Wiener Universitäten vom 2. November 2009“ geleistet werden.

Web: http://unibrennt.at/wiki/index.php/Lehre.Squatting.Teachers_AG

Das PrekärCafé ist ein Kollektiv von AktivistInnen aus verschiedenen Zusammenhängen, das 2008 aus der Wiener EuroMayDay-Bewegung entstanden ist. Wir setzen uns mit dem Thema Prekarisierung, d. h. mit der zunehmenden Verunsicherung unserer Arbeits- und Lebensverhältnisse auseinander. Im Zentrum unserer Aktivitäten steht dabei die Frage, wie vor diesem Hintergrund Prozesse der solidarischen Unterstützung und (Selbst-)Organisation aussehen können. Für die theoretische Debatte dieser und ähnlicher Fragen wollen wir Räume schaffen, aber auch praktische Antworten finden und kollektive Strategien entwickeln. Aktuell beschäftigen wir uns dabei in erster Linie mit den Themen Wissensarbeit und undokumentiertes Arbeiten, d. h. mit der Lohnarbeit von MigrantInnen ohne entsprechende Aufenthalts- und/oder Arbeitspapiere.

PrekärCafé --- jeden 1. Dienstag im Monat --- Café ab 18 Uhr geöffnet --- Veranstaltungsbeginn 20 Uhr --- W23 = Wipplingerstraße 23, 1010 Wien (entweder von der Wipplingerstraße die Stufen runter oder vom „Tiefen Graben“ bei der Brücke die Stufen rauf). --- Hinweis: Sorry, die W23 ist leider nicht barrierefrei zu erreichen. Bitte informiert uns über daraus resultierende Probleme, damit wir gemeinsame Lösungen finden können. --- <http://prekaer.at>

Das Linke Hochschulnetz entstand 2010 aus der unibrennt-Bewegung. Wir sehen die Universität als eine in gesellschaftliche Machtverhältnisse eingebettete Institution. Universitäre Kämpfe können deshalb nur im Sinne einer Verallgemeinerung der Widerstände gegen den neoliberalen Umbau der Universität und unserer Gesellschaft, zusammen mit anderen emanzipatorischen Bewegungen, gedacht werden. Das Linke Hochschulnetz ist ein heterogener und theoretisch aufgeschlossener Zusammenhang, der Selbstorganisationen an Universitäten vorantreiben möchte. Von zentraler Bedeutung hierfür ist die Überwindung der fiktiven Trennung zwischen Theorie und politischer Praxis. Derzeit ist das LHN unter anderem im Bündnis ‚Offensive gegen Rechts‘ aktiv.

<http://www.linkeshochschulnetz.at>

